NEUE ZEIT

OKTOBER 1980

43

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek
Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
– Hauptbibliothek –
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305
Datum Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK



NEONAZIS MARSCHIEREN WIEDER



Diese „BelAS" gehen ins Ausland

SOWJETUNION IM BILD

Die Kippergiganten der Marke „BelAS" wurden zum industriellen Wahrzeichen Sowjet-Belorußlands. Man begegnet ihnen im Tagebau und auf vielen Baustellen. Die hohe Tragfähigkeit und die Zuverlässigkeit in der Bedienung sowie die Fahrtüchtigkeit haben den „BelAS" auf dem Weltmarkt einen guten Ruf verschafft. Sie werden heute in viele Länder geliefert. Die Automobilwerker Belorußlands wurden für die hohen technischen, wirtschaftlichen und Bedienungseigenschaften ihrer Erzeugnisse mit Goldmedaillen der Messen von Leipzig und Plowdiw ausgezeichnet.



Designer entwerfen neue Formen

Hauptmontageband des Werks



Im Konstruktionsbüro



Einer der besten Arbeiter des Betriebs, der Montageschlosser A. Sakowitsch

Noch vor kurzem kannte kaum jemand die kleine Ortschaft Shodino. Sie ist heute ein riesiges Industriezentrum. Hier entstand das Belorussische Automobilwerk, das als einziger Betrieb in der UdSSR Schwerkipper und Großraumschlepper herstellt.

Der moderne Betrieb unterhält enge Kontakte zur Akademie der Wissenschaften der Belorussischen SSR sowie zu Zweig- und Lehreinrichtungen. Hier wird an der Herstellung moderner Schwerkipper auf der Basis modernster Leistungen der Wissenschaft und Technik gearbeitet.

Belorußland liefert heute mehr Lastkraftwagen als Österreich, Dänemark oder Schweden.

Fotos: A. Semljanitschenko

SIE WISSEN, WAS SIE TUN

Leonid Breshnew konstatierte am 14. Oktober, als er Armand Hammer, einen namhaften Vertreter der amerikanischen Geschäftswelt, empfing, die zunehmende Gefahr, die sich aus der Zuspitzung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und der internationalen Lage ergibt. Das Anheizen der Spannungen durch die USA und das forcierte Wettrüsten führen zu einer weiteren Störung der internationalen Beziehungen, zur Zunahme der Kriegsgefahr.

Leonid Breshnew kam am 16. Oktober bei dem Empfang für Babrak Karmal auf das gleiche Thema zurück. Er bezeichnete die Politik Washingtons als überaus gefährlich: „Die fieberhafte Kriegsvorbereitung und die hemmungslose Propaganda, ja sogar die Lobpreisung eines Nuklearkrieges haben in den USA einen nicht gekannten Stand erreicht."

Und jetzt eine in Washington gegebene Einschätzung: „Wenn man eine starke Kriegsmaschinerie hat, wenn man mit Chauvinismus aufgeladen ist und man alle niederhalten will, um die Macht der USA zu demonstrieren, dann ist das der sicherste Weg, der unser Land in einen Krieg führt."

Nicht wahr, im Grunde eine ähnliche Einschätzung?

Das letzte Zitat stammt von James Carter — allerdings war es gegen seinen Rivalen Ronald Reagan und gegen die Politik gerichtet, die jener nach einem Wahlsieg verfolgen will. Doch wird denn nicht der jetzige Kurs der Administration von Carters Einschätzung erfaßt?

Wer fast die halbe Welt zur Sphäre seiner „Lebensinteressen" erklärt hat, der will eben „alle niederhalten". Wer unaufhaltsam seinen Wunsch kundtut, der „Führer" der Welt zu sein, wer sogar die Verbündeten zu gehorsamen Statisten degradiert, der ist eben „mit Chauvinismus aufgeladen". Die Kriegsmaschinerie des Pentagon hat bedrohliche Ausgangspositionen im Nahen und Mittleren Osten eingenommen. Die USA demonstrieren ihre militärische Macht in vielen Regionen.

An Macht mangelt es Washington nicht, wohl aber an rationaler und konstruktiver Diplomatie, an staatsmännischer Weisheit.

Selten in der Nachkriegszeit war die amerikanische Außenpolitik im eigenen Land so scharfer und intensiver Kritik ausgesetzt wie heute. Doch weshalb wird das Weiße Haus vor allem kritisiert? Für seine Inkonsequenz, seinen Zickzackkurs und das so angerichtete Chaos, für die Unberechenbarkeit, in der Washingtons Verbündete im Grunde dessen Hauptsünde sehen.

Doch das Weiße Haus hat so seine Schwierigkeiten selbst mit elementarster Logik. Ende 1979 hatte der US-Präsident mit Verweis auf die Ereignisse in Afghanistan angeordnet, die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages aufzuschieben. Jetzt erklärt der gleiche Präsident, man hätte den Vertrag besser unter allen Umständen ratifizieren sollen. Unter allen Umständen! Und das ist nicht das ehrliche Eingeständnis eines Fehlers, keine Gedächtnislücke, wenn man heute das vergißt, was man gestern noch gesagt hat. Vielmehr ist es eine eiskalte Kalkulation, weiteres Wahlkampfkapital herauszuschlagen, ist der erzwungene Tribut an die Öffentlichkeit, die „überwiegend die Rüstungskontrolle unterstützt" (so die US-Zeitschrift „Science"). Finten gehören eben zur (amerikanischen) Politik.

Ist also der jetzige Kurs des Weißen Hauses so chaotisch, so unberechenbar? Bei der Lektüre der amerikanischen Presse — das Gejammer wegen angeblicher „Führungsschwäche" — könnte man denken, Washington wisse nicht, was es tut. Doch man weiß das sehr wohl! Man will Amerika in ein hemmungsloses Wettrüsten hineinziehen, in die Jagd nach militärischer Überlegenheit. Ebendas ist jener sichere Weg in den Krieg, von dem der US-Präsident sprach. Dieser Kurs wird bewußt bei allen Schwankungen durchgehalten. Er ist durchaus berechenbar. An seinem Weg stehen bereits solche „Meilensteine" wie das „Einfrieren" der Ratifizierung des SALT-II-Vertrages, die geplante NATO-„Nachrüstung" mit neuen Raketenkernwaffen, die starke Anhebung der Rüstungsausgaben, die Entwicklung neuer Waffensysteme und die Präsidentendirektive Nr. 59, die einen „begrenzten" Nuklearkrieg sanktioniert.

Natürlich wird die Weltpolitik nicht allein im Weißen Haus gemacht, und seine Möglichkeiten in der heutigen Welt, in der die Anhänger einer Konfrontation keineswegs am längeren Hebel sitzen, sollten nicht überschätzt werden. Doch der Kurs Washingtons auf die internationale Destabilisierung kann keinen geringen Schaden anrichten — entsprechend dem Gewicht und Einfluß der USA.

Auf den Weg der Vernunft zurückzukehren ist es, wie in Moskau betont wurde, noch nicht zu spät, zurückzukehren zu einer realistischen Politik, zur Wiederaufnahme einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der UdSSR bei der Lösung der akuten internationalen Fragen, vor allem der Beschränkung und Reduzierung der Rüstungen. Eine solche Politik wird bei der Sowjetunion stets ein positives Echo finden.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 43 OKTOBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium: **L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW** (Verantw. Sekretär), **W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK** (Stellv. Chefredakteur), **W. SCHELEPIN, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. WOLSKI**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. KRESTJANINOW**

IN DIESEM HEFT:

Sie wissen, was sie tun 1
A. Ulanski — **UdSSR—Afghanistan. Schulter an Schulter** 5
A. Stepanow — **USA—Ägypten. In der Gendarmenrolle** 6
W. Nikolajew — **Tag der UNO** 7
V. Podlesny — **Türkei. Neue Lage** 8
L. Skuratow — **Namibia. Obskure Machenschaften** 8
W. Pawlow — **Großbritannien. Polarisierung der Kräfte** 10
Luigi Longo 11
W. Dolgow, F. Sinjko — **Jamaika. Umtriebe der Reaktion** 12
K. Karagesian — **BRD. Der Rechtsterror** 13
Notizen ◆ Glossen 16
Erstschlag — eine Selbstmordstrategie
W. Boikow — **Auf Catos Spuren!** 18
L. Semejko — **Weder der erste noch der zweite...** 21
J. Tawrowski — **Kampuchea. Sonntags in Phnom Penh** 22
J. Gudkow — **USA. Warten auf die „Erlösung"** 24
V. Gribatschow — **Genosse Hall** 26
S. Kusmin — **Eingedenk sein!** 28
Diskussion mit dem Leser 31
PS 32



Über die Länder Westeuropas hat sich wieder eine Welle des Terrors gewälzt. Die Täter sind neofaschistische Organisationen, die ihren Nährboden in der kapitalistischen Gesellschaft selbst finden. Der Neonazismus, eine Reserve der reaktionären Kreise des monopolistischen Kapitals, hilft dem Kapitalismus, im „Bedarfsfall" eine Atmosphäre politischer und sozialer Unstabilität zu schaffen und eine Offensive gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen sowie gegen die Kräfte des Fortschritts zu führen.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud", Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■

Am 21. Oktober fand in Moskau das ordentliche Plenum des ZK der KPdSU statt. Der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees, N. Baibakow, erstattete den Bericht „Über den Staatsplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der UdSSR 1981", der Finanzminister der UdSSR W. Garbusow berichtete „Über den Staatshaushalt der UdSSR 1981 und die Erfüllung des Staatshaushalts 1979". Leonid Breshnew hielt eine große Rede. Das Plenum wählte den Sekretär des ZK der KPdSU und Kandidaten des Politbüros des ZK M. Gorbatschow zum Mitglied des Politbüros. Der erste Sekretär des ZK der KP Belorußlands, T. Kisseljow, wurde zum Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU gewählt.

■

Am 22. Oktober wurde im Großen Kremlpalast die vierte Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR der 10. Legislaturperiode eröffnet.

■

Die Zentralverwaltung für Statistik der UdSSR veröffentlichte einen Bericht über die Erfüllung des Staatsplans der Industrie für neun Monate 1980. Der Plan für das gesamte Produktionsvolumen ist erfüllt worden. Die Industrieproduktion stieg gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 3,9%, die Arbeitsproduktivität um 2,9%.

■

Am 16. Oktober traf der Generalsekretär des ZK der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, Vorsitzender des Revolutionsrats und Ministerpräsident der DR Afghanistan, Babrak Karmal, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein. Im Kreml fanden Unterredungen zwischen Leonid Breshnew sowie anderen Partei- und Staatsführern der Sowjetunion und B. Karmal und seinen offiziellen Begleitern statt. Die Verhandlungen endeten mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung (siehe S. 5).

■

Am 14. Oktober empfing Leonid Breshnew den prominenten Vertreter amerikanischer Geschäftskreise Armand Hammer.

■

In Aden ging am 14. Oktober der außerordentliche Kongreß der Jemenitischen Sozialistischen Partei zu Ende. Zum Generalsekretär des ZK der JSP wurde Ali Nasser Muhammad wiedergewählt. Leonid Breshnew sprach dazu seine Glückwünsche aus.

■

Am 13. und 15. Oktober fanden in Pjöngjang Verhandlungen zwischen der KPdSU-Delegation zum VI. Parteitag und zur Feier des 35. Jahrestags der



L. Breshnew und B. Karmal beim Gespräch.

Foto: W. Mussaelian (TASS)

Partei der Arbeit Koreas und einer PdAK-Delegation statt. Die KPdSU-Delegation leitete das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und erster Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der Partei, V. Grischin, die PdAK-Delegation das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PdAK Kim Yong Nam. Die Delegation der KPdSU wurde vom Generalsekretär des ZK der PdAK und Präsidenten der KVDR Kim Ir Sen empfangen.

■

Am 14. Oktober wurde die KP Großbritanniens 60 Jahre alt. Das ZK der KPdSU übermittelte in einer Botschaft an das Exekutivkomitee der KPG den Kommunisten Großbritanniens brüderliche Grüße und Glückwünsche.

■

Am 19. und 20. Oktober trat in Warschau das Komitee der Außenminister der Warschauer Vertragsstaaten zu ihrer ordentlichen Sitzung zusammen, auf der die Vorbereitung zum Madrider KSZE-Folgetreffen und die Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa erörtert wurden. Im Kommuniqué wird unterstrichen, daß die Teilnehmer die Absicht ihrer Staaten bekräftigten, dazu beizutragen, daß auf dem Madrider Treffen Vereinbarungen zu allen Abschnitten der Schlußakte von Helsinki erzielt werden. Sie sprachen sich für eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie des Umweltschutzes aus. Die Teilnehmer maßen einer Verstärkung der Zusammenarbeit in der Energiewirtschaft und der Einberufung einer entsprechenden gesamteuropäischen Konferenz dazu sowie zu Fragen der Kultur, des Bildungswesens, der Information und der Kontakte große Bedeutung bei.

■

Am 20. Oktober trat in Berlin eine Internationale Wissenschaftliche Konferenz zum Thema „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt" zusammen. Auf der Konferenz sprach B. Ponomarjow.

■

Der Staatsrat der Republik Kuba hat den Fliegerkosmonauten der UdSSR Popow und Rjumin den Ehrentitel eines Helden der Republik Kuba, die Medaille „Goldener Stern" und den Orden „Playa Girón" verliehen.

■

Am 16. Oktober verschied in Rom nach langer Krankheit der prominente Führer der italienischen, internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, der Vorsitzende der IKP Luigi Longo. Das ZK der KPdSU richtete ein Beileidsschreiben an das Zentralkomitee der IKP. Leonid Breshnew drückte der Witwe Luigi Longos, Bruna Conti (Longo) sein Beileid aus. Die in Rom zur Beisetzung Luigi Longos eingetroffene KPdSU-Delegation unter B. Ponomarjow traf am 18. Oktober mit dem IKP-Generalsekretär E. Berlinguer zusammen.

■

Nach Ablauf seiner Amtszeit wurde S. Doronjski der Obliegenheiten des Vorsitzenden des Präsidiums des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens entbunden. Auf der Sitzung des Präsidiums des ZK des BdKJ in Zagreb am 20. Oktober wurde L. Mojsov zum neuen Vorsitzenden mit einjähriger Amtszeit gewählt.

■

Am 17. Oktober wurde in Genf durch ein Treffen der Leiter der Delegationen der UdSSR und der USA die praktische Erörterung von Fragen eingeleitet, die mit der Begrenzung der Kernwaffenrüstungen in Europa zusammenhängen. Leiter der UdSSR-Delegation ist der Sonderbotschafter V. Karpow, Leiter der USA-Delegation der stellvertretende Direktor der Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung S. Keeny.

■

Im Institut für Ostforschung der AdW der UdSSR in Moskau fand eine Sitzung der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zum 60. Jahrestag der kommunistischen Bewegung Australiens statt. Die sowjetischen Wissenschaftler würdigten den tapferen Kampf der australischen Kommunisten um die Lebensinteressen der Werktätigen und die Tätigkeit der Sozialistischen Partei Australiens. Auf der Sitzung sprach B. Brown, Mitglied des Sekretariats des ZK der SPA, und D. Mitchell, Veteran der australischen kommunistischen Bewegung.

■

Am 15. und 16. Oktober fand in Genf die turnusmäßige Sitzung der redaktionellen Gruppe von Experten für die Ausarbeitung eines gemeinsamen Entwurfs für ein Abkommen über die Aufnahme von Beziehungen zwischen dem RGW und der EG statt. Beobachter stellten fest, die EG-Delegation habe eine „abwartende" Position bezogen und keinerlei Schritte unternommen, die einen Fortschritt der Verhandlungen ermöglichen würden.

■

Das Außenministerium Kampucheas hat in Phnom Penh eine Erklärung verbreitet, in der festgestellt wird, daß die Verlängerung der Vollmachten der Pol-Pot-„Vertreter" in der UNO dem Ansehen dieser internationalen Organisation schadet und ihre Arbeit erschwert.

■

In der vergangenen Woche dauerten die Kampfhandlungen zwischen Irak und Iran an. Besonders heftig waren die Kämpfe um die von irakischen Truppen eingekreisten Städte Abadan und Khorramshahr. Der UNO-Sicherheitsrat hat die Diskussion über den irakisch-iranischen Konflikt aufgenommen.

■

In Angola sind die ersten Wahlen zu den Volksversammlungen der Provinzen zu Ende gegangen. Es sind mehr als

1000 Abgeordnete gewählt worden. Die Konstituierung der gewählten örtlichen Machtorgane hat begonnen.

■



Die USA forcieren die Hortung chemischer Kriegsmittel. Der Entwurf des Pentagonhaushalts für das Finanzjahr 1981 sieht für die Produktion nervenlähmender Giftstoffe mehr als 19 Mio Dollar vor. Unser Bild: Amerikanische GIs bei den großangelegten NATO-Manövern in der BRD.

Foto: UPI—TASS

■

Am 18. Oktober fanden in Australien Parlamentswahlen statt. Der Konservative Parteienblock, auf den sich die Regierung Fraser stützt, hat erneut die Mehrheit im Parlament erzielt, die allerdings etwas zurückgegangen ist.

■

Etwa 340 Personen, die der konterrevolutionären Propaganda auf den Leim gegangen sind und wegen subversiven Handlungen verhaftet wurden, sind von den afghanischen Behörden am 19. Oktober aus Gefängnissen in den Provinzen Kunduz, Kandahar, Ghazni, Kunar, Samangan und Badghes entlassen worden. In den Verhandlungen vor speziellen Revolutionsgerichten hatten die Verhafteten ihre Schuld restlos eingestanden und erklärt, sie würden sich von konterrevolutionären Elementen nicht wieder gängeln lassen.

■

Die Regierung der Republik Kuba hat beschlossen, alle amerikanischen Staatsbürger freizulassen, die gegenwärtig Strafen wegen auf kubanischem Gebiet begangener Verbrechen abbüßen. Dieser Beschluß sei als Antwort auf zahlreiche Bitten von Angehörigen der Verurteilten, von gesellschaftlichen Organisationen, Staatsmännern und Mitgliedern des USA-Kongresses gefaßt worden, erklärte das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Kubas.

■

Am 14. Oktober verhängte die Regierung Sri Lankas den Ausnahmezustand über das ganze Land, weil, wie erklärt wurde, die von der ehemaligen Ministerpräsidentin Bandaranaike geführte oppositionelle Freiheitspartei Sri Lankas „ihre Mitglieder aufgerufen hat, den Präsidenten und den Ministerpräsidenten zu ermorden".

■

Am 16. und 17. Oktober führte der französische Staatspräsident Valery Giscard d'Estaing Verhandlungen in Peking.

■

Am 17. Oktober bildete der Christdemokrat Forlani die neue Regierung Italiens, die 40. nach dem zweiten Weltkrieg. Der Regierung gehören Vertreter der Christdemokraten, der Sozialistischen, der Sozialdemokratischen und der Republikanischen Partei an. E. Colombo (CDP) versieht weiterhin das Amt des Außenministers.

■

Oppositionsführer Callaghan erklärte am 15. Oktober seinen Rücktritt vom Amt des Vorsitzenden der Labourpartei (siehe S. 10).

■

Am 16. Oktober ging in Moskau der 27. Kongreß des Internationalen Genossenschaftsverbandes zu Ende.

■

Am 17. Oktober fanden in der Korea-Universität von Seoul Massenkundgebungen der Studenten unter den Losungen „Nieder mit dem Diktator Chon Du Hwan!" und „Schluß mit der imperialistischen Unterstützung der faschistischen Clique!" statt. Am 18. Oktober wurde die Universität von den Behörden geschlossen.

■

Am 16. Oktober wurde in China eine Kernbombe in der Atmosphäre gezündet. Laut Angaben des Energieministeriums der USA hat die Explosion im Raum des Sees Lob Nor im Westen des Landes stattgefunden (siehe S. 17).

■

Am 15. Oktober wurden in Moskau feierlich die Internationalen Preise „Goldener Merkur" überreicht. Preisträger sind mehr als 100 sowjetische und 125 ausländische Firmen, Organisationen und Personen, die sich um die Entwicklung und Festigung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen verdient gemacht haben. Einen „Goldenen Merkur" erhielt auch die Wochenschrift für Politik „Neue Zeit".



Gedenkmedaille „Goldener Merkur".

NZ POST

Die bürgerlichen Massenmedien im Westen lügen ihren Lesern und Hörern über das Leben der sowjetischen Menschen die Hucke voll. Ich bin sozusagen im Herzen der kapitalistischen Welt, in Großbritannien, zur Welt gekommen und ahnte etwa bis zu meinem 30. Lebensjahr nicht, wie stark ich von der hiesigen Propaganda beeinflußt war. Erst nachdem ich in Ihrem Lande war, begriff ich, wie es um die „Objektivität" der britischen Presse bestellt ist. Die westlichen Spitzenpolitiker und Propagandisten scheinen jetzt ein ernstes Problem zu haben. Hunderttausende reisen in die UdSSR und lernen die sozialistische Lebensweise aus eigenem Augenschein kennen. Wieder zurück, geht ihnen ein Licht auf, daß sie einfach hintergangen werden.

Dennis MILNER
Newbury, Großbritannien

Wie gewiß viele andere sowjetische Menschen bin auch ich tief empört über die Provokation gegen das Büro Ihrer Zeitschrift in Kairo. Das ist eine schwere Verletzung der traditionellen Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem ägyptischen Volke, an deren Wiege Präsident Nasser stand. Die Regierung Sadat hat wieder einmal gezeigt, daß sie nicht normal mit der UdSSR zusammenarbeiten will. Es ist zu hoffen, daß die Ägypter selbst bald erkennen werden, daß so eine Politik ihren Interessen zuwiderläuft, und daß die guten Beziehungen zwischen unseren Ländern bald wiederhergestellt werden.

A. STSCHERBAKOW
Moskau

Ich studiere moderne Geschichte. Mir und meinen Kommilitonen ist die NZ dabei eine große Hilfe. Dank ihr finden wir uns in der komplizierten Weltlage besser zurecht und kennen die Vorgeschichte mancher Ereignisse.

Domingo PEREZ RODRIGUEZ
Havanna, Kuba

Könnten Sie nicht auf der letzten Umschlagseite außer Fotos aus einem Land auch seine Landkarte abdrucken? Dann könnten wir Leser uns besser orientieren.

Harish CHANDRA LOHARA
Beawar, Indien

SCHULTER AN SCHULTER

Die Sowjetunion und Afghanistan sind Nachbarländer, Freundesländer. So war es seit jeher. Mit dem Sieg der nationaldemokratischen Aprilrevolution in Afghanistan, besonders auf ihrer zweiten Etappe, ist die traditionelle gute Nachbarschaft auf eine qualitativ höhere Stufe getreten. Heute verbinden Beziehungen der Brüderlichkeit, der revolutionären Solidarität und einer breiten Zusammenarbeit unsere Länder.

Der offizielle Freundschaftsbesuch Babrak Karmals Mitte Oktober in der UdSSR, seine fruchtbaren Gespräche mit Leonid Breshnew und anderen führenden sowjetischen Persönlichkeiten machen das ein weiteres Mal deutlich. Ihre Ergebnisse haben Ausdruck in der Erklärung der Sowjetunion und der DR Afghanistan gefunden.

Die Sowjetunion hat, wie Babrak Karmal bei dem Empfang im Kreml konstatierte, stets „ihre Zusammenarbeit mit Afghanistan so gestaltet, daß die sowjetische Hilfe den Erfordernissen und Interessen des afghanischen Volkes entsprach und eine aufrichtige Unterstützung für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes darstellte". Diese vielseitige sowjetische Unterstützung für das Nachbarland im Süden — das bedeutet Tausende Kilometer moderner Autostraßen, Kraftwerke, große Bewässerungsobjekte, Industrie- und Agrarbetriebe, Erdgas- und Erdölförderanlagen.

Die afghanische Revolution macht jetzt eine schwierige Phase durch. Sie wird mit breiten, sorgfältig organisierten Aggressionsakten der Kräfte des Imperialismus und des Hegemonismus konfrontiert, die die revolutionären Errungenschaften des afghanischen Volkes liquidieren wollen. Sie haben einen Krieg ohne Kriegserklärung gegen das demokratische Afghanistan begonnen, indem sie viele Tausende Mordbuben aus Nachbarstaaten einschleusen.

„In den schwersten Tagen unserer Geschichte haben wir die Sowjetunion gebeten, das afghanische Volk bei der Verteidigung der Freiheit, der nationalen Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität zu unterstützen, die Errungenschaften der Aprilrevolution zu schützen und die ausländischen Anschläge abzuwehren. Die UdSSR hat durch ihre rechtzeitige Hilfe für das afghanische Volk bei der Abwehr der Anschläge von außen ein weiteres Mal ihre unerschütterliche Treue zu den Prinzipien der Leninschen internationalistischen Politik der Verteidigung des Friedens, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker bewiesen", sagte Karmal.

Heute konstatieren die Freunde des revolutionären Afghanistan befriedigt, daß sich die Lage im Lande normalisiert und die Umgestaltungen im Interesse der Werktätigen immer wirksamer durchgeführt werden.

Doch zugleich kommt es immer noch zu bewaffneten Einfällen aus dem Ausland, unterstützen äußere Kräfte weiterhin auf verschiedenste Weise die einheimische Konterrevolution.

„Jene, die die Anschläge auf die Demokratische Republik Afghanistan verüben, sollten endlich verstehen, daß sie ihre abenteuerlichen Pläne nicht werden verwirklichen können", sagte Leonid Breshnew auf dem Empfang für Babrak Karmal. „Der revolutionäre Prozeß in Afghanistan ist unumkehrbar. Das afghanische Volk und seine Regierung haben die Unterstützung und Sympathie der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten, der Fortschrittskräfte der ganzen Welt. Wir werden fest auf der Wacht der Sicherheitsinteressen unserer beiden Staaten stehen und unsere internationalistische Pflicht vor dem afghanischen Volk, vor seiner Regierung unter Genossen Babrak Karmal in vollem Einklang mit dem sowjetisch-afghanischen Vertrag und der UNO-Charta erfüllen..."

Die Interessen des Friedens in Asien und auf anderen Kontinenten verlangen gebieterisch eine politische Regelung der um die DR Afghanistan entstandenen Lage. Diejenigen, die sich gewollt oder ungewollt an der antiafghanischen Kampagne beteiligen, sollten sich endlich bewußt werden, daß die Versuche völlig sinnlos sind, über Afghanistans Entwicklungsweg und Regierung zu bestimmen. Hierbei gehen, wie die Gespräche bekräftigt haben, die UdSSR und Afghanistan von den gleichen Positionen aus: Die allgemein bekannten Vorschläge der Regierung der DR Afghanistan vom 14. Mai d. J., die eine wirksame Beendigung der Intervention von außen sowie Vereinbarungen über eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den Regierungen Afghanistans und seiner Nachbarn, vor allem Pakistans, vorsehen, das zum Hauptsprungbrett für Provokationen gemacht wurde, müssen die Grundlage für eine politische Regelung sein.

„Was das begrenzte sowjetische Truppenkontingent angeht, das sich auf Bitte der afghanischen Regierung entsprechend dem sowjetisch-afghanischen Vertrag von 1978 und der UNO-Charta auf dem Territorium der DR Afghanistan aufhält", heißt es in der Erklärung, „so kann die Frage von Terminen für seinen Rückzug im Rahmen einer politischen Regelung und nicht eher behandelt werden, als die Aggression gegen die DR Afghanistan vollständig beendet wird und es Garantien dafür gibt, daß die Subversionsakte aus dem Ausland gegen das Volk der DR Afghanistan und dessen Regierung nicht wiederaufgenommen werden."

Die Teilnehmer der Moskauer Gespräche erklärten, sie wollten auch in Zukunft die sowjetisch-afghanischen Beziehungen in allen Bereichen festigen und weiterentwickeln. Das gilt insbesondere auch für die Beziehungen zwischen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der Demokratischen Volkspartei Afghanistans.

Auch die internationale Zusammenarbeit unserer Staaten war eng und wird es bleiben — bei der Verwirklichung der Friedenspolitik, im Kampf für die Bewahrung und Festigung der Entspannung, für die souveränen Rechte und die Unabhängigkeit der Völker. Die UdSSR und Afghanistan richten ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Lage in Asien, die sich durch die abgestimmten Handlungen der imperialistischen und hegemonistischen Kräfte zugespitzt hat. Sie betonten ihren festen und konsequenten Kurs auf die Festigung gutnachbarlicher Beziehungen auf dem Kontinent, auf einen dauerhaften Frieden und Sicherheit durch die gemeinsamen Anstrengungen der asiatischen Staaten selbst.

Die volle Übereinstimmung der Ansichten in allen erörterten Fragen ist das Ergebnis des sowjetisch-afghanischen Gipfeltreffens von Moskau. Die erzielten Vereinbarungen kennzeichnen eine wichtige Etappe bei der Festigung der brüderlichen Freundschaft unserer Völker, bei der weiteren Vertiefung ihrer umfassenden Zusammenarbeit.

A. ULANSKI

In der Gendarmenrolle

Das Programm der militärischen Hilfe der USA für die Nahostländer, vor allem für Israel, Ägypten und Saudi-Arabien wird in diesem Jahr, wie die Presse ausgerechnet hat, 8 Md. Dollar übersteigen. Was ist das Ziel dieser Hilfe? Dazu der amerikanische „Philadelphia Inquirer": „Die jetzige Administration kann offensichtlich wie ihre Vorgänger außer Waffenlieferungen keine anderen Mittel finden, um Freunde zu erwerben." Es handelt sich, verständlich, um Freunde, die bereit sind, die ihnen gelieferten Waffen im Interesse des USA-Imperialismus auszunutzen.

Nach dem Abzug der britischen Truppen aus dem weiten Raum „östlich von Suez" im Jahre 1971 dehnte sich auf diese Gebiete gewissermaßen automatisch die „Nixondoktrin" aus, die vorsah, daß Amerika sich auf Verbündete stütze, die es militärtechnisch versorgt. Der Schwerpunkt dieser Doktrin ist unstreitig Israel, das seit jeher die Rolle eines über der arabischen Welt erhobenen Knüppels spielt. Dem Iran des Schahs wurde die Rolle einer regionalen „Supermacht", eines „Gendarmen" im Persischen Golf eingeräumt, der die Interessen der Ölmultis hüten und die „Pufferzone" an den südlichen Grenzen der Sowjetunion überwachen sollte. Zum Zeitpunkt der Februarrevolution von 1979 gab der Schah etwa die Hälfte der jährlich aus dem Erdölgeschäft eingehenden 20 Md. Dollar für militärische Zwecke aus. Im Iran befanden sich damals etwa 60 000 amerikanische Militärspezialisten.

Saudi-Arabien genoß als bedeutendster Erdölexporteur ebenfalls die besondere Zuneigung Washingtons. Bis heute hat dieses Land amerikanische Rüstungen für 6,3 Md. Dollar eingekauft. Dort befinden sich rund 30 000 amerikanische Spezialisten.

Die iranische Revolution hat der „Nixondoktrin" in Nah- und Mittelost einen schweren Schlag versetzt. Die Washingtoner Strategen suchten nun fieberhaft nach Ersatz für die geplatzte Doktrin und den verlorenen Bundesgenossen. Saudi-Arabien, das militärisch nicht stark genug ist und in seinem Streben nach einer führenden Rolle in der arabisch-mohammedanischen Welt einen vorsichtigen außenpolitischen Kurs betreibt, war dafür nicht geeignet.

Da richtete Washington sein Auge auf Kairo. Nach Abschluß der Abkommen von Camp David (September 1978) und des separaten ägyptisch-israelischen Friedensvertrages (März 1979) bot der ägyptische Präsident den Vereinigten Staaten immer eifriger ARÄ-Gebiet für militärstrategische Zwecke an.

„Präsident Anwar Sadat möchte ein strategisches Bündnis zwischen den USA und Ägypten schaffen", schrieb die in Paris erscheinende amerikanische „International Herald Tribune" zu den Aspirationen Kairos. „Wenn die Vereinigten Staaten Ägypten Wirtschaftshilfe gewähren, ist es ... bereit, seine Truppen zum Schutz jedes westlich orientierten arabischen Landes einzusetzen", zitierte die Zeitung den ägyptischen Präsidenten.

Faktisch trat Kairo in einen Wettstreit mit Tel Aviv ein, bei dem es darum geht, wer den USA-Interessen in dieser Region besser dienen würde: Israel, das der ganzen arabischen und moslemischen Welt feindlich gegenübersteht, oder Ägypten, das Land mit der höchsten Einwohnerzahl und dem stärksten Militärpotential in der arabischen Welt. Es geht darum, wer mit mehr Erfolg den „Kommunismus eindämmen", die nationale Befreiungsbewegung unterdrücken, den sozialpolitischen Status quo der reaktionären Regimes aufrechterhalten und Washington mit Basen und womöglich auch mit Soldaten versorgen würde. Falls die Wahl auf Kairo fällt, werde man es dafür aus Übersee großzügig belohnen — das war die Logik des Verrats an den gesamtarabischen Interessen.

Präsident A. Sadat beim Begräbnis des ehemaligen Schahs in Kairo. Rechts von ihm Richard Nixon, links der Sohn des Schahs. „Der Gendarm ist tot, es lebe der Gendarm!"



Das „Pauschalabkommen" über amerikanische militärische Hilfe im Rahmen des Vertragswerks von Camp David in Höhe von rund 4,5 Md. Dollar brachte Israel 3 Md. ein, Ägypten nur halb soviel. Bedenkt man, daß Ägypten schon früher einen Militärkredit von einer Milliarde Dollar und nach dem „Pauschalabkommen" weitere 350 Mio für dieselben Ziele erhalten hat, so macht die Summe, für die Kairo amerikanische Waffen einzukaufen beabsichtigt, 2,85 Md. Dollar aus. Außerdem hat Washington bereits 4 Md. Dollar für die Finanzierung eines Komplexprogramms zur Nachrüstung der ägyptischen Armee zugesichert.

Was ist nun die Gegenleistung Kairos? Es hat dem Pentagon bereits einen Luftstützpunkt in Wadi-Qena (Oberägypten) zur Verfügung gestellt, der periodisch von Flugzeugen mit AWACS-Frühwarnanlage der USA-Luftwaffe angeflogen wird. Auf dem Stützpunkt Cairo West bei Kairo führten drei Monate lang ein Geschwader amerikanischer Phantoms und ägyptische Flieger gemeinsame Übungen aus.

Es wurde angekündigt, daß ein weiterer Stützpunkt, Ras Banas am Roten Meer, den amerikanischen See- und Luftstreitkräften übergeben wird. Die USA werden dort Start- und Landebahnen bauen, den Hafen erweitern und ausstatten. Nach Schätzungen der „Washington Post" wird das 400 Mio Dollar kosten, wonach der Stützpunkt amerikanische Flugzeuge und 18 000 Fallschirmjäger aufnehmen können wird.

Schon im November sollen etwa anderthalbtausend amerikanische Militärangehörige nach Ägypten gehen, wo zum ersten Mal außerhalb den USA Übungen der Eingreiftruppe stattfinden werden.

Die arabische Presse weiß zu berichten, daß in Ägypten auch „Experten und Berater" aus Übersee beschäftigt sind, die sich auf Unterdrückung von Volkserhebungen spezialisieren. Washington bezahlt nicht nur die militärischen Rechnungen Kairos, sondern gewährt ihm auch „Kredite" für innerpolitisches Überleben.

Die ägyptische Armee wird jetzt eilig nachgerüstet. Ein großer Teil der eingekauften 35 Phantomjäger ist bereits da. Noch vor Jahres-

ende werden vielleicht auch F-16-Flugzeuge eintreffen. Die Seestreitkräfte Ägyptens sind dabei, U-Boote und Fregatten für Patrouillenfahrten im Roten Meer einzukaufen. Auf dem Stützpunkt Lackland (Texas) der amerikanischen Luftwaffe werden ARÄ-Flieger geschult. Immer weitere Gruppen ägyptischer Soldaten überqueren den Ozean.

Bedeutet das vielleicht, daß Ägypten den Wettstreit mit Israel um die Rolle eines amerikanischen Bündnispartners Nr. 1 in Nahost gewonnen hat? Zahlen beweisen das Gegenteil: Ägypten kauft aus den gewährten Krediten in Übersee militärische Technik für 750 Mio Dollar jährlich, Israel aber kauft dort Ausrüstungen (bester Modelle!) und Waffen für etwa 1,8 Md. Dollar jährlich. Für das Finanzjahr 1982 will Tel Aviv bei den USA um eine Hilfe von fast 3 Md. Dollar einkommen, wovon zwei Drittel für militärische Zwecke vorgesehen sind.



Amerikanische Phantoms auf einem Flughafen bei Kairo

Aus der Zeitschrift „Time"

Im Vergleich dazu ist die Nachrüstung Ägyptens weniger eindrucksvoll. Die Kairoer „Al-Shaab" schreibt mit Berufung auf kompetente Offiziere, die Armee Ägyptens werde militärische Technik und Ausrüstungen für 10—15 Md. Dollar brauchen, um einen wenigstens annähernden Ausgleich mit dem israelischen Militärpotential zu erreichen. Ägypten, fährt die Zeitung fort, habe bei den USA 300 Flugzeuge verschiedener Typen erbeten, werde aber nur 75 erhalten, und von den 50 erwünschten Fla-Raketen-Anlagen werde es höchstens 12 kaufen können. Außerdem ist jetzt auch gar keine Rede davon, daß Kairo dieselben finanziellen Erleichterungen wie Tel Aviv zugestanden werden. Und das ungeachtet dessen, daß Präsident A. Sadat wiederholt feierlich erklärt hatte, amerikanische Waffen würden niemals gegen Israel eingesetzt werden. Washington macht kein Hehl daraus, daß es Kairo einen Vorschuß gewährt hat, den dieses abarbeiten muß.

Es entsteht der Eindruck, daß Ägypten im Nahostkonzept Washingtons ein zweitrangiger Bundesgenosse ist, ein Handlanger mit begrenzten Funktionen, ein arabisch-muselmanischer Gendarm", der hinreichende Mittel für Polizeiaktionen, aber völlig unzureichende für eine selbständige Strategie haben wird.

Die kürzlich verkündete „Carterdoktrin" setzt, im Unterschied zu der früheren, den Akzent auf amerikanische militärische Präsenz im Raum der „Lebensinteressen" der USA. Ein Stützpunkt soll Ägypten werden. Der Stabschef der USA-Luftwaffe General Lew Allen erläuterte im Juni gewisse technische Details des Vorhabens. Er sagte: „Wir sind daran interessiert, in diesem Raum agieren zu lernen... Eines unserer Hauptziele besteht darin, dort ein toleranteres Verhalten zu einer Präsenz amerikanischer Luftstreitkräfte herbeizuführen."

Außer Ägypten hat das Pentagon einen Aufmarschraum in Oman bekommen und in Somalia einen Militärstützpunkt im Hafen Berbera. Bedenkt man, daß die USA einen großen Komplexstützpunkt auf Diego Garcia im Indischen Ozean besitzen, daß sie sich in Mombasa (Kenia) einrichten und einen großen Seestützpunkt auf Bahrein haben, so zeichnet sich ein System amerikanischer Stützpunkte ab, das den gesamten Nah- und Mittelostraum erfaßt. In der gespannten Situation, die der irakisch-iranische Konflikt geschaffen hat, kann dieses System jederzeit in Gang gesetzt werden.

Die syrische „Al-Baath" schreibt mit Berufung auf „gutinformierte Kreise" in Kuweit: „Die ersten amerikanischen Kontingente sind nach Ausbruch des Kriegs zwischen Irak und Iran bereits im Golf eingetroffen, sie sind in Oman, auf Bahrein, im Emirat Dubai und in Saudi-Arabien stationiert worden." Die Zeitung schreibt, gerade das Sadat-Regime habe Kontakte zu gewissen Staaten des Golfs angebahnt, um eine Zusammenarbeit im Rahmen der amerikanischen militärischen Pläne herzustellen.

In dieser Situation ist die Gefahr des hemmungslosen Wettrüstens und des Baus amerikanischer Stützpunkte besonders augenfällig. Wer sich der Illusion hingibt, in der amerikanischen Präsenz und in den Bergen amerikanischer Militärtechnik eine Stütze zu haben, läuft Gefahr, die Schlinge um den eigenen Hals zusammenzuziehen

A. STEPANOW

NZ KOMMENTAR

TAG DER UNO

Nach alter Tradition tritt alljährlich am 3. September-Dienstag in New York die UNO-Vollversammlung zusammen. Ebenfalls traditionsgemäß begehen die Völker der Welt am 24. Oktober jedes Jahres den Gründungstag der UNO. Vor 35 Jahren ist an diesem Tag die Charta der Organisation in Kraft getreten, die die Anstrengungen der Menschheit, keinen neuen Krieg zuzulassen, koordinieren soll (siehe NZ Heft 42/80).

Solange die UNO besteht, treten die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder als konsequenteste Verfechter der Abrüstung, der Sicherung des Weltfriedens und der Entspannung ein. Es ist schon eine Regel geworden, daß die UdSSR auf jedem Forum der Vereinten Nationen konstruktive Vorschläge zur Festigung des Friedens und Eindämmung des Wettrüstens einbringt. Mehr als 120 Punkte stehen auf der Tagesordnung der jetzigen, 35. Jubiläumstagung der Vollversammlung. Im Brennpunkt aber stehen wie erwartet sowjetische Initiativen wie „Über einige dringliche Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr" und das Memorandum „Für Frieden und Abrüstung, für internationale Sicherheitsgarantien".

Großes Interesse hat auch der sowjetische Vorschlag hervorgerufen, die Frage über die historische Verantwortung der Staaten für die Erhaltung der Natur der Erde für die heutige und künftige Generationen" zu erörtern. Der politische Charakter dieser Frage ist durch den Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt bedingt. Wie im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXV. Parteitag festgestellt wurde, kann man die Natur verschieden nutzen: Man kann — die Geschichte der Menschheit gibt viele Beispiele dafür — unfruchtbare, öde, menschenfeindliche Räume hinterlassen, doch komme es darauf an, der Natur behilflich zu sein, ihre Lebenskräfte vollständiger zu entfalten.

In der Erhöhung der Wirksamkeit der UNO und der genauen Befolgung ihrer Satzung, die zu einer echten Charta friedlicher Koexistenz geworden sind, sehen die sozialistischen Länder und überhaupt die meisten Staaten der Welt einen realen Weg zur Ausschließung von Kernkriegen aus dem Leben der Menschheit. Nicht zufällig ist der Gründungstag der UNO auf Beschluß der Abrüstungssondertagung der Vollversammlung und des Weltfriedensrates zum Auftakt einer Aktionswoche für Abrüstung geworden.

V. NIKOLAJEW

TÜRKEI

NEUE LAGE

Zum dritten Mal in den letzten beiden Jahrzehnten hat die Armee — am 12. September — die Macht in der Türkei übernommen. Die Armeeführung stürzte die Regierung Demirel und bildete den Nationalen Sicherheitsrat, der diesen Schritt mit der Notwendigkeit begründete, „die Integrität des Landes zu bewahren, seine nationale Einheit und Geschlossenheit zu sichern, einem möglichen Bürgerkrieg zuvorzukommen und das Ansehen des Staates wiederherzustellen sowie die Ursachen zu beseitigen, die ein normales Funktionieren der demokratischen Ordnung stören".

Die Lage im Lande war vor dem Umsturz wirklich sehr ernst. Tag für Tag gab es Tote und Verletzte bei bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen rechten und linksradikalen Extremistengruppen, zwischen diesen Gruppen sowie den Sicherheitskräften und der Polizei. Offiziellen Angaben zufolge wurden mehr als 5000 Personen in den letzten beiden Jahren Opfer des politischen Terrors.

Die Kommandotrupps der nationalchauvinistischen Organisation „Graue Wölfe", des Jugendflügels der rechtsradikalen Partei der Nationalen Bewegung unter Oberst Türkeş, waren die Hauptkraft des Rechtsterrors. Einen weiteren Nährboden für den Terrorismus gaben die linksradikalen Organisationen maoistischer Schattierung ab.

Auch eine weitere Form des Extremismus, islamischer Fanatismus, machte sich bemerkbar. Die Fanatiker, vereint um die Nationale Heilspartei unter Erbakan, träumten davon, daß Kalifat als Staatsform und die Scharia als seine juristische Grundlage wiederzuerrichten.

Die politische Instabilität war von der Zuspitzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten begleitet. Die Auslandsverschuldung stieg auf fast 18 Md. Dollar, die Binnenverschuldung auf 377 Md. Lira (!). Der türkischen Nachrichtenagentur THA zufolge würden fast 100 Jahre gebraucht, um die Schulden abzutragen. Das Heer der Arbeitslosen nahm immer mehr durch die landlosen Bauernmassen zu, die in die Städte strömten, und erreichte 20 Prozent der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung. Die Inflation kletterte auf 130% jährlich.

Die Wirtschaftsprobleme wurden durch die Unfähigkeit der Regierung und des Parlaments verschärft, die notwendigen Beschlüsse zu fassen und diese zu verwirklichen. Keine Partei verfügte im Medschlis über die erforderliche Mehrheit. Es erwies sich als unmöglich, einen neuen Präsidenten zu wählen selbst über 100 Wahlgängen.

Als ein zu erwartender Umsturz wurde das Vorgehen der türkischen Armeeführung fast einmütig in der Weltpresse bezeichnet.

Die Leitung des nach dem Umsturz vom 12. September gebildeten Nationalen Sicherheitsrates wurde von Generalstabschef Evren übernommen. Dem Rat gehören die Oberbefehlshaber des Heeres, der Luftwaffe und der Marine sowie der Gendarmerie an. Parlament und Regierung wurden aufgelöst und die Tätigkeit der Parteien gestoppt. Über die ganze Türkei wurde der Ausnahmezustand verhängt. Die Macht in der Provinz ging auf die Militärs über.

Die Führer der größten politischen Parteien wurden von der Armee in „Schutzhaft" genommen. Mitte Oktober wurden Demirel, Exministerpräsident von der Gerechtigkeitspartei, und Eçevit, Chef der oppositio-

NAMIBIA

OBSKURE MACHENSCHAFTEN

In letzter Zeit ist in westlichen Blättern immer häufiger von einer näherrückenden Lösung der Namibiafrage die Rede. Der „Christian Science Monitor" (USA) schrieb am 25. September, es gäbe „Chancen, daß Namibia im kommenden Jahr unabhängig wird". Ein Plan für eine Konferenz sei entwickelt worden — wie die im Londoner Lancaster House Ende 1979, auf der die Vereinbarung über Wahlen in Simbabwe erzielt wurde. Doch die Zeitung konstatierte trotzdem: „Einige Diplomaten", die, wie sie sagen, enttäuscht sind von der „konstruktiven Zweideutigkeit der RSA-Haltung", empfinden gegenüber der Haltung Pretorias Skepsis.

Eine solche Skepsis ist durchaus berechtigt. Gibt es ja bereits einen Plan für die Regelung der Namibiafrage — die vor zwei Jahren verabschiedete Sicherheitsratsresolution Nr. 435. Sie sieht eine Feuereinstellung in Namibia und die Durchführung von Wahlen unter UNO-Beobachtung vor. Doch bislang hat man dabei keine Fortschritte erzielt. Schuld daran ist die RSA, die mit Billigung der westlichen Mächte, vor allem der USA, den Sicherheitsratsbeschluß hintertreibt.

Die Rassisten wollen durch ihre Verzögerungstaktik in der Namibiafrage die Zeit gewinnen, die sie brauchen, um die Positionen ihrer Marionetten von der Demokratischen Turnhallenallianz zu festigen, denen sie in dem auf neokolonialistische Manier „befreiten" Land die Macht übergeben wollen. Die Rassisten wollen so den allgemein anerkannten Status der SWAPO als einziger und wahrer Vertreterin des namibischen Volkes untergraben.

Die Internationale Solidaritätskonferenz für die Unterstützung des Kampfes des namibischen Volkes (Anfang September, Paris) verurteilte die Manöver der Rassisten und ihrer Beschützer. Sie verlangte die Einberufung des Sicherheitsrates, um umfassende Sanktionen gegen die RSA, einschließlich Ölembargos, zu verhängen.

Die Beschlüsse dieser Konferenz lösten im Lager der RSA-Beschützer Unruhe aus. Dem Londoner „Observer" zufolge erklärten die fünf westlichen Mächte Pretoria, es solle seine Verzögerungstaktik in der Namibiafrage aufgeben. Wenn bis Ende Oktober keine diesbezüglichen Erfolge erzielt würden, erklärten sie, würde es für sie schwerer sein, sich der Forderung nach Sanktionen gegen Südafrika zu widersetzen.

Auch die Haltung Pretorias hat sich etwas gewandelt. UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim hatte im September die RSA gebeten, eine Sondermission zu empfangen. Lange zögerte Pretoria, bis es dann doch zustimmte, bis zum 20. Oktober die UNO-Abgesandten zu empfangen. Kurt Waldheim will so von den RSA-Behörden eine „klare Antwort" erhalten, ob sie zur Erfüllung der Sicherheitsratsresolution Nr. 435 bereit seien.

In ebendieser Lage wurde dann gemeldet, der Plan des Sicherheitsrates sei durch den Vorschlag für eine internationale Namibiakonferenz ersetzt worden.

Auch die Tatsache, daß es am 26. September in London zu einer Begegnung

nellen Republikanischen Volkspartei, freigelassen.

Erbakan wird zusammen mit 21 führenden Politikern der Nationalen Heilspartei weiterhin in Haft gehalten. Die Militärstaatsanwaltschaft will gegen ihn Anklage wegen „Untergrabung des weltlichen Charakters des Staates" erheben. Türkeş wird beschuldigt, „zum bewaffneten Aufstand gegen die Regierung, zu bewaffneten politisch motivierten Zusammenstößen aufgehetzt zu haben".



Eine Militärpatrouille in einer türkischen Stadt stoppt die vorbeifahrenden Wagen

Foto: „Milliyet" (Türkei)

Ferner wurden die progressive Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften und die von der Partei der Nationalen Bewegung kontrollierte Konföderation der nationalistischen Gewerkschaften verboten. Alle gesellschaftlichen Organisationen mußten ihre Tätigkeit einstellen. Die progressive Zeitung „Demokrat", Blätter der „Partei der Nationalen Bewegung" und der „Nationalen Heilspartei" sowie einige andere Zeitungen dürfen nicht mehr erscheinen. Einige Gewerkschafter und Politiker, u. a. Boran, Vorsitzender der Arbeiterpartei der Türkei, stehen unter Hausarrest. Ca. 100 Parlamentarier wurden festgenommen.

Evren, der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates und neues Staatsoberhaupt, gab bekannt, die neue Führung wolle eine Revision der Verfassung, der Parteien- und Wahlgesetze sowie einiger verwaltungsrechtlicher Gesetze und strafrechtlicher Normen gegen Gewaltverbrechen vornehmen, um „Anarchie und Terror wirksam vorzubeugen". Später soll die Macht an eine Zivilregierung übertragen werden.

Einstweilen wurde eine Zivilregierung unter Führung des Nationalen Sicherheitsrates gebildet. Das neue Kabinett wird von Admiral a. D. Bülent Ülüsü geleitet, bis zum August Oberkommandierender der Seestreitkräfte.

Neben der Schaffung von Ordnung und der Beseitigung des politischen Terrorismus sieht die Generalität ihre Aufgabe in der Überwindung der Wirtschaftskrise. Das Privatkapital soll Handlungsfreiheit genießen, mehr Auslandsinvestitionen sollen gewonnen werden.

Die Armee übernahm die Macht in einem Augenblick, da auf türkischem Territorium NATO-Manöver unter der Codebezeichnung Anvil Express 80 durchgeführt wurden. Die „New York Times" schrieb am 13. September in einem Kommentar zur Erklärung des State Departments, Washington werde der Türkei auch weiterhin Militär- und Wirtschaftshilfe geben: „Die Türkei ist nicht nur ein Puffer zwischen Europa und dem Nahen Osten, sie ist der Wachposten der NATO an der Südostflanke, die eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion und dem Iran hat." Besondere Bedeutung mißt das Pentagon den Militärstützpunkten in der Türkei bei. Mit ihrer Hilfe, schrieb die britische „Financial Times", erhält Washington wichtige militärische Information über die UdSSR. Diese Stützpunkte geben der türkischen Öffentlichkeit Anlaß zu ernster Besorgnis. „Das Bestehen von militärischen Stützpunkten und Objekten auf türkischem Territorium", schrieb die Zeitung „Barış" am 4. Oktober, „stellt eine ernste Gefahr für unser Land dar." Sie komplizieren der Zeitung zufolge nicht nur die Beziehungen zur UdSSR, sondern „stören auch die Aufnahme normaler Beziehungen zu nichtpaktgebundenen Ländern". Ihr Kommentator, Esmer, äußerte die Hoffnung, daß die neuen Behörden die Frage der Stützpunkte unter Berücksichtigung der gegebenen Realitäten prüfen werden.

Beobachter vertreten in einer Analyse der programmatischen Erklärungen Evrens und des neuen Ministerpräsidenten Ülüsü die Auffassung, daß die Außenpolitik weitgehend unverändert bleiben und die Türkei auch weiterhin fest zur NATO stehen wird.

Zugleich will die neue türkische Führung „die bestehenden freundschaftlichen Bande und die brüderlichen Beziehungen zu den islamischen Staaten entwickeln und festigen". In einer kürzlichen Botschaft Evrens hieß es: Die Türkei „wird die entschiedene Unterstützung für die gerechte Sache der arabischen Völker und des Volkes von Palästina bis zur vollständigen Befreiung der von Israel besetzten arabischen Gebiete und Jerusalems sowie bis zur Anerkennung der legitimen Rechte des Volkes von Palästina, einschließlich seines Selbstbestimmungsrechts, fortsetzen".

Zum iranisch-irakischen Konflikt erklärte die Generalverwaltung für Information des türkischen Außenministeriums: „Eine Gewährung von Überfliegungsrechten für eine der Konfliktseiten ... für Militärmaschinen mit Rüstungsgütern und Personal an Bord ... ist völlig ausgeschlossen."

Evren betont das Streben der Türkei, „Beziehungen der guten Nachbarschaft und der fruchtbaren Zusammenarbeit zu unseren Nachbarländern zu unterhalten... Einen besonderen Platz nimmt dabei die Sowjetunion ein, der eine besondere Verantwortung bei der Bewahrung und Festigung des Weltfriedens zukommt".

„Frieden zu Hause, Frieden auswärts" — dieser seinerzeit von Kemal Atatürk, dem Begründer der modernen Türkei, formulierte Leitsatz wird von der neuen türkischen Führung als ihre Hauptdevise bezeichnet.

V. PODLESNY

Am 27. Oktober beginnt die internationale Solidaritätswoche mit Namibia

des SWAPO-Präsidenten Sam Nujoma mit dem britischen Minister Ian Gilmour kam, blieb nicht unbeachtet. Es ist das erste Mal, da ein hoher Vertreter einer westlichen Macht direkten Kontakt mit dem SWAPO-Führer aufnahm. Doch auf der unmittelbar danach veranstalteten Pressekonferenz teilte Sam Nujoma mit, es habe keinerlei Fortschritt bei der Lösung der Namibiafrage gegeben. Ein Fortschritt werde durch die Forderungen Pretorias unmöglich gemacht, vor Beginn der Verhandlungen für die SWAPO unannehmbare „Vorbedingungen" zu akzeptieren.

Als Antwort auf die obskuren Machenschaften der westlichen Mächte und der RSA werde die SWAPO, wie Sam Nujoma auf besagter Pressekonferenz erklärte, „ihren Kampf fortsetzen, da das der einzige Weg ist, das Volk Namibias von dem faschistischen und rassistischen Regime der RSA zu befreien".

L. SKURATOW

POLARISIERUNG DER KRÄFTE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Wladimir PAWLOW

Am Schlußtag der Konferenz der regierenden Konservativen Partei zählten die im großen Saal des Brighton Centre versammelten Delegierten sichtlich nervös die im Präsidium sitzenden Minister nach. Dazu veranlaßte sie ein Gerücht, wonach Extremisten die Entführung mehrerer Regierungsmitglieder planten. Von ungewissen Personen in Umlauf gesetzt, gab das Gerücht einen guten Vorwand für außerordentliche Maßnahmen ab. In die kleine Küstenstadt Brighton wurden aus London und den umliegenden Grafschaften sofort mehr als zweieinhalbtausend Polizeibeamte geschickt. Um das Brighton Centre wurden Sperren und ein dichter Ring aus Wachmannschaften errichtet.

Ziel dieses großen Aufgebots war jedoch nicht Schutz der Minister vor mysteriösen Entführern, sondern der Kampf mit einem durchaus realen Gegner, den Teilnehmern einer Massendemonstration gegen die Regierung. Trotz kalten Herbstregens und böigen Windes nahmen an der Protestkundgebung gegen die soziale und Wirtschaftspolitik der Konservativen Tausende Werktätige aus allen Gebieten des Landes teil. Da waren Kumpel und Eisenbahner, Hafenarbeiter und Lehrer, Buchdrucker und Maschinenbauer, Rentner und Arbeitslose. „Nieder mit den Torys!", „Arbeit ja, Raketen nein!" riefen im Sprechchor die Demonstranten.

Einige Demonstranten, die in das Brighton Centre eingedrungen waren, wurden von Polizisten in Zivil aus dem Sitzungssaal geschleppt. Einen hatten Hüter der Ordnung und Konferenzdelegierte so rabiat verprügelt, daß er bewußtlos aus dem Saal getragen werden mußte, berichtet Fred Emery, politischer Redakteur der „Times", Augenzeuge des Vorfalls. Später gratulierte Premier Margaret Thatcher persönlich der Polizei zu ihrem „Erfolg". Sie drückte dem Polizeioffizier die Hand und sagte: „Das habt ihr gut gemacht."

In ihrer Konferenzrede sagte Margaret Thatcher, sie sei „sehr beunruhigt" über das Problem der Arbeitslosigkeit. „Menschenwürde und Selbstachtung werden untergraben, wenn Männer und Frauen zu Arbeitslosigkeit verurteilt sind."

Man mag eine Pille noch so süßen, sie bleibt doch bitter. Die katastrophalen Folgen des Wirtschaftskurses der Regierung rufen heute selbst bei den eifrigsten Anhängern der Konservativen Zweifel und Enttäuschung hervor. „Die Führer des Business sind über die deflationäre Politik der Regierung ernsthaft beunruhigt", konnte man im „Observer" lesen. „Wissen sie" (die Mitglieder der Regierung — die Red.) „wirklich, wohin sie gehen und was sie tun?" fragt besorgt ein Kommentator des „Daily Express". Eine begründete Frage, wenn man bedenkt, daß in England im Schnitt jede Woche etwa 100 Firmen Pleite machen und mehr als 10 000 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren und das Heer der 2 Millionen Arbeitslosen auffüllen. Unter der Tory-Regierung hat sich die Inflationsrate in England um mehr als 50% erhöht. Das Volumen der Industrieproduktion ist um 9% gesunken.

Doch das Kabinett hat eine starre Position bezogen. Zur Verteidigung des Regierungskurses erklärte Finanzminister Geoffrey Howe auf der Konferenz, Rückgang der Produktion und Wachstum der Arbeitslosigkeit seien unvermeidliche „Unkosten" der antiinflationären Politik, die die Konservativen auch in Zukunft zu verfolgen beabsichtigen. Industrieminister Keith Joseph gab die Schuld für das Wachstum der Arbeitslosigkeit den Werktätigen und den Gewerkschaften, die, wie er sagte, durch ihre übermäßigen Lohnforderungen und Streiks die Firmen in den Bankrott treiben.

Die Konferenz nahm Resolutionen an, die eine weitere Offensive auf die Rechte der Gewerkschaften, weitere Kürzung der Sozialleistungen und Bewilligungen für die verstaatlichten Wirtschaftszweige zum Ziel haben.

In Brighton wurde der Kurs der Regierung auf Steigerung des Militärpotentials Großbritanniens, namentlich des Kernwaffenpotentials, erneut bekräftigt. In den außenpolitischen und Verteidigungsdebatten bekräftigten die Konservativen mit Berufung auf eine angebliche Bedrohung aus dem Osten ihre Absicht, 160 amerikanische Flügelraketen auf englischem Gebiet zu stationieren und die mit Kernwaffen bestückte U-Boot-Flotte Großbritanniens durch den Bau neuer U-Boote und ihre Ausstattung mit Trident-Raketen, Made in USA, einschneidend zu modernisieren.

Ganz anders war die Stimmung in Blackpool, wo kurz vor der Konferenz der Konservativen eine Konferenz der oppositionellen Labourpartei stattgefunden hatte. Dort wurden wichtige Beschlüsse angenommen, die, sollten sie in die Tat umgesetzt werden, die Innen- und Außenpolitik gründlich verändern könnten.

Die stürmischen Debatten über Probleme von Krieg und Frieden fanden ihren Abschluß in Resolu-

Foto: TASS



tionen, die wie offene Herausforderungen an den „selbstmörderischen", wie ein Delegierter sagte, Kurs der Tory klangen. Entsprechend der Stimmung in breiten Kreisen der Bevölkerung verpflichtete die Konferenz die künftige Labourregierung, den Verzicht Englands auf eigene Kernwaffen zu erklären und alle Kernwaffenstützpunkte — sowohl die englischen als auch die amerikanischen — auf britischem Boden und in britischen Gewässern aufzulösen. Die Delegierten äußerten sich dahingehend, daß eine künftige Labourregierung gegen Teilnahme an „jeder Verteidigungspolitik" auftreten müsse, „die auf Einsatz von Kernwaffen oder Androhung ihres Einsatzes beruht", und einen Kurs auf Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Europa steuern müsse.

Stürmische Debatten löste auf der Konferenz die Frage nach dem weiteren Verbleib Englands in der EG aus. Das ist kein Zufall, wenn man bedenkt, daß der Beschluß über den Eintritt in die EG von der Bevölkerung als einer der unpopulärsten ökonomischen und politischen Schritte Großbritanniens in den Nachkriegsjahren angesehen wird. Clive Jenkins, Generalsekretär des Verbandes wissenschaftlicher und verwaltungstechnischer Angestellter, betonte, die Teilnahme am Gemeinsamen Markt untergrabe die Industriebasis Englands und wirke sich schädlich auf wichtige Industrien wie Maschinenbau, Automobil- und Textilindustrie aus. Im Jahre 1979 hatte England im Fertigwarenhandel mit der EG einen Verlust von 4 Md. Pfund Sterling. Hunderte Mio Pfund müsse das Land für die Agrarpolitik der EG zahlen, unterstrichen die Delegierten.

Mit überwiegender Stimmenmehrheit beschloß die Konferenz, in das Wahlmanifest der Labouristen eine Verpflichtung über den Austritt Englands aus der EG aufzunehmen. Durch Austritt aus dieser geschlossenen Wirtschaftsgruppierung, hieß es in der Resolution, werde Großbritannien friedliche und auf Gleichberechtigung beruhende Beziehungen zu allen anderen Ländern entwickeln können.

Ein besonders heftiger Kampf entspann sich in Blackpool um die Frage der Demokratisierung der Labourpartei. Am Statut der Partei wurde trotz des Widerstands der Rechten eine sehr wichtige Änderung vorgenommen, die die Rolle der Kreisorganisationen bei der Nominierung der Kandidaten zu den Parlamentswahlen erhöht. Jetzt werden die labouristischen Parlamentarier den Ansichten der einfachen Parteimitglieder größere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Nicht weniger wichtig ist die Änderung im Statut, die die Wahl des Parteiführers betrifft. Wurde er früher ausschließlich von der labouristischen Parlamentsfraktion gewählt, so werden jetzt auch Vertreter der Gewerkschaften und der Kreisorganisationen daran teilnehmen.

Das alles sind schwere Schläge gegen den privilegierten Status der labouristischen Parlamentsfraktion, die sich oft unter verschiedenen Vorwänden vor der Ausführung auf den Parteikonferenzen angenommener fortschrittlicher Beschlüsse gedrückt hatte. Gleichzeitig wächst im innerparteilichen Leben die Rolle der Kreisorganisationen und die der Gewerkschaften, in denen die linken Tendenzen viel stärker sind als in der Parlamentsfraktion.

Das Problem der Wahl des Parteiführers ist heute durch den Rücktritt James Callaghans besonders aktuell geworden. Die Mehrheit der Kreisorganisationen und der Gewerkschaften sowie die linken Parlamentarier vertreten die Auffassung, man solle die Wahl des neuen Parteiführers bis Januar 1981 aufschieben, wo die Zusammensetzung des Elektorengremiums endgültig beschlossen sein würde. Das rechte Zentrum, die Mehrheit in der parlamentarischen Fraktion, hingegen möchte die Wahlen nach dem alten System durchführen und auf diese Weise ihren Kandidaten durchbringen. Unter ihrem Druck hat das Schattenkabinett die Wahl auf Anfang November angesetzt. Ihre Kandidaturen haben bereits Denis Healey, Peter Shore, John Silkin und Michael Foot angemeldet.

Das Ergebnis der Labourkonferenz, in der der linke Flügel mehrere Siege erzielte, haben das britische Establishment in einen Schockzustand versetzt. Die Fleet-Street-Presse begann wie auf Kommando über „Krise", „Agonie", und „Anarchie" der Labourpartei zu klagen. Dem linken Parteiflügel werden „Extremismus" und andere Todsünden vorgeworfen.

Die Ergebnisse der Konferenzen der führenden Parteien zeigen, daß sich die politische, wirtschaftliche und soziale Lage in England zugespitzt hat. Einerseits rückt die konservative Regierung in ihrer Innen- und Außenpolitik immer weiter nach rechts auf reaktionäre Positionen ab. Andererseits ist ein Trend nach links in der Labourpartei und in den Gewerkschaften unverkennbar. Es wachsen das Ansehen und der Einfluß der Massenorganisationen, die für Frieden und Abrüstung eintreten. Kurzum, in Großbritannien hat sich die Polarisierung der politischen Kräfte verstärkt.

London, Oktober 1980

Luigi LONGO



Luigi Longo, der Vorsitzende der Italienischen Kommunistischen Partei, ist im Alter von 80 Jahren gestorben.

Seine Entwicklung zum Revolutionär vollzog sich unter dem direkten Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. 1921 gründete er mit Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti die IKP. 1926 wurde er in tiefer Illegalität in das ZK und 1931 in die Leitung der Partei gewählt.

Verhaftungen, Gefängnisse, Arbeit im Untergrund zeichneten seinen Weg. Er wirkte im Auslandszentrum der Partei, war aktiv in der Kommunistischen Jugendinternationale und der Komintern.

Luigi Longo hat gegen den Faschismus nicht nur in Italien, sondern auch in Spanien gekämpft. 1943—1945 gehörte er zu den Hauptorganisatoren des italienischen Widerstands.

Danach leistete Luigi Longo neben Palmiro Togliatti einen maßgeblichen Beitrag zur Umwandlung der IKP in eine Massenpartei. 1946 wurde er zum Stellvertreter des Generalsekretärs, nach dem Tod Togliattis 1964 zum Generalsekretär und 1972 zum Vorsitzenden der IKP gewählt.

Er hat wiederholt unterstrichen, daß die Kommunistische Partei stets prinzipiell den Klassenstandpunkt verfechten müsse, daß sie von der revolutionären Theorie, von der Lehre Marx' und Lenins keinen Schritt abweichen dürfe.

Die sowjetischen Kommunisten und alle Werktätigen der Sowjetunion, heißt es in der Botschaft des ZK der KPdSU an die Führung der IKP, haben Luigi Longo als standhaften Kommunisten und Internationalisten, als großen Freund unseres Landes und der Partei Lenins gekannt, als Persönlichkeit, die viel zur Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und der IKP, zwischen unseren Völkern beigetragen hat.

Das Andenken an Luigi Longo wird in den Herzen der sowjetischen Menschen fortleben.

UMTRIEBE DER REAKTION

Auf Jamaika finden am 30. Oktober allgemeine Wahlen statt, von deren Ausgang vieles abhängt. Der Wahlkampf verläuft in einer ungewöhnlich komplizierten gespannten Atmosphäre. Die Rechtskräfte und die hinter ihnen stehenden imperialistischen Kreise der USA heizen diese Spannungen an.

Jamaika wurde 1962 im Rahmen des Commonwealth unabhängig — nach dem langjährigen Kampf seines 2-Millionen-Volkes gegen das Kolonialjoch. Seit 1972 regiert die Nationale Volkspartei (PNP), die damals bei den allgemeinen Wahlen siegte (dieser Erfolg wurde 1976 wiederholt). Das Kabinett wird vom PNP-Führer Michael Manley geleitet. Die jahrhundertelange Herrschaft der Briten hinterließ der blühenden Insel ein schweres Erbe: die verhängnisvolle Abhängigkeit der Volkswirtschaft von ausländischen Monopolen, eine rückständige Landwirtschaft, die schwach entwickelte Industrie, ein niedriges Lebensniveau der Bevölkerung und viele andere Probleme.

Die Regierung Manley legte ein umfassendes Programm sozialökonomischer Umgestaltungen im Interesse der Werktätigen vor. In seinem Rahmen nahm sie vor allem die Agrarreform in Angriff. Sie stellte den Hauptreichtum des Landes, die Bauxite, unter ihre Kontrolle. In der Bauxitförderung liegt Jamaika an zweiter Stelle in der kapitalistischen Welt — nach Australien. Doch die Inselrepublik erhielt damals nur ein Zehntel des Exporterlöses. Die neueingeführte Bauxitexportsteuer führte in nur einem Jahr zu einer Zunahme der Staatseinkünfte um 60%. Die Auslandsmonopole antworteten darauf mit einer Drosselung ihrer Geschäftstätigkeit. Damals (1974) beschloß die Regierung, die Kontrollpakete der Aktien der führenden amerikanischen und kanadischen Bauxitkonzerne zu erwerben. Jetzt verfügt sie über 51% des Kapitals dieser Gesellschaften, und ein Teil der Einnahmen fließt in die Staatskasse. Mit diesen Geldern hat die Regierung insbesondere den Bau von Sozialwohnungen für arme und kinderreiche Familien in Angriff genommen.

In den vergangenen acht Jahren ist nicht wenig auch für Volksbildung und Kultur getan worden. Allgemeiner kostenloser Unterricht wurde eingeführt. Mehr als 100 neue Schulen entstanden. Eine große Hilfe bei der Entwicklung des Bildungswesens leistet das befreundete Kuba.

Die Regierung Manley steuert einen klaren antiimperialistischen Kurs. Jamaika begann, in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen aktiv mitzuwirken, und intensiviert seine Beziehungen zu den sozialistischen Ländern.

All das können die USA dem neuen Jamaika nicht verzeihen. Auch die Inselkapitalisten haben sich damit nicht abgefunden. Die einen wie die anderen wollen das Kabinett Manley „in die Knie zwingen". Die oppositionelle Labour Party, die die Interessen der Großbourgeoisie vertritt, führt eine zügellose Kampagne gegen die Regierung. Die Labour Party stand im ersten Jahrzehnt des unabhängigen Jamaika an der Macht. Sie wird von dem Yankeefreund Edward Seaga geleitet.

Die jamaikanischen Reaktionäre verüben mit Hilfe der CIA Diversionsakte gegen die Volkswirtschaft. Das geht bis zur Anzettelung von Komplotten und zu Attentaten auf Regierungsmitglieder und PNP-Aktivisten.

Die Unternehmer haben ca. 300 Mio Dollar ins Ausland verschoben. Sie hintertreiben die Maßnahmen der Regierung und hetzen die Bevölkerung auf. Die Rechtspresse hat den ausländischen Tourismus, der traditionell beträchtliche Einnahmen bringt, unter Beschuß genommen. Die Lage auf Jamaika wird in den schwärzesten Tönen gemalt, um die Ausländer von einem Besuch der Insel abzuhalten.

Natürlich sind einige wirtschaftliche Schwierigkeiten objektiver Natur. So wirken sich die wirtschaftlichen Probleme in den kapitalistischen Staaten, mit denen Jamaika traditionelle Verbindungen unterhält, negativ auf die Lage in der Inselrepublik aus. Das Defizit der Zahlungsbilanz ist größer geworden, besonders durch die Verteuerung des eingeführten Erdöls und anderer Importgüter. Jamaika ist jetzt mit mehr als 1 Md. Dollar im Ausland verschuldet. Der Internationale Währungsfonds hat Jamaika Kredite für den „Schuldendienst" angeboten, doch unter derart demütigenden Bedingungen, daß die Regierung dankend verzichtete. Statt dessen gewährten Libyen, Kuba und einige andere Staaten Kredite. Im Februar vereinbarte man mit Mexiko den Austausch mexikanischen Erdöls gegen jamaikanische Bauxite.

Die CIA, die die nicht USA-hörige Regierung Manley stürzen und die Lage destabilisieren will, mischt sich massiv in die Angelegenheiten der Inselrepublik ein. Louis Wolff, Chefredakteur der Zeitschrift „Covert Action" (USA),



nannte am 2. Juli auf einer Pressekonferenz in Kingston eine Gruppe von 15 CIA-Agenten, die unter diplomatischem Deckmantel auf Jamaika agieren. Der ehemalige CIA-Agent John Stockwell erklärte, daß die CIA Journalisten anheuert, die Falschmeldungen fabrizieren und die wahre Lage im Lande entstellen. So soll das Vertrauen des Volkes zur Regierung untergraben werden.

Doch das alles beschränkt sich nicht auf „psychologische Kriegführung". Terroristenbanden verüben Sprengstoff- und Brandanschläge, Attentate auf führende Persönlichkeiten der PNP und der Regierung. Anfang Oktober wurde ein Anschlag auf Premierminister Manley und den Minister für nationale Sicherheit, Thompson, bekannt. Glücklicherweise nahmen sie dabei keinen Schaden. Einige Tage später wurde der stellvertretende Minister für nationale Sicherheit, Roy McGann (PNP), in Kingston ermordet.

Meldungen der Auslandspresse zufolge stellen die Labouranhänger mit US-Waffen ausgerüstete Kampfgruppen auf. Unterdes gibt es im US-Staat Florida einige Lager, wo Söldner für subversive Aktionen auf Jamaika ausgebildet werden. In Miami hat sich eine „Liga des freien Jamaika" und in New York eine ähnliche Gruppe „Freunde des freien Jamaika" eingegraben. Diese „Freiheitskämpfer" schmuggeln mit Hilfe der CIA Waffen, Geld und subversive Schriften auf die Insel.

In einer so komplizierten Lage geht die Nationale Volkspartei mit der Unterstützung einiger Gewerkschaften und der Arbeiterpartei Jamaikas, die auf marxistisch-leninistischen Positionen steht, in die Wahlen. Anfang Oktober hat die PNP auf ihrer Jahreskonferenz aktuelle Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens des Landes sowie seiner Innen- und Außenpolitik erörtert. In den Konferenzbeschlüssen fand die Orientierung der PNP auf den sozialistischen Entwicklungsweg ihren Niederschlag, wurde die Notwendigkeit betont, den Kampf für die nationalen Interessen und die Souveränität zu verstärken.

W. DOLGOW, F. SINJKO

DER RECHTSTERROR



Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Am Freitag, dem 26. September, begab sich der Altwarenhändler Ignaz Platzer zusammen mit Frau und fünf Kindern auf die Theresienwiese zum Oktoberfest. Dieser traditionelle Münchner Jahrmarkt ist schon stets ein Besuchermagnet für jung und alt gewesen. 1979 wurden 4 200 000 l Bier ausgeschenkt und 363 000 Paar Würstchen verkauft.

Herr Platzer hatte an diesem Tag seine Spendierhosen an — geht's ja nur einmal im Jahr auf die Wies'n. Nachdem sich die ganze Familie nach Herzenslust amüsiert hatte, strebte man gegen 22 Uhr dem Hauptausgang zu. Um die Kinder in der Menge nicht zu verlieren, nahm Herr Platzer den 6jährigen Ignaz und die 8jährige Ilona an die Hand. Die Mutter folgte mit den drei Ältesten. Um 22.19 Uhr kamen sie an einer Metallstange mit einem Hinweisschild und einem Abfallbehälter aus Blech vorbei.

In diesem Augenblick ereignete sich eine Explosion. Herr Platzer wurde von der Druckwelle einige Meter fortgeschleudert. Nachdem er wieder zu sich gekommen war, und ohne noch zu verstehen, was eigentlich geschehen war, begann er verzweifelt nach seiner Familie zu suchen. Ilona und Ignaz jun. waren tot, die Körper verstümmelt. Die übrigen Kinder waren schwer verwundet. Das Leben seiner Frau Katharina hing an einem seidenen Faden. Auf dem Boden war eine riesige Blutlache: 12 Tote (das 13. Opfer starb im Krankenhaus) und mehr als 200 Verletzte.

Wer steht hinter dem gemeinen Verbrechen, das so vielen Menschen Schrecken und Leid gebracht hat? Der Täter, dem die Explosion Arme und Beine abgerissen hatte, lag unter den Toten: der Geologiestudent Gundolf Köhler, Mitglied einer neonazistischen Terrorbande der „Wehrsportgruppe Hoffmann". Die Polizei verdächtigte ihn sogleich, im Augenblick der Explosion die Bombe in der Hand gehalten zu haben. Offenbar war sie „zu früh" explodiert. Vielleicht aber hatte auch ein zweiter Täter aus der Nähe die Fernzündung betätigt, um auch den Ausführenden des Verbrechens mitzubeseitigen.

Der Führer der „Wehrsportgruppe Hoffmann" wurde augenblicklich verhaftet ... und ebenso schnell wieder freigelassen: Einen Beweis für seine Mittäterschaft habe man, wie es hieß, nicht entdecken können. Die reaktionären Blätter verbreiteten sofort die Version, das Verbrechen von München sei das Werk eines verrückten Einzelgängers gewesen. Zu anderer Zeit hätte man das Publikum vielleicht auch davon überzeugen können — doch nicht jetzt. Das, worauf die progressiven antifaschistischen Kräfte in der BRD schon seit langem hingewiesen haben — die Aktivierung der neonazistischen Gruppen und ihre immer stärkere Hinwendung zum Terror —, begann der bundesdeutschen Öffentlichkeit bewußt zu werden.

Bereits einen Monat vor der Tragödie von München waren zwei Menschen dem Neonazi-Terror zum Opfer gefallen. Am 22. August wurde ein Sprengsatz in ein Hamburger Ausländerwohnheim geworfen. Ein Brand brach aus. Als die Rettungskommandos eintrafen, war ein Heimwohner bereits tot, der zweite starb im Krankenhaus an den Verbrennungen. Fünf Mitglieder der Neonazi-Organisation „Deutsche Aktionsgruppen" wurden unter Mordverdacht verhaftet. Sie hatten ihre Opfer nicht zufällig ausgewählt. Die Kampagne gegen die Ausländer, vor allem gegen die „Gastarbeiter" (die BRD verdankt ihnen einen Großteil ihres Wohlstandes), war in letzter Zeit Mittelpunkt der Neonazi-Agitation. Nächtens sprühten die Nazis ausländerfeindliche Aufschriften an Häuserwände, und am Tag klebten dann Funktionäre der legalen NPD, die auch an den Bundestagswahlen teilnahm, in der ganzen Bundesrepublik Plakate mit der Forderung nach einem Ausländerstopp.

Der Sprengstoffanschlag, den Neonazis der „Wehrsportgruppe Hoffmann" beim Münchner Oktoberfest verübten, forderte 13 Menschenleben. Viele der 213 Verwundeten werden zeitlebens behindert sein.



Die Führer der NPD und ihre Gesinnungsgenossen schüren Rassenhaß gegen Arbeiter anderer Nationalität — ebenso wie die Hitlerfaschisten. Sie meinten — in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression könne man die Unzufriedenheit der Bevölkerung in die von ihnen gewünschte Bahn lenken und die Verantwortung für die Krise den „frechen Ausländern, die den Deutschen die Arbeit wegnehmen", zuschieben.

Wie dem auch sei — der Mord in dem Hamburger Wohnheim zwang die Presse, das Problem des „Rechtsradikalismus", wie der Neonazismus hier oft euphemistisch genannt wird, eingehender zu beleuchten. Einige Personen wurden verhaftet, und die Zeitungen „erinnerten sich" an ähnliche „Vorfälle" des letzten Jahres. Schon damals hätte die Polizei wirklich allen Grund zum Eingreifen gehabt.

Und so sah das im einzelnen aus: Am 21. Februar d. J. ging im Landratsamt Eßlingen (Baden-Württemberg) eine Bombe hoch. Hier wurde gerade eine Ausstellung über Auschwitz gezeigt. Die „Deutschen Aktionsgruppen" brüsteten sich mit diesem Anschlag. Ihre Tatwaffe: eine Metallrohrbombe, gezündet durch einen Kurzzeitmesser der Firma Blessing.

Am 18. April explodierte dann eine Bombe im Haus des Eßlinger Landrats Braun, der für die Auschwitz-Austellung verantwortlich zeichnete. Ein Unbekannter, der sich als Vertreter der „Deutschen Aktionsgruppen" bezeichnete, rief bei der Lokalredaktion an und sagte drohend, die Redaktion habe die Warnung und die erste Explosion wohl nicht genügend beachtet. Am 30. Juli wurde ein Teil der Wand im Küchentrakt des Bundessammellagers für Ausländer in Zirndorf durch eine Explosion zum Einsturz gebracht. Tatwaffe war eine Bombe des gleichen Typs.

Am 17. August explodierte eine Bombe im Ausländerwohnheim von Lörrach. Während es zuvor wie durch ein Wunder keine Opfer gegeben hatte, wurden diesmal zwei Frauen verwundet. Tatwaffe: eine Rohrbombe mit dem gleichen Zünder. Zwei Polizisten in Lörrach erhielten Briefe von den „Deutschen Aktionsgruppen" mit dem „Rat", lieber nicht bei der Aufklärung des Verbrechens mitzuwirken — das würde ihnen „schlecht bekommen".

Über all das deckte die Presse den Mantel des Schweigens, bis es die ersten Toten gab...

Man hatte mich nach Hamburg eingeladen zu einer Gedenkkundgebung für die jüdischen Kinder, die in der Nacht zum 21. April 1945 im Keller der Schule am Bullenhuser Damm ermordet worden waren.*

Am 20. April 1980 nahm ich an der Gedenkkundgebung teil. Hunderte von Antifaschisten hatten sich eingefunden. Angehörige der ermordeten Kinder ergriffen das Wort. In allen Reden wurden neben dem Aufruf, nicht zuzulassen, daß sich die Tragödie vom Bullenhuser Damm je wiederholt, auch Vorwürfe an die bundesdeutschen Behörden laut, daß sie die Aktivitäten der Neonazis nicht wirksam genug unterbinden.

Wie berechtigt diese Kritik ist, wurde schon sehr bald deutlich. Einige Tage nach meiner Rückkehr erfuhr ich, daß Neonazis eine Bombe vor den Eingang dieser Hamburger Schule geworfen hatten. Der Sprengsatz wurde zufällig von einem Passanten entdeckt, der Schlimmeres verhüten konnte. Bei der Explosion, die die Türen zerstörte und großen Schaden anrichtete, gab es glücklicherweise keine Opfer. Der Anschlag ereignete sich am 27. April, und, soweit ich weiß, berichtete nur „Unsere Zeit", das Organ der DKP, von dem Verbrechen.

Drei ganze Monate wartete ich, um zu erfahren, ob man die Verbrecher nun aufgespürt und ihrer gerechten Strafe zugeführt hat. Vier Monate später, am 28. August, fragte ich dann bei der Hamburger Staatsanwaltschaft nach. Die Antwort ließ nicht auf sich warten. Oberstaatsanwalt Beck teilte mir dann mit, die Untersuchungen seien bislang ergebnislos geblieben...

Die Antwort war vom 29. August datiert. Der Herr Oberststaatsanwalt hätte in der Hamburger „Zeit" vom gleichen Tag möglicherweise seine Informationslücke schließen können. Die Zeitung schrieb, der Anschlag auf die Schule sei das Werk von Neonazis gewesen. Dabei verwies sie auf die schwer widerlegliche Tatsache, daß auch hier eine Rohrbombe mit einem Blessing-Zünder als Tatwaffe diente...

Erst im August — nach dem Anschlag in Lörrach — begann sich die Bundesanwaltschaft ernstlich mit dem Neonaziterror zu befassen. „Dem Bundesamt für Verfassungsschutz lagen schon lange vor dem Anschlag in Lörrach Erkenntnisse über die ‚Deutschen Aktionsgruppen' vor", schrieb die „Zeit", „die Beamten machten es sich allerdings zu leicht. Sie hielten die rechten Extremisten schlicht für harmloser als die linken. Mit anderen Worten: Sie sahen weniger genau hin", obgleich sich bei den Behörden Unmengen provokatorischer Briefe von Rechtsradikalen angesammelt hatten.

Ein solcher Brief, der an die Redaktion der bekannten Hamburger Illustrierten „Stern" gerichtet war, gelangte auch in meine Hände. Ein Mitarbeiter der Zeitschrift sandte mir eine Kopie für Informationszwecke. Oben auf der Seite ein großer Stempel: Der „Reichsadler" umkrallt ein Nazi-Hakenkreuz. Links vom Stempel die Buchstaben „NSDAP". Rechts, wo gewöhnlich der Abgangsort und das Datum angegeben sind, stand: „München, Hauptstadt der Bewegung. Am 16. Juni, 91. Jahr des Führers."

Weiter folgte ein Text, aus dem wir hier zitieren möchten: „Wie wir bei der Auswertung Ihrer Erzeugnisse feststellten", schrieb ein unbekannter Nazi, „haben Sie wiederholt versucht, den Führer öffentlich zu verunglimpfen, das Ansehen seiner Person herabzusetzen und sein Ideengut zu verfälschen... Während über die Kampffelder längst das Gras gewachsen ist, setzen Sie in Ihren Redaktionsstuben den Vernichtungskrieg gegen Deutschland, den Nationalsozialismus und Adolf Hitler fort... Sie beanspruchen, Deutsche zu sein, und sind in Wirklichkeit doch nur charakterschwache Trottel, die billig vom Feinde eingekauft, durch eine Laune der Natur zufällig einen deutschen Namen tragen. Für Sie, die willigen Tintenkleckser im Solde



„Die Demokratie ist impotent. Ein Diktator muß an die Spitze." Karl-Heinz Hoffmann (rechts unten) trainiert jetzt schon acht Jahre Mitglieder seiner „Wehrsportgruppe" im Killerhandwerk. Die „Wehrsportgruppe" verfügt über Karabiner, MPIs, MGs, Schützenpanzerwagen, Jeeps und Kanonen... Getragen wird Naziuniform.

Foto: „Stern" (BRD)

* Siehe „Neue Zeit", Heft 12/1980

des internationalen Judentums, ist in dem Deutschland, das wir uns wünschen, kein Platz."

Dann folgten unverhohlene Drohungen:

„Sie glauben, daß Sie, wenn Sie in Ihren Zimmern sitzen und Ihre Texte schmieren, sozusagen einen diplomatischen Status besitzen... Hüten Sie sich, sich solchen Illusionen hinzugeben. Wir wollen und werden nicht länger zusehen, wie Sie mit Ihrem Schreibzeug hämisch über Tote herfallen und diese fleddern... Sollten Sie dennoch der Meinung sein, daß Sie sich auf dem richtigen Wege befinden, dann laden Sie doch einmal ein Kommando von Nationalsozialisten in ihre Redaktionsräume ein. Wir kommen rasch, bleiben kurz und haben alles erledigt, wenn wir gehen." Abschließend die Bezeichnung: „Presse- und Propagandaamt der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei." Eine Unterschrift (unleserlich) und vor der Unterschrift „Heil Hitler"...

Ich bedankte mich bei meinem Kollegen für die Kopie und fragte ihn — es war noch vor der Tragödie von München — wie ernst diese Drohung in der Redaktion genommen werde. Seine Antwort: „Den Nazidrohbrief nehmen wir nicht ernst, soweit er den Überfall auf die Redaktion androht. Aber sehr ernst, was den politischen Hintergrund betrifft. Inzwischen habe ich auch die Nazi-Zeitschrift ‚Kampfruf' erhalten, in den USA gedruckt, mit kompletter Adresse. Es steckt der bekannte Neonazi Gary Lauck dahinter. In der Zeitschrift wurde dazu aufgerufen, einen Antifaschisten in Frankfurt zur ‚Sonderbehandlung' vorzumerken, mit vollständiger Namens- und Adressenangabe."

Und der wahre Einfluß der Neonazis in der heutigen BRD? Jahraus, jahrein charakterisierten die Behörden die Neonazis als eine kleine einflußlose Gruppe. So wurde immer wieder auf den Rückgang der Mitgliederzahl der neonazistischen NPD von 27 000 Mitgliedern (1970) auf 8000 (1979) hingewiesen. Ja, ein Teil der ehemaligen NPD-Mitglieder wurde von anderen Parteien absorbiert, vor allem vom rechten Flügel des konservativ-nationalistischen CDU/CSU-Oppositionsblocks. Tatsächlich hat sich seit 1969, als die NPD 4,3% der Stimmen erhielt und fast in den Bundestag gekommen wäre, vieles geändert, obgleich auch heute nicht vergessen werden sollte, daß am 5. Oktober 67 798 Stimmen für diese offen neonazistische Partei abgegeben wurden.

Sind die Aktivitäten der Neonazis etwa zurückgegangen? Keineswegs. Während die NPD noch bemüht war, den Anschein einer Partei zu wahren, die sich an die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie hält, lehnen die neuen Gruppen diese Demokratie in Bausch und Bogen ab. Heute sind den Behörden viele Organisationen bekannt. 1979 wurden von Neonazi-Aktivisten 1483 Verbrechen verübt, darunter 117 Gewaltverbrechen. Die Polizei hat von Rechtsextremisten verübte Überfälle auf Banken und Waffenarsenale registriert. Offiziellen Angaben zufolge förderten Haussuchungen bei Neonazis eine große Menge Sprengstoff, 121 Handgranaten, 13 Automatikwaffen, 44 Gewehre, 118 Handfeuerwaffen, 24 andere Schußwaffen und ca. 10 000 Schußmunition zutage.

Und trotzdem wurde im Verfassungsschutzbericht für 1979 „ein deutliches Nachlassen der Aktivitäten einiger neonazistischer Gruppen" verzeichnet. Im Juli 1980 hieß es dann: „Diese Entwicklung hat sich im Jahre 1980 fortgesetzt."

Was ist das, wenn nicht der Versuch, die wahre Sachlage zu verschleiern? „Wir Kommunisten wenden uns mit Entschiedenheit gegen die weitere Verharmlosung der neonazistischen Gefahr", erklärte Genosse Kurt Bachmann, Mitglied des DKP-Präsidiums, auf einer Kundgebung in München. „Die Opfer des Neofaschismus von München weilten noch unter den Lebenden, wenn man die Warnungen der DKP, der Antifaschisten gehört hätte, wenn Bundesregierung und Länderregierungen ihren Verpflichtungen aus dem Grundgesetz nachgekommen wären."

Der Gerechtigkeit halber sei gesagt, daß die neonazistische „Wehrsportgruppe Hoffmann" im Januar d. J. auf Anweisung des FDP-Innenministers Gerhart Baum verboten worden war und einige führende Sozialdemokraten wie Willy Brandt in letzter Zeit wiederholt auf die Gefahr des Neonazismus hingewiesen haben. Doch die Tragödie von München hat erneut gezeigt, daß die ergriffenen Maßnahmen keineswegs ausreichend sind. Einstweilen schaffen sie nur die gefährliche Illusion, als geschähe wirklich etwas. Wie läßt es sich denn erklären, daß Hoffmann, der nach dem Sprengstoffanschlag auf der Theresienwiese verhaftet worden war, nicht einmal 24 Stunden festgehalten wurde?

Und die Taktik der reaktionären Politiker und der Rechtspresse nach dem Verbrechen von München? Die „Frankfurter Allgemeine" ließ durchblicken, die Neonazis hätten den Terror ja von den Linken gelernt. Franz Joseph Strauß verstieg sich gar dazu, daß er den Terroranschlag im Grunde „DDR-Agenten" zuschrieb. Man fühlt sich wirklich an Hitlers Reichsmarschall Hermann Göring erinnert, der den Reichstag anzünden ließ, um dann gegen die Kommunisten vorzugehen...

Die Neonazi-Terroristen stehen nicht allein. Offenbar bilden sie ein Netz, weit über die BRD hinaus. „Sicher ist", schrieb der „Spiegel" kürzlich, „daß die verschiedenen Neonazi-Gruppen miteinander in Verbindung stehen, daß manche ihrer Aktionen und Anschläge international geplant und durchgeführt werden." Einige Zeitungen meldeten, daß auch bundesdeutsche Rechte in einem Militärlager der neofaschistischen belgischen Organisation Vlaamse Militantenorde ein Terrortraining absolvierten...

Der italienische Rechtsextremist, der für den Sprengstoffanschlag auf den Bahnhof von Bologne (über 80 Tote) mitverantwortlich sein soll, wurde in Frankreich, in Nizza aufgespürt, wo er, wie bekannt wurde, in engem Kontakt mit einem gewissen Polizeiinspektor Durand, einem Führer der französischen Neonazi-organisation FANE, stand. Die spanischen Faschisten begehen immer noch alljährlich den „Führergeburtstag"...

Über Verbindungen zwischen Zellen der „schwarzen Internationale" ist wenig bekannt. Doch daß es solche Verbindungen gibt, wird jetzt auch von der BRD-Regierung zugegeben. Zumindest verlangte Innenminister Baum kürzlich eine Sonderberatung der zuständigen Organe der BRD, Italiens, Frankreichs, der Schweiz und Österreichs, um gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung des rechtsradikalen Terrors zu erörtern.

Die antifaschistischen Kräfte verweisen darauf, daß der allgemeine Rechtsdrall in der BRD, die antikommunistische Hysterie, die Verfolgung der Kommunisten und anderer Demokraten durch die Berufsverbote, das forcierte Wettrüsten, das arbeiterfeindliche „Krisenmanagement" und das Kesseltreiben auf die Ausländer eben das Klima geschaffen haben, das einen so günstigen Nährboden für Neonazismus und faschistischen Terror abgibt.

Die Rechtskräfte werden keine Chance haben, meinen hier viele, wenn Sozialdemokraten, Kommunisten und alle demokratischen Kräfte gemeinsam und geschlossen gegen die Reaktion auftreten.

Und was tut sich in den Amtsstuben jetzt, nach München? Die bürgerliche Presse, ein zuverlässiges Barometer für die Stimmungen der herrschenden Kreise, hat einige Tage danach fast nichts mehr von dem Verbrechen auf der Theresienwiese geschrieben. War alles nur ein Sturm im Wasserglas? Bis zur nächsten Tragödie?

Bonn, den 20. Oktober

ANGSTMACHER, PHANTASTEN

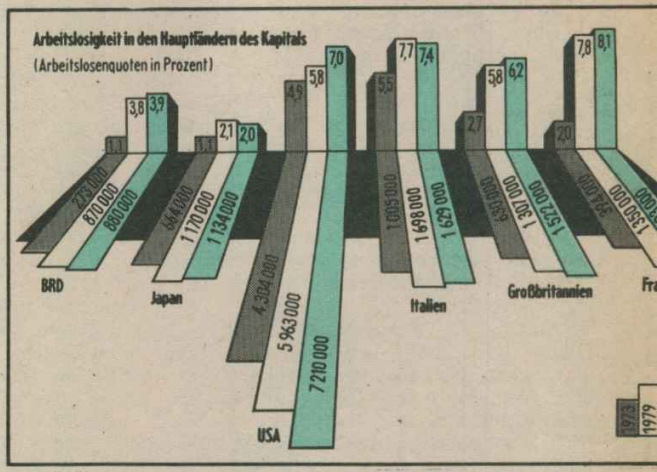
Wie häufig schon schlug man in Westeuropa Alarm: Panzer, russische Panzer! Frappierende Zahlen für eine vielfache Überlegenheit des Warschauer Vertrages gegenüber der NATO bei Panzern wurden angeführt. So wollte man die amerikanische Neutronenbombe, die die atlantische Propaganda als wirksamstes Mittel für den Kampf gegen die rote Panzerarmee pries, unbedingt in der westeuropäischen NATO-Filiale lagern.

Und jetzt schlagen wir eine Oktobernummer der Bonner „Welt" auf, die nicht laut genug von einer Panzerbedrohung aus dem Osten hatte trommeln können. Unter einer Überschrift auf S. 1: „Apel: Sowjet-Panzer keine Gefahr" wird die durchaus kompetente Meinung des BRD-Verteidigungsministers referiert. Ihm wie der ganzen ruhmreichen NATO kann man zur erfolgreichen Liquidierung der aus den Fingern gesogenen sowjetischen Panzerbedrohung nur gratulieren.

Heute wird in Westeuropa erneut Alarm geschlagen: Raketen, russische Raketen! Für die NATO gäbe es nichts Gefährlicheres als die sowjetischen Mittelstreckenraketen vom Typ „SS 20" (NATO-Terminilogie). Diese Bedrohung braucht man, um Westeuropa leichter mit den Pershings und Tomahawks des Pentagon zu überziehen und die Steuerzahler zu beiden Seiten des Atlantik ein weiteres Mal zu betrügen.

Zweifelsohne werden Pentagon und NATO auch mit der neuen Gefahr leicht fertig werden: Besteht diese ja nur in ihrer auswuchernden Phantasie. Und eines Tages wird einer der Profilügner dieser Institutionen die Wahrheit sagen: Sowjetraketen — keine Gefahr.

W. IWANOW



UNTER DEM HAMMER

Einmalige Sammlungen, exklusive Möbel, Kunstwerke, die Tabaksdose eines Ludwig, Hitlers Hosenträger — alles kann man auf einer Auktion feilbieten. Doch eine große Nachrichtenagentur ist noch nie unter den Hammer gekommen.

Diese Lücke wollen nun die UPI-Manager füllen. Die „New York Times" meldete, daß UPI meistbietend versteigert wird.

UPI besteht seit dem 24. Mai 1958, als die beiden großen amerikanischen Nachrichtenagenturen United Press Association und

„IMAGE"PFLEGE FÜR ISRAEL

Galoppierende Inflation, eine akute innenpolitische Krise und immer unsicherere internationale Positionen... Diese lakonische Aufzählung der Probleme des heutigen Israel schickte der französische „Paris-Match" der Reportage eines Korrespondenten des Blattes, Marc Ullmann, voraus. Die Inflationsrate ist auf 130% gestiegen und kann 150% oder sogar 180% jährlich erreichen. Die soziale Ungleichheit wird ständig größer. Die verschiedensten Machenschaften stehen auf der Tagesordnung.

Diese Tatsachen werden direkt oder indirekt auch von einem anderen Schreiber anerkannt — von David Cravit aus Kanada. Er sucht in seinem Beitrag in einer Septembernummer der „Jerusalem Post" nach Wegen für proisraelische Reklame. Cravit versteht zwar, wie verhängnisvoll die Politik Tel Avis ist, doch die Wurzel allen Übels sieht er vielmehr im katastrophalen Niedergang des israelischen Ansehens. Und als Werbefachmann hat er einen ganzen Sack von Vorschlägen parat, um das verblichene Image des „Gelobten Landes" zu retten und aufzupolieren.



Begin will keinerlei Zugeständnisse machen. Doch seine Macht geht zweifelsohne ihrem Ende entgegen.

Foto: Paris-Match

Israel lasse sich in der westlichen Propaganda besser verkaufen — so Cravit —, wenn man den Spießbürger mit der „palästinensischen Bedrohung" ins Boxhorn jagt, wenn man ihm suggeriert, Israels Existenz sei gefährdet. Doch Mitleid allein ist wohl zu wenig. Schön wäre es ja, der Weltöffentlichkeit weiszumachen, nicht Tel Aviv sei schuld daran, daß der ölreiche Nahe Osten ein Pulverfaß wird, und die bösen Palästinenser seien das eigentliche Hindernis auf dem Weg zu Frieden und Stabilität in der Region.

„Image"pflege für Israel ist eben ein verdammt undankbarer Job.

W. LEONIDOW

...UND KEIN ENDE

Die Arbeitslosigkeit in den 24 OECD-Staaten hat 20 Millionen erreicht. Für 1981 werden 23 Millionen erwartet.

Zu den mehr als 7 Millionen Erwerbslosen in den sechs größten kapitalistischen Ländern (1973) sind weitere 6,5 Millionen Arbeitslose hinzugekommen. Im September d. J. gab es in der BRD 85 000 Arbeitslose mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. In Großbritannien hat ihre Zahl in den letzten drei Monaten um 250 000 zugenommen. In den USA liegt die Gesamtzahl der Arbeitslosen im September d. J. bei mehr als 8 Millionen. In Italien nähert sie sich der 2-Millionen-Marke, in Frankreich würden es bald über anderthalb Millionen sein und in Japan mehr als eine Million. Und ein Ende ist nicht abzusehen...

L. SMIRNOWA

Schaubild: „Horizont" (DDR)

TEUFELSKREIS

Das Foto aus dem britischen „Guardian" zeigt keine frischfröhlichen Camper, sondern Arbeitslose. Die Jelberts leben vom Arbeitslosengeld, und die beiden Kinder mußten sie in ein Heim geben. Ihre frühere Wirtin kündigte ihnen das Zimmer, wo sie bis zuletzt gewohnt hatten. Die Jelberts baten daraufhin das Sozialamt, ihnen Wohnraum zuzuweisen. Doch dort stießen sie auf taube Ohren. Man verwies sie darauf, daß sie ja nicht mit ihren Kindern zusammenleben. Die Kinder aber werden ihren Eltern jetzt nicht zurückgegeben, da diese obdachlos sind. „Ein Teufelskreis" seufzt Mr. Jelbert.

Schließlich gab man den Jelberts ein Zelt, das sie außerhalb der Stadt aufschlagen durften. Von ihrem Arbeitslosengeld „darf" das Paar jetzt mehr als 16 Pfund wöchentlich für diese Behausung hinblättern. Doch jetzt, da



die Jelberts offiziell für obdachlos erklärt wurden, kann man ihnen das Arbeitslosengeld nehmen.

Fürwahr ein Teufelskreis! Einige Tausende Obdachlose und an die 2 Millionen Arbeitslose sind in einer vergleichbaren Lage.

I. STEPANOWA

UNHEILVOLLE WOLKE

Peking vergiftet das internationale Klima nicht nur im übertragenen Sinne. Seine Nuklearexplosion in der Atmosphäre beschwört die Gefahr einer Umweltverseuchung herauf... Eine riesige radioaktive Wolke hängt über der Westküste der USA. Die amerikanischen Farmer werden gewarnt, daß bei Regenfällen radioaktive Niederschläge in den Boden dringen können.

Besorgt ist die japanische Bevölkerung. Der Bürgermeister von Nagasaki schickte den chinesischen Behörden ein Telegramm, in dem er im Namen der Einwohner der Stadt, die das nukleare Inferno durchgemacht haben, ein Ende der Tests verlangte.

Doch was schert's Peking? Es hat sich ja auch dem Teststoppabkommen nicht angeschlossen, um sich nur nicht die Hände zu binden. Internationale Abkommen, die den Frieden festigen, passen nicht in die Politik der chinesischen Führung, die ganz andere Ziele verfolgt. Das ist die eine Seite der Medaille...

Bekanntlich bezeichnete US-Präsident J. F. Kennedy seinerzeit das Teststoppabkommen als einen „Schritt weg vom Krieg". Das Abkommen gehörte zu jenen Schritten, die die Entspannung einleiteten. Jetzt krebst dis US-Politik zurück. Washingtons Großoffensive gegen die Entspannung ermuntert auch Peking. Der eine friert die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens ein, der andere führt eine Nuklearexplosion in der Atmosphäre durch. Sie beide wollen so die Verhandlungen über ein umfassendes Verbot der Nukleartests stören.

Wich denn nicht deshalb John Trattner, Sprecher des State Department, auf einer Pressekonferenz der Antwort auf die Frage aus, ob die USA eigentlich gedächten, gegenüber der chinesischen Regierung wegen der Explosion zu protestieren, die ein internationales Abkommen verletzte?

Die Fürsprecher der US-Politik haben es dabei nicht leicht. Washington will die Aufrüstung Chinas den Amerikanern schmackhaft machen, während die Rückstände dieser Aufrüstung den eigenen Leuten in Form radioaktiver Niederschläge aufs Haupt geschüttet werden...

I. TROFIMOWA

TEURER RUMMEL

Ende Oktober unternimmt der Nachrichtenagentur Kyodo Tsushin zufolge der japanische Außenminister Masayoshi Ito eine „Inspektionsreise" in die Region „der Nordgebiete", wobei er das sowjetische Territorium, das von gewissen Nachfahren der Samurais beansprucht wird, „in Augenschein" nehmen will.

Früher wurden derartige theatralische Gesten vor allem von rechtsradikalen Elementen getan. Jetzt sind auch Officials eifrig dabei.

Tokio verweist dabei auf die „öffentliche Meinung". Man wolle ja nur dem Willen des japanischen Volkes Rechnung tragen. Doch in „Jiyu Shimpo", dem Sprachrohr der regierenden Liberal-Demokratischen Partei, sickerte durch, daß die Kanzlei des Premierministers, die offenbar nicht allzusehr auf die Initiative der japanischen Bevölkerung hofft, einen Plan zur Aktivierung der antisowjetischen Umtriebe entwickelt. Diese Kampagne soll landesweit durchgeführt werden. In jeder Präfektur ist eine Zusammenrottung zur Unterstützung der „Gebietsansprüche" gegenüber der UdSSR zu veranstalten.

In diesem Jahr waren trotz der großzügigen Finanzspritzen die Erfolge der antisowjetischen „Bewegung" nicht groß — kaum einer wollte sich an diesem politischen Rummel beteiligen.

I. MICHAILOW

ERSTSCHLAG – EINE SELBSTMORDSTRATEGIE

AUF CATOS SPUREN?

„Unsere Politik muß auf folgenden Voraussetzungen beruhen", hieß es in der „Strategie auf weite Sicht", einem auf Initiative der amerikanischen Vereinigten Stabschefs im kalten Krieg abgefaßten Dokument, „nicht zuzulassen, daß ein politisches System bestehen bleibt, das dem unseren entgegengesetzt ist. Wir haben keine andere Wahl als die Strategie Catos."

Gemeint war der bekannte Ausspruch des römischen Feldherrn Cato: „Übrigens bin ich der Meinung, daß Karthago zerstört werden müsse." Das Karthago Washingtons war damals die UdSSR und ein Mittel, sie zu verheeren, war ein massierter Überraschungsangriff.

Verfehlter Knockout

Der Ausdruck „Erstschlag" wurde dem amerikanischen Militärlexikon gleich nach der Entwicklung der Atombombe einverleibt. Darunter verstand man einen nuklearen Überraschungsangriff auf gegnerische Städte und Industrieobjekte. Der Leiter des Manhattan Project (der Entwicklung der Atombombe), General Leslie Groves, sagte: „Mit der Atomwaffe muß die Nation bereit sein, falls notwendig, einen Erstschlag zu führen." Mit den Vorbereitungen dazu wurde begonnen.

Das erste Projekt für einen Atomangriff auf 20 sowjetische Städte und Militärobjekte, betitelt „Die strategische Verwundbarkeit Rußlands für einen begrenzten Luftangriff", wurde im November 1945, drei Monate nach der Vernichtung Hiroshimas und Nagasakis, aufgestellt. Washington beeilte sich, sein Atommonopol auszunutzen. In den 40er Jahren entstand eine ganze Serie solcher Pläne: „Charioteer", „Cogwheel", „Gunpowder", „Fleetwood" und „Dropshot". Keiner wurde ausgeführt.

Warum nicht? Viele Historiker der USA erklären das mit der „traditionellen Friedensliebe und Menschlichkeit" ihres Landes. Wie konnte Washington bei solchen Eigenschaften aber Hiroshima und Nagasaki vernichten und ein Blutvergießen in Korea, Vietnam und vielen anderen Weltgegenden anrichten? Die Sache hatte offenbar andere Gründe, und der wichtigste war wohl, daß Washington bis 1949, als die UdSSR eine eigene Atomwaffe entwickelt hatte, nur wenig Atombomben und Träger für sie besaß. Nach amerikanischen Angaben waren es Ende 1948 100—150 solche Waffen, was, nach Ansicht der Washingtoner Strategen, nicht ausreichte, um der UdSSR eine „endgültige militärische Niederlage" beizubringen.

Gleich nachdem die UdSSR 1949 die Atomwaffe entwickelt hatte, wurde auf Weisung Präsident Trumans eine Kommission zur Untersuchung gebildet, was das für die USA bedeuten könne. Der Bericht der Kommission enthielt diese Schlußfolgerung: „Wir können nicht mehr auf eine Unverwundbarkeit unserer Städte und unseres ganzen Kontinents in einem künftigen Krieg rechnen."

Dennoch gab man im Pentagon keineswegs den Gedanken auf, als erste Kernwaffen zum Einsatz bringen zu können. Das blieb auch in den 50er Jahren die Grundlage der amerikanischen Militärstrategie. Wie die „New York Times" bezeugt, erwog Truman 1952 allein zweimal einen eventuellen Atomangriff auf die UdSSR und China.

Im Pentagon wollte man aber sichergehen und sich die „absolute" strategische Überlegenheit über die UdSSR sichern. Man dachte es sich so, daß ein beschleunigtes Wettrüsten und ein System von Luftwaffenstützpunkten in Westeuropa die Schaffung eines Potentials ermöglichen würde, mit dem man durch einen Überraschungsangriff die UdSSR vernichten könnte, während Moskau nicht mit Gleichem antworten könnte, weil es nur wenig Atomwaffenträger besitze.

Das Pentagon wiegte sich in der Hoffnung, die UdSSR werde nicht so bald eine Bomberflotte mit Aktionsradius bis nach den USA besitzen. Aber schon 1954 sahen amerikanische Experten mit eigenen Augen sowjetische strategische Bomber. Eine noch größere Enttäuschung erlebten die Verfechter eines Atomwaffenschußwechsels am 4. Oktober 1957. An diesem Tag startete die UdSSR den ersten künstlichen Erdtrabanten, und das bedeutete, daß sie interkontinentale ballistische Raketen (ICBM) hatte, die der geographischen Unverletzbarkeit der USA ein Ende machten. Waren die US-Strategen beim Planen eines Atomkriegs vorher von der Eventualität einer begrenzten Vergeltung ausgegangen, so hatte sich die Situation nunmehr völlig verändert. Darüber schreibt Thomas Finletter, früher Luftwaffenminister der USA: „Fast augenblicklich gerieten wir aus der Lage, in der ein globaler Krieg den USA nicht gefährlich werden konnte, in eine Lage, in der ein solcher Krieg uns furchtbaren Schaden zufügen, Dutzende unserer Städte vernichten und viele Millionen Amerikaner das Leben kosten könnte."

Die Falken in den USA konnten sich nicht damit abfinden. Ende der 50er Jahre wurde in politischen und militärischen Kreisen der USA viel über einen nuklearen Präventivschlag gegen die UdSSR diskutiert, um das sowjetische Karthago auszuradieren, „ehe es zu spät ist". Allmählich aber setzte sich in Washington die Erkenntnis durch, daß die UdSSR mit Atomwaffen nicht knockout geschlagen werden kann, daß diese Waffen zum Bumerang geworden waren.

McNamaras „Humanismus"

Statt auf die Atomwaffen zu verzichten, was die UdSSR vorschlug, fing Washington an, fieberhaft nach Atomabwehrmitteln zu suchen.

Zu Anfang der 60er Jahre fehlte es in den USA nicht an Projekten für die Zivilverteidigung. Die Urheber der einen versprachen, Amerika für nur 500 Mio Dollar zu schützen. Andere verlangten 200 Md. Der Bau von Bombenunterständen im ganzen Land wurde geplant.

Als der erste Anfall der Bunkermanie abgeflaut war, erkannten selbst Laien, daß nur sehr wenig Amerikaner durch Unterstände gerettet werden könnten.

Praktisch unwirksam war auch eine etwas später vorgebrachte Idee zur „nationalen Rettung": die Schaffung eines Raketenabwehrsystems, das die USA gegen einen atomaren Vergeltungsschlag abschirmen sollte. Selbst nach den Kalkulationen, die dem Kongreß vom Pentagon vorgelegt wurden, hätte ein „dichtes" solches System 20—40 Md. Dollar gekostet und die Verluste von 120 auf 110—100 Millionen Menschen verringert.

Der atomare Erstschlag wäre also Selbstmord. Trotzdem wollte Washington die Idee nicht aufgeben. Im

März 1962 sagte Präsident Kennedy in einem aufsehenerregenden Interview, das er Stewart Alsop gab, die UdSSR dürfe „nicht sicher sein, daß die USA keinen Erstschlag führen würden, falls ihre Lebensinteressen gefährdet wären". Wie gedachte Washington, den Gegner zu übertrumpfen und der Vergeltung zu entgehen?

Die offizielle Antwort erfolgte am 16. Juni 1962. Verteidigungsminister McNamara sprach in der Michigan University und erwähnte eine neue Konzeption: Gegenkraft. Es war davon die Rede, daß vor allem nicht Ortschaften und das Industriepotential, sondern strategische Militärobjekte aufs Korn genommen werden sollen, die die Stärke des Gegners ausmachen. Von dieser Konzeption wurde viel hergemacht, sie sei human, weil das Hauptziel der USA jetzt „die Vernichtung der Streitkräfte des Gegners und nicht seiner Zivilbevölkerung" (so McNamara) wäre. Die neue Konzeption sollte die Illusion erwecken, daß die Städte der USA nicht gefährdet seien, sie sollte einen Atomkrieg in den Augen des Pentagons „akzeptabler" und folglich wahrscheinlicher machen.

Der „Gegenkraft" war ebenfalls der atomare Erstschlag zugrunde gelegt, unter dem nunmehr, dem Verteidigungsminister zufolge, „die Vernichtung der Gegenschlagkräfte des Angegriffenen" zu verstehen waren. Mit anderen Worten: Wenn man früher den Erstschlag als eine Möglichkeit angesehen habe, die Bevölkerung und die Industrie der UdSSR zu vernichten, so ginge es jetzt darum, sie zu entwaffnen.

Die Konzeption der „Gegenkraft" fand aber keinen Anklang, wie es das Pentagon wollte. Die Gegner hatten stichhaltig nachgewiesen, daß diese Kraft der Zivilbevölkerung der USA keine Sicherheit garantieren würde. Ein Atomkrieg sei kein Schachspiel nach Regeln. Die größte Schwäche dieser Konzeption sahen die Experten aber im Fehlen einer materiellen Basis. Die USA besaßen kein Entwaffnungspotential, das der UdSSR ihren strategischen Schild aus der Hand schlagen könnte. Das hätte nur eine Waffe können, die fähig gewesen wäre, *gleichzeitig* die ballistischen Raketen in geschützten Schächten, die in den Meerestiefen schwer zu ortenden Atom-U-Boote und die strategischen Bomber zu vernichten, die bei Alarm sofort zu starten imstande wären. Eine solche Waffe konnte sich das Pentagon nicht träumen lassen. Deshalb gab schließlich sogar der Erfinder der „Gegenkraft", McNamara, ihre Untauglichkeit zu.

Washington mußte die Absicht eines Entwaffnungschlages aufgeben, es erklärte, von jetzt an passe ihm durchaus eine „garantierte Vernichtung". Offiziell wurde diese so erläutert: Das strategische Arsenal der USA müsse die Vernichtung eines beliebigen Gegners garantieren. Es sei aber nicht auf einen Angriff, sondern auf die Verteidigung orientiert. Deshalb wolle das Pentagon sein Hauptaugenmerk der Möglichkeit nicht eines Erst-, sondern eines Zweitschlages zuwenden.

Die „Verteidigungstheorie" hatte aber wenig mit der Praxis des Aufbaus der strategischen Kräfte der USA gemein. In den 60er Jahren nahm Washington einen „Raketenanlauf", um die ersehnte „absolute" strategische Überlegenheit zu erlangen. Es ist aber klar, daß man für einen Zweitschlag diese Überlegenheit nicht braucht.

Als der Demokrat John Kennedy 1961 die Präsidentschaft antrat, übernahm er von seinem republikanischen Vorgänger eine Flotte strategischer Bomber, 12 interkontinentale ballistische „Atlas"-Raketen und 2 Atom-U-Boot-Raketenträger. Als die Demokraten 1969 das Weiße Haus räumten, vererbten sie den Republikanern 1000 interkontinentale ballistische Raketen und 41 Atom-U-Boote. Die gewünschte Überlegenheit hatten sie aber nicht erzielt.

Im April 1969 gab der neue Präsident, Richard Nixon, offiziell zu, daß zwischen der UdSSR und den USA im Hinblick auf die nuklearen Kräfte eine Parität bestehe. „Die Spanne ist aufgehoben", sagte er, „es wird nie wieder eine geben."

Die nukleare Sackgasse

Dieses Eingeständnis mußte sich auf die Strategie der USA auswirken. Davon zeugt z. B. folgendes Rechenexempel in dem Buch „Macht ohne Krieg" von Barry Blechman und Steven Kaplan: Waren die USA im ersten Nachkriegsjahrzehnt neunmal bereit, ihre nuklearen Fäuste zu schwingen, so im zweiten achtund im dritten zweimal.

In den USA war immer nachdrücklicher davon die Rede, daß ein „Kodex für ein zivilisiertes Gemeinschaftsleben" abgefaßt werden müsse, der es ermöglichen solle, einen Atomweltkrieg zu verhüten. Da die UdSSR immer für die friedliche Koexistenz war, führte der amerikanische Stellungswechsel dazu, daß 1972 ein Vertrag über die Begrenzung der strategischen Angriffswaffen — SALT I —, ein Abkommen über Raketenabwehr und einige andere Vereinbarungen zustande kamen, die die Gefahr eines Kernkriegs verringern. Am 22. Mai 1972 sprach Nixon im Kreml und sagte: „Im Atomzeitalter ... gibt es keinen Begriff wie eine durch Überlegenheit gewährleistete Sicherheit."

„Haben doch unsere Anstrengungen gerade zum Ziel, es weder zum ersten noch zum zweiten Schlag kommen zu lassen, überhaupt zu keinem Kernwaffenkrieg."

L. I. BRESHNEW

In der Politik der USA schien der Realitätssinn die Oberhand über das nukleare Abenteurertum zu erlangen und die Idee von einem Erstschlag ad acta gelegt zu sein, um so mehr, als Washington unablässig hervorhob, daß die USA ihre strategischen Waffen nur als Antwort auf einen Angriff benutzen würden. Da niemand etwas Böses gegen die USA im Schilde führt, schien eine Atomkatastrophe unwahrscheinlicher geworden zu sein.

Die amerikanischen Falken aber sahen in der Kernwaffe mehr als ein bloßes Vergeltungsmittel und in der Parität eine „nukleare Sackgasse", aus der man einen Ausweg finden müsse. Bald wurde auch einer vorgeschlagen.

US-Verteidigungsminister James Schlesinger formulierte 1974 eine neue Konzeption, den „begrenzten strategischen Krieg". Was er damit meinte, hat er so formuliert: „Wenn eine Seite die andere zu einem ... Gegenschlag unfähig machen könnte, dann könnte sie den Gegner unter Druck setzen und ihn zu Zugeständnissen bringen, ohne die letzte Katastrophe auszulösen."

Schlesingers „begrenzter strategischer Krieg" hatte viel mit McNamaras „Gegenkraft" gemein. Beide richteten sich gegen militärische Objekte. Wenn das Pentagon aber zu Anfang der 60er Jahre gehofft hatte, das Potential für den Erstschlag durch eine quantitative Überlegenheit zu erlangen, so wurde nunmehr die größte Hoffnung in einen qualitativen Vorsprung gesetzt. Gerade zu Anfang der 70er Jahre lief die Entwicklung der mobilen interkontinentalen MX-Raketen, der Trident-Atom-U-Boote und der Flügelraketen an. Ihre große Treffsicherheit und ihre geringe Verwundbarkeit machten sie zu idealen Waffen für

einen Erstschlag. Rasch wurden auch die strategischen Raketen mirvisiert, (mit Mehrfachsprengköpfen versehen) so daß sie als Gegenkraft viel größere Potenz bekamen.

Schlesinger leugnete jedoch ganz entschieden, daß sein Vorschlag die



Erstschlagwaffen (v.o.n.u.): ein Trident-Atom-U-Boot, eine Flügelrakete, ein MX-System.

Fotos aus „U.S. News and World Report" (USA)

USA darauf orientiere, sich das Potential für einen Erstschlag zu verschaffen. Es handle sich lediglich um „selektive" Schläge gegen einzelne gegnerische Militärobjekte, mit denen nur die „Entschlossenheit der USA vor Augen geführt werden solle, Kernwaffen einzusetzen." Darauf versetzte Jeremy Stone, der Präsident der Amerikanischen Wissenschaftlerföderation, mit Recht: „Falls einige Raketen gegen einzelne Staudämme oder Militärobjekte gestartet werden müßten, so könnte man das schon jetzt machen. In Wirklichkeit geht es darum, ob wir uns um eine so große Treffsicherheit der eingeplanten 10 000 Sprengköpfe bemühen sollen, daß wir mit einer *gleichzeitigen* Vernichtung *von allem*, worauf wir zielen, drohen könnten."

Wie das Pentagon einen Atomkrieg ausmalte, war er gar nicht so schrecklich. Der „Washington Star" schrieb sarkastisch, wenn Schlesinger zu glauben wäre, hätten die kriegführenden Parteien in einem solchen begrenzten Atomkrieg Zeit, Pepsi-Cola zu trinken und an die Aufnahme von Friedensverhandlungen zu denken.

Der US-Kongreß ging damals aber vernünftig an die Sache heran. Am 4. März 1974 wurde der Verteidigungsminister vor einen Unterausschuß des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten zitiert, wo er, wie die US-Presse berichtete, „vom jetzigen Staatssekretär Edmund Muskie, der den Vorsitz führte, einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen wurde".

Der Senator äußerte Zweifel an der neuen Doktrin und sagte u. a., sie widerspreche den früheren Erklärungen der Regierung Nixon, daß sich die USA gegen alle Neuerungen wehren würden, die darauf schließen lassen könnten, daß sie Kernkräfte für einen Erstschlag schaffen wollten, da ein solcher Schritt „destabilisierend und provokant" wäre. Wollte man mit amerikanischen Raketen auf sowjetische zielen, erklärte Muskie, dann würde sich die andere Seite nicht so sehr über die Absichten der USA, wie über die Möglichkeiten des Pentagons zu einem Entwaffnungsschlag Gedanken machen müssen. Das führe zu der „ernsten Frage einer Zweideutigkeit unserer Absichten", und die UdSSR könne in einem Krisenmoment vor der Wahl stehen, Raketen zu starten oder sie zu verlieren.

Schlesingers Hauptargument für seinen Vorschlag lautete, in einem totalen Kernkrieg würden die USA über 100 Millionen Menschenleben verlieren, während ihre Verluste bei einem Austausch von Schlägen gegen Raketenkomplexe, strategische Flugplätze und Atom-U-Boot-Stützpunk-



te lediglich 5—6 Millionen ausmachen würden, bei einem wechselseitigen Beschuß nur bodengestützter CBM sogar „nur" 500 000.

Zur Beilegung des Streits zwischen Muskie und Schlesinger bildete der Senat eine Kommission aus bekannten Kernphysikern, darunter Harold Brown, dem jetzigen US-Verteidigungsminister. In ihrem 1975 veröffentlichten Bericht folgerten die Kommissionsmitglieder einmütig, daß das Pentagon die Verluste bei einem Austausch von „Gegenkraft"-Schlägen viel zu gering geschätzt und „größere Unvorhergesehenheiten" nicht einkalkuliert hatte. Selbst der nach Schlesingers Ansicht harmloseste Schlagwechsel gegen bodengestützte ICBM würde die USA 20 Millionen Menschenleben kosten.

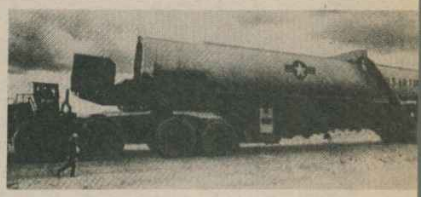
Danach meinten viele Amerikaner, Schlesinger habe im Streit den kürzeren gezogen, und seine Konzeption von einem „begrenzten strategischen Krieg" habe, ebenso wie die Idee von einem nuklearen Erstschlag, das Zeitliche gesegnet, um so mehr, als ihr Urheber selbst öffentlich erklärte: „Weder die USA noch die UdSSR sind jetzt zu einem nuklearen Erst-Entwaffnungsschlag fähig noch können sie es in absehbarer Zeit werden... Wir können nicht einmal anfangen, ihr gegen Städte gerichtetes (Gegen-)-Schlagpotential zu vernichten."

Wieso der Unglaube!

Schlesingers Konzeption war aber nicht tot und begraben. Mitte der 70er Jahre in Mißkredit geraten, wurde sie nicht zur Schau gestellt. Vorläufig. Am 25. Juli 1980 war es so weit. An diesem Tag unterschrieb Carter die Direktive Nr. 59, die die mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse modifizierte Konzeption vom begrenzten Kernkrieg wieder zu Ehren gebracht hat, u. zw. mitsamt der Bevorzugung eines Angriffs auf Militärobjekte und der Ausrichtung auf einen Entwaffnungsschlag.

Als Präsidentschaftskandidat erklärte Carter 1976, Schlesingers Konzeption mache einen Krieg wahrscheinlicher. Als Präsident behauptet er 1980, die von ihm gutgeheißene Strategie werde „zur Verhütung eines Kernkonflikts beitragen". Als Militärexperte kritisierte Harold Brown 1975 die Theorie von einem „begrenzten Atomkrieg". Jetzt, als Verteidigungsminister, macht er für sie eifrig Reklame.

Die heutigen Washingtoner Spitzenpolitiker behaupten wie aus einem Munde, die Strategie der USA habe nichts mit dem Gedanken an einen Erstschlag gemein. Sie könnten nicht einmal glauben, daß



andere Zweifel daran hätten. Muskie erklärte unlängst: „Ich glaube nicht daran, daß sie" (die Russen) „diese Entwicklung unserer Kernstrategie wirklich als Schritt zu einer Erstschlag-Kriegsdoktrin ansehen."

Dennoch meinen viele nicht nur in der UdSSR, sondern auch in den USA, daß sich das Pentagon auf die Schaffung eines Potentials für einen Erstschlag orientiert hat. Die US-Strategen behaupten, die Hauptaufgabe ihrer strategischen Kräfte sei es, die Sicherheit der USA zu gewährleisten, die auf der Möglichkeit beruhe, einen Gegenschlag zu führen. Diese Möglichkeit erlangten die USA, wie das Pentagon gesteht, aber schon Mitte der 60er Jahre.

Zu Anfang der 70er Jahre begannen die USA, ihre Raketen zu mirvisieren. Das Programm bedeutete, daß man Kurs darauf genommen hatte, die strategische Macht zu vervielfachen. Jede solche Rakete kann zehn und mehr Objekte vernichten. Die UdSSR hat vorgeschlagen, auf MIRVs zu verzichten und eine solche Vereinbarung in den SALT-I-Vertrag aufzunehmen. Washington lehnte ab, weil es glaubte, die Kräftebalance zu seinen Gunsten verlagern zu können.

Nach offiziellen Angaben haben die USA jetzt rund 10 000 Atomwaffen, deren jede unvergleichlich stärker als die Bombe von Hiroshima ist. Und man hortet weiter nukleare Sprengköpfe. Ginge es den USA wirklich nur um ihre Sicherheit, wozu brauchten sie dann so viele Waffen?

Gleichzeitig mit dem Anwachsen des nuklearen Potentials der USA steigt auch dessen Qualität unaufhaltsam. Ein besonderes Augenmerk gilt einer größeren Treffsicherheit der strategischen Waffen. Die 1979 ins Rüstzeug aufgenommenen ICBM Minuteman 3 (mit Mark-12A-Sprengköpfen) sind dreimal so treffsicher wie ihre Vorgänger, die Minuteman 2, die nur 600 m vom Ziel abwichen. Die neue Trident-Seerakete ist fast viermal so treffsicher wie die „veraltete" Polaris (ca. 1 km). Die „Ungenauigkeit" der Neuheit des Pentagons, der Flügelraketen, macht höchstens ein paar Dutzend Meter aus. Bei einem Gegenschlag gegen Städte und Industriereviere ist die Treffsicherheit eines Scharfschützen unnötig. Das sind ja große Ziele. Um aber kleine Militärobjekte, z. B. Raketenschächte, zu vernichten, braucht man sie.

Noch andere Tatsachen lassen es zweifelhaft erscheinen, daß die USA-Führung, wie sie behauptet, nicht auf einen Erstschlag ausgeht. Wäre das der Fall, warum nimmt Washington dann nicht das Angebot der UdSSR an, zu vereinbaren, daß keiner als erster Kernwaffen einsetzen wird? Warum schiebt es die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags auf, der der quantitativen Aufstockung des Kernarsenals eine Grenze setzt? Warum zieht man die Abfassung eines Abkommens über eine völlige Einstellung der Kernwaffenteste unverhohlen in die Länge, das eine Einstellung der qualitativen Perfektionierung dieser Waffen bedeuten würde? Warum sperrt man sich so gegen eine Übereinkunft, keine neuen Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen zu erzeugen, was die Schaffung eines Erstschlagpotentials absolut unmöglich machen würde?

Gewisse westliche Experten behaupten, die neuen Waffen, die das Pentagon entwickelt, und die neue Strategie, seien nur dazu da, die Verteidigungsmöglichkeiten der USA zu vergrößern, und zeugten keineswegs davon, daß man einen Erstschlag wolle. Der bekannte US-Experte Richard Barnet ist anderer Meinung: „Eine Gegenkraftwaffe ist unnütz, wenn man sie nicht als erster zum Einsatz bringt."

Das alles zeugt davon, daß es in den USA noch immer Anhänger der Strategie Catos gibt. Nur sind solche Absichten heute Selbstmord und würden, um mit John Kennedy zu sprechen, „kein einziges Rom unversehrt lassen und zwei Karthagos zerstören".

W. BOIKOW

KOMPETENTE MEINUNG

WEDER DER ERSTE NOCH DER ZWEITE...

In den USA wird öfter behauptet, die Entwicklung neuer „Gegenkraft"-Systeme und die Umorientierung der strategischen Waffen der USA von Städten auf Militärobjekte der UdSSR seien eine Antwort darauf, daß sich diese — so die „New York Times" — „schon ein Potential für einen präventiven nuklearen Erstschlag gegen die amerikanischen Forward based systems zugelegt" habe.

Das heißt die Sache auf den Kopf stellen. Tatsächlich werden hochpräzise Raketen mit Mehrfachsprengköpfen (MIRVs) in Zukunft bodengestützte interkontinentale ballistische Raketen zu vernichten drohen. Das beruht aber auf Gegenseitigkeit. Ein Bestreben, sich der Bedrohung allein zu entziehen, wäre gleichbedeutend mit einem Versuch militärische Überlegenheit zu erlangen. Außerdem wird die Verwundbarkeit dieser Raketen der USA und die Tragweite dieses Faktors für deren Sicherheit stark übertrieben. Auf die Minutemen entfallen kaum 25% der strategischen Sprengköpfe. Die übrigen befinden sich in U-Booten und Bombern und gelten als unverwundbar. Diese Kräfte reichen aus, einen beliebigen Schlag zu parieren, mit dem man die Amerikaner schreckt.

Es sei betont, daß das Problem der Verwundbarkeit der genannten Raketen nicht von der UdSSR stammt. Der bekannte amerikanische Atomphysiker George Kistiakowsky, früher Assistent des Präsidenten für Wissenschaft und Technik, schreibt: „Unsere eigenen Falken haben das Problem vor fast 10 Jahren entstehen lassen, als sie darauf bestanden, daß MIRVs entwickelt und eingeführt werden, und damit eine Einigung mit der UdSSR im SALT-I-Vertrag über ein Verbot der MIRVs unmöglich machten." Die Verwundbarkeit der Minutemen sei die Folge der nuklearen Runde im Wettrüsten, die Washington Anfang der 70er Jahre ankurbelte. Wenn das Pentagon jetzt das System der Gegenkraftwaffen durchzudrücken sucht, begründet es deren „Notwendigkeit" wieder mit den „nationalen Sicherheitsinteressen". Natürlich kein Wort vom Erstschlagpotential und von der Absicht, die Sicherheit anderer zu untergraben. Die Argumente des Pentagons halten jedoch keiner Kritik stand, nicht einmal im Lichte nur der amerikanischen Interessen. „Durch ihre Beisteuer zum Wettrüsten schwächen neue strategische Systeme wie die mobilen MX-Raketen die nationale Sicherheit genau so, wie es die Raketen mit MIRVs dadurch schon getan haben, daß sie die Russen veranlaßten, sich auch Systeme zu bauen", meint Senator McGovern.

Die UdSSR wird natürlich auch gegen die jetzt in den USA entstehenden Erstschlagwaffen ein Gegengift finden können. Wer gewinnt aber bei der neuen nuklearen Runde? Niemand. Das Wettrüsten wird um noch eine Stufe steigen. Je höher die Menschheit auf der nuklearen Stufenleiter aber steigt, desto schmerzhafter wird der Fall sein. Je mehr und je modernere Waffen es gibt, desto gefährlicher sind sie.

Die UdSSR ist entschieden gegen das Wettrüsten und einen Kernkrieg. Ihre ganze Außenpolitik zielt darauf ab, ihn zu verhüten und beliebige Versuche zu unterbinden, weltpolitische Probleme mit Gewalt lösen zu wollen. Das Gegenteil zu behaupten hieße, die Grundlagen der sowjetischen Außenpolitik falsch darzustellen.

Ihr entsprechend wird auch die sowjetische Militärdoktrin festgelegt. Da der Schutz der UdSSR und ihrer Bündnispartner ihre Hauptaufgabe ist, verwirft sie die aggressive Konzeption vom „Erstschlag". Sie ihr zuzuschreiben, ist eine Vortäuschung falscher Tatsachen, die die eigenen Bemühungen um ein „Entwaffnungspotential" bemänteln soll.

Wie Leonid Breshnew erklärte, „ist es sinnlos und völlig unhaltbar zu behaupten, die Sowjetunion gehe weiter als bis zu dem für die Verteidigung Ausreichenden, sie strebe nach einer Überlegenheit in den Rüstungen, um einen ‚Erstschlag' zu führen". Die UdSSR tut alles, was von ihr abhängt, damit die Frage der Nuklearschläge, die Frage eines Krieges überhaupt als Mittel zur Bereinigung von Streitfragen von der Tagesordnung gestrichen wird.

L. SEMEJKO
Vizevorsitzender der Abrüstungskommission beim Sowjetischen Friedenskomitee, Kandidat der Militärwissenschaften

SONNTAGS IN PHNOM PENH

Um die Mittagszeit ist es in Phnom Penh glühend heiß. Wir suchen im Schatten der Kokospalmen, die die Straße säumen, Schutz und genießen den leichten Wind. Mein Begleiter aber sieht traurig zu den schwankenden Baumwipfeln hoch.

„Was ist, Sam Pheng?"

„Diese Palmen haben die Pol-Pot-Leute gepflanzt, in Gruben voller Leichen", antwortet er. „Sie wollten Phnom Penh vernichten. Statt Menschen sollten hier nur Kokospalmen, Mangobäume und Bananenstauden sein. Nach der Befreiung lockerten wir die Erde um drei- oder vierjährige Bäume und fanden jedesmal Leichen. Uns freut dieses Grün nicht."

Auf meiner Fahrt durch Kampuchea war ich an mehreren Massengräbern von Opfern des Pol-Pot-Regimes. Den stärksten Eindruck aber machte das Gespräch mit Sam Pheng auf mich, vielleicht, weil ich mich zum erstenmal der Tragödie des Khmervolks so direkt gegenübersah. Vielleicht auch wegen des krassen Kontrastes zwischen der Schönheit der Tropenbäume und den abscheulichen Verbrechen, deren Opfer unter ihren Wurzeln verborgen wurden.

Die Orgie des Blutvergießens und der Zerstörungswut dauerte drei Jahre, acht Monate und zwanzig Tage.

Knappe zwei Jahre dauert die schwere Wiedergeburt der Khmernation.

Aber mit Hilfe ihrer Freunde haben die Kampucheaner eine ganze Menge geschafft. Phnom Penh, die Hauptstadt, war noch vor kurzem ein Phantom, ein Wahrzeichen der Völkermordpolitik Pol Pots und seines Anhangs. Heute ist es ein Wahrzeichen der erfolgreichen Normalisierung des Lebens.

In geregelte Bahnen

Ich trat aus dem Monorom, einem von mehreren Hotels für Ausländer, und wanderte ziellos durch die Stadt, vorbei am Bahnhof, wo die Züge aus Battambang und den anderen westlichen Provinzen ankommen, und sah mich plötzlich in der Hauptstraße, der schnurgeraden Son-Ngoc-Minh-Allee. Die ein- bis dreistöckigen Häuser sind in europäischem Stil gebaut. Im Erdgeschoß ist gewöhnlich ein Büro, ein Geschäft oder ein kleines Restaurant. Die Einwohner hocken oft auf dem Gehsteig und tauschen gemächlich Neuigkeiten aus. Die meisten tragen ländliche Kleidung, sie sind erst nach der Befreiung zugezogen. Alte Phnom-Penher gibt es nicht viele, hier haben die Massenmörder am schlimmsten gehaust.

Die Häuserzeile an der Allee endet plötzlich bei einem Stück Ödland. Die Khmer, die vor mir gehen und sich eben noch lebhaft unterhielten, schweigen still und beschleunigen ihre Schritte. Ich auch, und da erfahre ich, daß hier bis 1975 die Kirche des Muttergottes von Phnom Penh stand, eins der schönsten Bauwerke dieser Stadt. Die Pol-Pot-Banden sprengten sie in die Luft und bauten aus den heilgebliebenen Ziegeln eine hohe Mauer um das Haus, in dem die chinesischen „Berater" untergebracht waren. Da steht sie, diese Kaserne, auf der anderen Seite der Allee.

Ihr gegenüber ist das hellbraune Gebäude des Hotels Samakhi. Hier, möglichst nahe bei den Chinesen, hatte Ieng Sary, ein Rädelsführer der Pol Pot-Clique, seinen Amtssitz aufgeschlagen. Jetzt erinnert nichts mehr an die Schrecken. Zum Tor des Samani fahren nacheinander Wagen mit den Emblemen des Internationalen Roten Kreuzes und des UNICEF oder mit diplomatischen Nummernschildern hinein. Im Hotel und in seiner Bar treffen sich an den Sonntagen gern Ausländer, die in Lazaretten und bei internationalen und privaten Hilfsorganisationen tätig sind.

Von der Son-Ngoc-Minh-Allee biege ich in einen Boulevard ein und komme zur Nationalbibliothek, einer der wenigen schon geöffneten Kulturstätten. In der kühlen Halle sind nur zwei Bibliothekarinnen und vier junge Leser an kleinen Tischen. Man erlaubt mir, die Bücherbestände zu besichtigen. Da sind Geschichtsbücher, Wörterbücher, Alben, Lexika und Schöne Literatur in khmerischer, französischer und englischer Sprache.

„Bevor die Pol-Pot-Leute kamen, hatten wir hier rund 35 000 Bände, größtenteils über die Geschichte Kampucheas und die Probleme Südostasiens", erzählt mir eine hübsche Bibliothekarin. „Als ich nach Phnom Penh zurückkam und die Bibliothek aufsuchte, traute ich meinen Augen nicht. Alles war aus den Regalen gerissen, zerfledert, beschmutzt. An den Wänden standen Regale mit staubigen Schüsseln. Ich weiß nicht, was die ‚roten Khmer' hier gemacht hatten, aber es war ein richtiger Augiasstall. Jetzt geht wieder alles seinen geregelten Gang. Ungefähr die Hälfte der übriggebliebenen Bücher ist sortiert, wir bekommen schon Publikationen aus dem Ausland. Natürlich haben wir auch Probleme. Besondere Sorge macht es uns, daß wir so wenig Leser haben. Durchschnittlich kommen 15—20 am Tag her. Unser Volk wird viel Zeit dazu brauchen, das wiederherzustellen, was die Maoisten mit der Wurzel ausgerissen haben."

Die Angkor-Briefmarke

Nicht weit von der Nationalbibliothek ragt der Penhberg auf, dem die Stadt ihren Namen verdankt. Kein Gast läßt es sich nehmen, auf dem Gipfel den Buddhatempel Angkor Wat und die Stupa aus dem 15. Jahrhundert, das älteste Bauwerk Phnom Pens, zu besichtigen. Als ich die mit Fabeltieren geschmückte Treppe herunterkam, sah ich in der Nähe der Hauptpost ein Plakat.

In Phnom Penh und in den anderen Städten Kampucheas sieht man überhaupt ziemlich viel Plakate. Meistens sind auf ihnen Ereignisse der kürzlichen Vergangenheit dargestellt: die Mißhandlung wehrloser Menschen durch Pol-Pot-Banditen, Folterungen, Zwangsarbeit auf Feldern usw.

Das Plakat bei der Post bestand aus vier Abbildungen mit gezahnten Rändern wie Briefmarken. Die Aufschrift lautete: „Post der Volksrepublik Kampuchea". Das ist auch etwas Neues. Eine junge Postbeamtin sagte mir, sie hätten die Briefmarken eben erst aus der Druckerei bekommen und ihre Herausgabe noch nicht einmal bekanntmachen können.

Vier Miniaturen. Vier Episoden aus der Geschichte der letzten Jahre. Unter der roten Fahne mit dem Umriß des uralten Tempels Angkor Wat stehen ein Arbeiter, eine Bäuerin, ein Soldat und ein buddhistischer Mönch. Die Marke versinnbildlicht die Gründung der Einheitsfront für Nationale Rettung Kampucheas, die den Kampf gegen das Regime Pol Pots und Ieng Sarys anführte. Auf einer anderen ist ein Soldat mit der gleichen Fahne vor dem Unabhängigkeitsdenkmal in Phnom Penh dargestellt. Jeder Khmer versteht, was das bedeuten soll: Am 7. Januar 1979 wurde Phnom Penh befreit und das Land wieder unabhängig. Auf der dritten Marke sieht man Fischer mit reicher Beute. Fische gehören zu den Schätzen Kampucheas, und man legt viel Wert darauf, daß die Aus-

beute vergrößert wird. Viele Kampucheaner haben ja noch immer nicht satt zu essen. Auf der vierten Marke ist eine Kundgebung abgebildet, auf der Heng Samrin, der Regierungschef, einem Truppenteil der Revolutionären Streitkräfte die Fahne überreicht.

Farbe und Papier dieser Marken lassen noch zu wünschen übrig. Aber das ist jetzt ja nicht so wichtig. Die Hauptsache ist, daß der Postverkehr in Kampuchea nach fünfjähriger Unterbrechung wiederaufgenommen wird. Auch das gehört zur Normalisierung des Lebens.



Im Park rings um den Wat-Phnom-Tempel tummeln sich die Kinder Phnom Penhs besonders gern.
Foto des Verfassers

Wenn man aus der Post kommt und nach rechts geht, sieht man bald die halbzerstörte ehemalige Staatsbank. Die Pol-Pot-Banden hatten sie ganz zerstören wollen, aber die Sprengladung reichte nicht. Sie riß ein mächtiges Loch ins Dach und verstreute den Inhalt der Tresore auf den Straßen. Noch jetzt bieten Jungen Ausländern Banknoten aus der Zeit Sihanouks und Lon Nols und in China gedrucktes, aber nicht in Umlauf gesetztes Pol-Pot-Geld zum Kauf an. Für Abzeichen mit dem Olympiade-Mischa tauschte ich im Nu eine ganze Sammlung solcher Banknoten ein.

Noch 5—7 Minuten Fußweg, und ich komme in einen belebten Straßenteil. Die Leute tragen Einholtaschen und Strohkörbe. Auf dem Damm Fuhren aller Art und Größe. Bald erreichte ich den Platz vor der Hauptmarkthalle, einem massiven Bau, der von weitem wie eine Stufenpyramide aussieht. Sie beherbergt vorübergehend Umsiedler, die sich in den halbleeren Häusern von Phnom Penh noch immer keine Wohnung nach ihrem Geschmack ausgesucht haben. Handel getrieben wird an Ständen rings um den Rundbau der Halle. Was gibt es zu kaufen? Reis, Fleisch, Fisch, Gemüse, Gewürz, Obst. Manche Händler verkaufen Heilkräuter und Salben, andere bunte Sarongs für Frauen und schlichtere für Männer. Da wird auch ein Fahrrad feilgeboten, eine Hacke, eine Pflugschar und andere Dinge, wie sie Menschen brauchen, die sich erst vor kurzem das Recht erkämpft haben, aus einer eigenen Schüssel zu essen und in einem eigenen Hause zu wohnen.

Ich frage nach den Preisen. Ein Kilo Reis kostet 2—3 Riel, Schweinefleisch 10—15, ein Sarong 20—25. Das ist nicht billig, wenn man bedenkt, daß ein Arbeiter monatlich 60—80 und ein Angestellter 70—100 Riel verdient. Aber alle, die in Staatsämtern und Betrieben beschäftigt sind, bekommen Reisrationen zum festen Preis von 1 Riel das Kilo. Der Beschäftigte hat ein Anrecht auf 16 Kilo im Monat, jedes Kind und die Frau, falls sie nicht arbeitet, je 8 Kilo. Eine Hilfe ist es auch, daß immer mehr staatliche Geschäfte aufgemacht werden, deren Warensortiment noch nicht groß ist, die aber viel billiger sind als der Markt. Auf dem Markt kostet 1 Kilo Dörrfisch 10, im staatlichen Geschäft 3,50 Riel. Ein Sarong aus der Phnom-Penher Textilfabrik kostet um 7—10 Riel weniger als ein importierter.

Spaghetti auf kampucheanisch

Wir beschließen, in einer der vielen kleinen Gaststätten Mittag zu essen, die die berückenden Düfte unbekannter Gerichte ausströmen. Mein Begleiter bestellt nach der Speisekarte, und ich sehe mich inzwischen um. Der Raum ist klein und war früher ein Laden oder ein Wohnraum. Gekocht wird davor auf der Straße. An einer Wand ist eine Art Bar, ein Tisch, darauf Flaschen mit Orangeade, Pepsi Cola und aus Zuckerrohr gebranntem Whisky. An den Etiketts sieht man, daß das alles kampucheanische Erzeugnisse sind. Auf dem Tisch steht auch ein Rundfunkgerät, die Khmer hören gern Musik. Da kommt auch schon die Wirtin mit Tellern voll schneeweißem Reis. Es folgen Bratfisch in scharf duftender Ananassoße mit Stückchen Schweinebraten und eine Porzellanschüssel mit etwas mir Unbekanntem darin. Die Wirtin bemerkt meinen fragenden Blick und sagt: „Das sind Spaghetti auf kampucheanisch, in Fleischbrühe gekochte Bambussprossen." Unsere Tischnachbarn, die ungefähr das gleiche wie wir bestellt haben, raten mir, sie mit Stäbchen und dazu Reis mit Sojasoßen zu essen.

Einer unserer Tischnachbarn, ein ehemaliger Journalist, repariert jetzt Autos, ein anderer war Staatsbeamter und ist jetzt Frisör. Beide sprechen leidlich englisch.

„Die Situation im Land normalisiert sich schnell", beginnt der frühere Journalist. „Mit den Sicherheitsproblemen und mit der Versorgung der Bevölkerung mit einem Mindestmaß an Nahrungsmitteln sind wir so gut wie ganz fertig geworden, natürlich mit Hilfe Vietnams, der UdSSR und anderer Freundesländer. Ich glaube aber, wir werden uns bald selbst schützen und ernähren können. Offen gestanden beunruhigt mich jetzt etwas ganz anderes."

Nach kurzem Schweigen und einem Schluck aus seiner Teeschale fährt er fort:

„Manche wollen nicht richtig arbeiten und lieber von der Auslandshilfe leben. Ich weiß genau, woher dieser Wind weht. Nachdem 1970 Sihanouk gestürzt worden und Lon Nol zur Macht gekommen war, fingen die Bombenangriffe der Amerikaner auf unsere Ostprovinzen an. Von dort flüchteten Zehntausende nach Phnom Penh und anderen Großstädten. Da fanden sie keine Arbeit, bezogen aber etwas Unterstützung. Manche haben sich daran gewöhnt. Nach fünf Jahren Nichtstun kamen vier Jahre Zwangsarbeit unter Pol Pot. Jetzt, nach der Befreiung, wollen manche wieder nichts tun. Von solchen Leuten habe ich manchmal gehört, andere Länder seien verpflichtet, Kampuchea zu ernähren, weil es sehr unter den Amerikanern und den Chinesen gelitten hat. Gegen diese Einstellung müssen wir ankämpfen und herkömmliche Wesenszüge der Khmer wie Fleiß und Eifer fördern. Dann werden wir schneller auf die Beine kommen."

Wir unterhielten uns noch lange. Es dunkelte schon, als ich wieder auf die Son-Ngoc-Minh-Allee heraustrat. Ganz leise rauschten die Palmwedel und zirpten die Zikaden. Gedämpft leuchteten die Straßenlaternen. Vor den Häusern auf dem Gehsteig saßen noch immer plaudernde Einwohner. Allmählich wurde die Stadt still, um Montag morgens eine neue Arbeitswoche zu beginnen.

J. TAWROWSKI
NZ-Sonderberichterstatter

Phnom Penh—Moskau

WARTEN AUF DIE „ERLÖSUNG"

Von unserem ständigen Berichterstatter
Juri GUDKOW

Der Wahlkampf vor den Präsidentschaftswahlen geht seinem Ende entgegen. Während Monat für Monat mit zahllosen Wahlmanövern, Zusammenstößen und Wahlschlachten hinging, verlor man das Ende dieses Marathonlaufs beinahe aus den Augen. Es wird weiter gestritten, obwohl eigentlich kein Teilnehmer mehr etwas Neues zu sagen hat und die Wähler des Zuhörens längst müde sind. Die einen wie die anderen dürfen „am ersten Dienstag nach dem ersten Novembermontag" die Erlösung erwarten. Die Eintragung der Wähler in die Listen ist zu Ende. Notwendig ist sie bei Personen, die noch nie gewählt, seit den vorigen Wahlen ihren Wohnort gewechselt haben oder in den letzten beiden Jahren keinmal zu Wahlurnen geschritten sind.

Der diesmalige Wahlkampf war, infolge der Rekordzahl der Primaries, der längste. Und auch der teuerste und — gehaltloseste. Anthony Lewis von der „New York Times" fragt: „War jemals ein Wahlkampf so sinnlos, negativ und öde wie dieser?" Und er antwortet: „Vielleicht irgendwann einmal in grauer Vorzeit der amerikanischen Präsidentschaft. Es würde aber viel Mühe kosten, da etwas auszugraben, was sich mit der Tätigkeit Jimmy Carters im Wahlkampf 1980 vergleichen ließe."

Ehrlichkeit und Löffel

Dabei schienen die wichtigsten Ziele und sogar der Ausgang dieser Kampagne klar wie noch nie. „Zuerst mochten die Leute nicht für Carter stimmen", gesteht Mario Cuomo, Vizegouverneur des Bundesstaats New York und hiesiger Leiter des demokratischen Wahlausschusses. Das Widerstreben ist begreiflich, wenn man an die letzten vier Jahre denkt.

Die Wirtschaftskrise, die zum Überhandnehmen der Arbeitslosigkeit, zu einer beispiellosen Inflation und zu einem Produktionsrückgang führte, das Abgehen von dem in wichtigen Abkommen verbrieften Kurs auf die Entspannung und Rüstungsbegrenzung und schließlich die Tatsache, daß viele tönende Versprechungen gebrochen worden sind, mit denen Carter sein Amt antrat — all das zeugte nicht allein von der Untüchtigkeit der Führung durch die jetzige Administration oder vom völligen Fehlen dieser Führung. Es bot auch den Republikanern großartige Möglichkeiten und Themen für Sturmangriffe im Wahlkampf. Viele waren sich darüber einig, daß eine Wiederwahl bei einem solchen „Dienstzeugnis" doch höchst zweifelhaft sei.



Der „unabhängige" Kandidat John Anderson und Senator Edward Kennedy, der zugunsten seines Kollegen von der Demokratischen Partei, Präsident Carters, seine Kandidatur zurückgezogen hat. Schon Anfang August, vor dem Konvent der Demokraten, erklärte Anderson, falls diese Kennedy nominieren würden, dann könne er ausscheiden.

Foto aus „U.S. News & World Report" (USA)

Der Kandidat der Republikaner, Reagan, hängte sich vor allem an den wirtschaftlichen Ergebnissen der letzten vier Jahre auf und legte dabei viel Redekunst an den Tag. Er hatte aber nichts von sich aus zu bieten, in seinen wütenden Tiraden kommen fast keine positiven Ideen vor. Seinem einzigen konkreten Vorschlag, die Steuern im Laufe von drei Jahren um 30% zu kürzen, trauen die Wähler nicht, denn zu gleicher Zeit verficht Reagan ja höhere militärische Aufwendungen.

Genauso ist es mit der „Kritik" an der Außenpolitik der Regierung Carter. Reagan fordert eine Änderung des SALT-II-Vertrags, eine neuerliche Erhöhung der Rüstungsausgaben und ein militärisches Eingreifen „zur Wahrung der amerikanischen Interessen" im Ausland. Er hat sich die Lässigkeit zunutze gemacht, mit der sich die jetzige Regierung zu ihren früheren Verpflichtungen verhält. Sein Dutzende Mal wiederholter Kommentar zu diesem Thema, für den er eine Vorliebe hat, lautet so: „Wir haben einen Präsidenten, der versprach, uns niemals anzulügen. Das erinnert mich an einen Satz von Ralph Emerson: ‚Je mehr er von Ehrlichkeit redete, desto öfter zählten wir unsere Löffel nach'."

Die Demokraten parierten diesen Anwurf damit, daß sie den Wählern erzählten, Reagan werde hilfloser und in „kritischen Umständen" noch unberechenbarer als Carter sein. Die Strategie der Rivalen zusammenfassend, kam Howard Penntman, ein Experte für die amerikanische Wahlordnung, zu folgendem Schluß: „Das sind die ersten Wahlen in der modernen Geschichte Amerikas, bei denen ein unkompetenter Kandidat gegen einen anderen ebenso unkompetenten auftritt." Einer wird aber siegen.

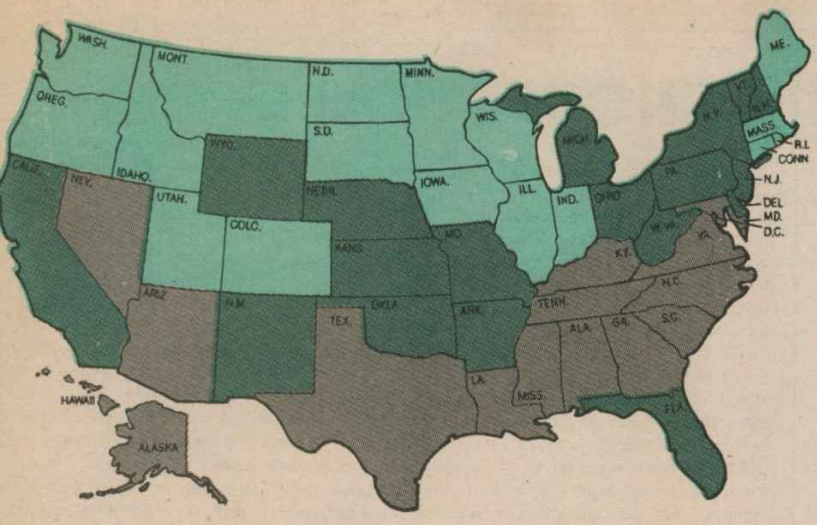
Apathie, Antipathie

Deshalb sind die Wähler so entrüstet und glauben an nichts. Hier die Äußerung zweier, die sich zu den Demokraten zählen. George Bradburn aus Hyattsville (Maryland): „Ich bin ein eingetragenes Mitglied der Demokratischen Partei, aber dieses Jahr taugt der Demokrat Carter nichts, und einen besseren Ersatz für ihn haben sie nicht gefunden, so daß ich für die Konservativen" (die Republikaner) „werde stimmen müssen."

Jerry Eisenberg aus Gaithersberg (Maryland): „Ich bin sicher, Reagan sagt, was man von ihm hören will. Carter ist auch nicht anders, deshalb werde ich wahrscheinlich für ihn stimmen. Wozu etwas ändern, wenn man nichts Wesentliches damit ausrichtet? Man weiß nie, was man bekommt."

Unter diesen Umständen kann von einer Wahl nicht ernsthaft die Rede sein. Deshalb erwartet man, daß eine unwahrscheinlich große Zahl von Wahlberechtigten, möglicherweise rund 80 Millionen, nicht wählen gehen werden. Unwahrscheinlich groß ist auch die Zahl derer, die nach zehn Monaten des Wahlrennens noch immer nicht wissen, wen sie wollen. Es sind über 20%. Wie eine Umfrage ergeben hat, haben 61% der Wahlberechtigten die

Mit diesem Beitrag schließen wir die Veröffentlichungen unseres New-Yorker-Korrespondenten über den Wahlkampf und die Präsidentschaftskandidaten. Die anderen brachten wir in Nr. 38 (über Reagan) und 41 (über Carter).



Ausgehend von der Zahl der Amerikaner, die 1976 bei den Präsidentschaftswahlen stimmten, hat die Zeitschrift „U.S. News & World Report" diese Prognose für die Wahlen von 1980 aufgestellt:

— starke Wahlbeteiligung (über 60%);

— mäßige (50—59%);

— geringe (weniger als 50%).

Die Zahl der Wahlabstinenten steigt andauernd; 1972 wählten nur 56% der Wahlberechtigten, 1976 nur 54%. Die Prognose für 1980 ist also nur ganz annähernd richtig.

---

gleiche Antipathie für Carter wie für Reagan. Der Humorist Robert Orben gibt folgenden Rat: „Bei solchen Wahlen soll man die Wahllokale zu- und die Bars aufmachen." Bei der jetzigen Situation ist dieser Rat gar nicht so uneben. Dafür glauben viele Experten, daß nur wenige Stimmen den Ausschlag geben werden. Viele sagen sogar voraus, daß kein Kandidat die nötige Stimmenzahl bekommen und daß der Präsident vom Repräsentantenhaus gewählt werden wird.

Erinnern wir uns daran, daß John Kennedy 1960 mit 34 221 344 gegen 34 106 671 Stimmen gewählt wurde, die Richard Nixon bekommen hatte. Gerald Ford und nicht Jimmy Carter wäre Präsident geworden, wenn die 11 027 Wähler im Staate Ohio und die 7373 auf Hawaii anders gestimmt hätten. Was die Experten dieses Mal voraussagen, ist also durchaus begründet.

Der Versuch, mit Hilfe einer Wahlreform Abhilfe zu schaffen, hat zu nichts geführt, und die Leichtigkeit, mit der der dritte Kandidat — der gestrige Republikaner und heutige „Unabhängige" John Anderson — in den Wahlkampf eingetreten ist, kann ein warnender Hinweis darauf sein, daß das Zweiparteiensystem seine frühere Flexibilität eingebüßt hat.

Andersons Chancen

John Bayard Anderson, Mitglied des Repräsentantenhauses vom Kreise Rockford (Illinois), war einer von den acht republikanischen Anwärtern bei den Primaries. In Massachusetts und Vermont stand er ganz gut da, konnte aber in keinem der Staaten siegen. Nach 20 Jahren im Repräsentantenhaus stand er davor, aus der Politik ausscheiden zu müssen. Zwei Jahre vorher hatte er mit Mühe und Not einen Sieg davongetragen und hielt nicht viel von seinen Chancen bei den letzten Kongreßwahlen. Die Enttäuschung der Amerikaner über das Wahlsystem und die Tatsache, daß sie zwischen den Präsidentschaftskandidaten eigentlich keine Wahl haben, bot Anderson jedoch gewisse Möglichkeiten.

Beim Eintritt in den Wahlkampf sah er ziemlich klar zwei Dinge, die besondere Unzufriedenheit wecken und deshalb in erster Linie beachtet werden müssen. Er sagt: „Mit der Wirtschaft der USA stimmt etwas ganz und gar nicht. Der Traum Amerikas scheint geschwunden. Er zieht nicht. Ich glaube, das wird die Grundlage meines Wahlkampfes werden, nämlich das Eingeständnis, daß die alten und bequemen Vorstellungen, die wir immer hatten, nicht mehr haltbar sind. Wir reden immer noch von irgendwelchen Verbesserungen: von einer Steuersenkung und von einzelnen Veränderungen... Ich denke anders. Ich meine, daß wir in der Struktur unserer Wirtschaft radikale Veränderungen brauchen."

Der zweite Aspekt betrifft die Außenpolitik, vor allem das Problem des Wettrüstens: „Ich kann mich mit dem Gedanken nicht abfinden, daß wir in ein finsteres Zeitalter der Konfrontation hineinrutschen und daß uns nichts übrig bleibt als Mehrausgaben für das Wettrüsten und für die Aufrüstung anderer Länder. Ich sehe die Dinge nicht so."

Anderson hat erklärt: „Wenn ich mit Ideen komme, die interessant genug sind, dann werden die Leute Feuer fangen." Es hat sich aber schon gezeigt, daß sich seine Einstellung und der Stil seines Wahlkampfes nicht wesentlich von denen der beiden Hauptkandidaten unterscheiden. Der Wahlkampf des „unabhängigen" Kandidaten beruht auf der Mittelmäßigkeit seiner Rivalen und auf der Unzufriedenheit der Massen.

Anderson setzt sich für einen ausgewogenen Staatsetat ein, er will, daß die Regierungskontrolle über die Öl- und Gasgewinnung und ihren Absatz (die schon die Preise in die Höhe getrieben hat) abgeschafft wird. Er verspricht, mit Hilfe einer Steuerregulierung eine höhere Produktivität in der Industrie zu erreichen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei bringt er nichts aufs Tapet, was den Interessen der Arbeiter und der nationalen Minderheiten — die ja die Hauptlasten der Inflation und der Arbeitslosigkeit zu

---

Diese Anzeige in der „International Herald Tribune" (USA) zeigt, daß die Präsidentschaftswahlen nicht nur ein Spiel nach den Regeln der amerikanischen Demokratie sind. Dabei wird auch um Geld gespielt. Verausgaben die Kandidaten der führenden Parteien Millionen Dollars für die Bearbeitung der öffentlichen Meinung, so gibt der „Playboy" dieser Öffentlichkeit eine Chance, mit Gewinn mitzuspielen, u. zw. im Toto „Wer gewinnt am 4. November?". Die Einsätze sind angegeben.



tragen haben — unmittelbar entspräche. Ähnlich stehen die anderen beiden Kandidaten dazu.

Deutlicher sind die Unterschiede auf militärischem Gebiet und in der Außenpolitik. Anderson trat gegen die Entwicklung des B-1-Bombers auf und ist jetzt gegen eine neue Generation der interkontinentalen ballistischen MX-Raketen. Er ist für den SALT-II-Vertrag und für ein Fortdauern der Verhandlungen über eine militärische Entspannung. Anderson hat Carters Behauptung kritisiert, daß „im Nahen Osten eine sowjetische Bedrohung" bestehe. Er ist aber auch für eine Erhöhung der militärischen Aufwendungen, u. zw. um 3%. (Carter besteht jetzt auf einer 5prozentigen jährlichen Erhöhung, und Reagan verlangt noch mehr.) Er ist gegen Getreidelieferungen an die UdSSR und für den Boykott der Olympiade in Moskau aufgetreten.

Folglich ist der „unabhängige" Kandidat ein Republikaner geblieben, wenn es darum geht, wofür der größte Teil des Etats verausgabt werden soll; ebenso im Hinblick auf das Sozialprogramm. Er teilt jedoch die Ansichten des linken Flügels der Demokraten zu einigen Fragen der Außen- und der Militärpolitik. Deshalb finden seine Ansichten nur bei gemäßigten Republikanern Resonanz, bei liberalen Demokraten aus den Mittelschichten und bei immer mehr Leuten, die sich hinter keine einzige der bürgerlichen Hauptparteien stellen wollen.

Wer ist denn nun dieser Anderson, und was ist für seine Weltanschauung bestimmend?

Ein „unabhängiger" Kandidat

Er ist in dem Teil des Städtchens Rockford (85 Meilen nordwestlich von Chicago) geboren und aufgewachsen, wo Amerikaner schwedischer Herkunft wohnen. Sein Vater hatte ein Lebensmittelgeschäft, die Familie hatte ihr gutes Auskommen. Im zweiten Weltkrieg war John Anderson bei der Artillerie. 1946 absolvierte er die Rechtsfakultät an der Universität des Staates Illinois und eröffnete eine Anwaltspraxis. Später studierte er in Harward weiter. Drei Jahre diente er bei der Militäradministration in Westberlin. 1960 stellte er seine Kandidatur für das Repräsentantenhaus von dem Distrikt auf, in dem Rockford liegt.

Der neue Kongreßmann erwies sich als treuer Anhänger der republikanischen „alten Garde". Er unterstützte eifrig Barry Goldwater, den Exponenten der Reaktion, bei den Wahlen von 1964, stimmte für die Resolution von Tongking, die den Auftakt zu der massiven US-Aggression in Vietnam gab, und griff Martin Luther King, den überzeugten Verfechter der Gewaltlosigkeit, wegen „gewaltsamen und provokanten Vorgehens" an. 1968 nannte ihn die erzreaktionäre Organisation „Amerikaner für Verfassungsaktionen", die die politischen Anschauungen der Kongreßleute regelmäßig nach den Wahlergebnissen feststellt, einen 95prozentigen Konservativen. Jetzt wird seine konservative Einstellung mit 55% bewertet.

Im weiteren änderte Anderson manche seiner Ansichten. Ab Mitte der 60er Jahre unterstützt er Programme zur Förderung der Bildung, für Hilfe an Arme sowie an Städte und für den Schutz der Konsumenten gegen die Willkür der Monopole. Wie seine Frau sagt, hat er sogar eine Tour durch das New-Yorker Getto gemacht und dafür einen Hubschrauber benutzt. Er scheint sich die soziale Landschaft der USA noch immer wie den wohlhabenden Teil von Rockford vorzustellen. 1968 erregte er im ganzen Land damit Aufsehen, daß er die entscheidende Stimme für ein Gesetz abgab, durch das die Diskriminierung beim Wohnungsmieten eingeschränkt wird. Er nannte den Vietnamkrieg „den tragischsten Irrtum in der diplomatischen und militärischen Politik, seit unser Land besteht", und stimmte Vorschlägen zu, wie das Wettrüsten eingedämmt werden solle. Anderson ist aber noch immer ein „stolpernder Liberaler" und tritt nach wie vor gegen eine Anzahl von Programmen für eine Besserstellung der Notleidenden auf. „Er nennt sich immer einen Eklektiker und Pragmatiker", sagt sein innerpolitischer Berater. „Sein Programm enthält das, was greifbare Resultate ergeben kann."

Nach der politischen Vergangenheit Andersons zu urteilen, könnte man annehmen, daß er — genau wie Carter — aus dem Nichts an die politische Rampe getreten sei. Das entspricht nicht den Tatsachen. Sie sind

GENOSSE HALL



„Für Gus Hall charakteristisch ist vor allem die kompromißlose konsequente Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse Amerikas. Gerade deshalb wurde er Generalsekretär der KP der USA" — das sagte Henry Winston, Nationaler Vorsitzender der KP der USA, im Dezember 1959, als die Delegierten des XVII. Parteitages Gus Hall einstimmig zum Generalsekretär wählten.

Auf verschiedenen Wegen kommen die Präsidentschaftskandidaten dieses Jahres zum Wahltag am 4. November. Während der Demokrat Carter und der Republikaner Reagan sich der Unterstützung der politischen Elite Washingtons und des Big Business zu versichern suchten, ging es dem Kandidaten der Kommunisten darum, die Sympathien der einfachen Amerikaner — solcher Leute wie er selbst — zu erringen. Während die amerikanische Justiz stets die Interessen der Demokraten und der Republikaner verteidigte und ihnen „Meistbegünstigung" gewährte, konnten die Kommunisten keinen Schritt im Wahlkampf ohne große Anstrengungen tun. Mit allen nur denkbaren juristischen Hindernissen und bisweilen auch mit schwersten Repressalien wurden und werden sie konfrontiert.

Lang und schwer war der Weg, den Gus Hall (Arvo Kusta Halberg) allen Widrigkeiten zum Trotz ging. Er wurde am. 8. Oktober 1910 in einer finnischen Auswandererfamilie geboren, die sich im Bundesstaat Minnesota niedergelassen hatte. Schon früh lernte der Sohn einfacher Leute Armut, Hunger und Rechtlosigkeit der Arbeiter und die Selbstherrlichkeit der Behörden kennen. Mark Lapizkis Buch, das den Leser mit der Entstehungsgeschichte der KP der USA und dem Leben von Gus Hall vertraut macht, trägt den Titel „Sohn des werktätigen Amerika".* Es behandelt nicht nur die soziale Herkunft des Führers der amerikanischen Kommunisten. Die mit vielen Illustrationen versehene Biographie zeigt anhand ihres reichen Tatsachenmaterials, daß dieser Sohn des werktätigen Amerika sein ganzes bewußtes Leben für die Interessen der Arbeiterklasse der USA, für Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfte und kämpft.

Gus Hall wurde schon mit jungen Jahren Forstarbeiter und ebenso früh begann er, über das Wesen der amerikanischen Demokratie nachzudenken. 1926 trat Gus Hall der Liga der Arbeiterjugend bei, im gleichen Jahr wirkte er bereits bei der Bildung

* М. И. Лапицкий. «Сын трудовой Америки». Издательство политической литературы, М., 1980.

der Gewerkschaft der Forstarbeiter mit. Mit 17 Jahren leitete er einen erfolgreichen Streik der Straßenbauarbeiter. Viel später berichtete Gus Hall, sich an jene Jahre erinnernd: „Ich habe die Streiks geleitet. Ich habe die sozialistische Lehre fast mit der Muttermilch aufgenommen... 1927 besuchte ich erstmals die von der Liga der kommunistischen Jugend veranstalteten marxistischen Kurse. Einige Gedanken von Marx und Lenin waren mir zunächst schwer verständlich. Doch mein ganzes Leben hatte mich auf diese Werke vorbereitet. Sie erklärten das, was mich stets bewegte — warum das Leben für jene, die arbeiten und alle Reichtümer erzeugen, so schwer ist. Doch vor allem erfuhr ich, wie all das geändert werden kann."

Im gleichen Jahre 1927 tritt Gus Hall der KP der USA bei. Die Partei nahm bereits einen bewußten Kämpfer für die Interessen des arbeitenden Amerika auf, der trotz seiner jungen Jahre klare politische Ansichten hatte. In den erbitterten Klassenschlachten der 30er Jahre, schreibt Mark Lapizki, wurde das ausgezeichnete organisatorische Talent so namhafter amerikanischer Kommunisten deutlich wie W. Foster, R. Minor, E. G. Flynn, J. Ford und E. Bloor... Gerade in dieser Zeit formierte sich eine Gruppe namhafter Kämpfer für das Anliegen der Arbeiterklasse: E. Dennis, B. Davis, H. Winston, R. Thompson, Williamson und C. Winter. Und, als einer der ersten, Gus Hall.

„...1937, 1938 und 1939 waren wir dort tätig, wo das Herz der Arbeiterklasse schlug. Wir halfen, unorganisierte Arbeiter für die Gewerkschaften zu gewinnen", erinnert sich Gus Hall. Doch die sich wandelnde Weltlage bescherte den amerikanischen Kommunisten neue Probleme. Im Programm der KP der USA heißt es insbesondere: „Wir haben unseren Beitrag zum Sieg über den Hitlerfaschismus im zweiten Weltkrieg geleistet." Die amerikanischen Kommunisten wirkten bei der Aufstellung der Abraham-Lincoln-Brigade mit, die in den Reihen der internationalen Brigaden in Spanien kämpfte. Im Dezember 1941, als Japan Pearl Harbor überfiel, begann der zweite Weltkrieg auch für Amerika. 15 000 amerikanische Kommunisten kämpften gegen den Hitlerfaschismus: unter ihnen Henry Winston und Gus Hall, der auf Guam diente, als die amerikanische Atombombe auf Hiroshima abgeworfen wurde. „Ich habe gegen die Unmenschlichkeit des Faschismus und für den Weltfrieden gekämpft", sagte der Generalsekretär der KP der USA. „Die entsetzliche Bombe, die auf die schutzlosen Einwohner von Hiroshima geworfen wurde, ließ mich verstehen, daß die neue Bedrohung für die Menschheit von den gleichen tollwütigen Hunden ausgeht, die mir begegneten, als ich auf Streikposten beim Ausstand der Hüttenarbeiter stand."

Gus Hall mit Jugendlichen des New-Yorker Stadtviertels Brooklin



Mit Kriegsende begannen schwere Zeiten für die Partei: Die Behörden überzogen die Kommunisten mit schweren Repressalien. Trotz aller Proteste der Öffentlichkeit gegen die übereilt zusammengestürzten falschen Anschuldigungen wurden Gus Hall und neun andere Führer der Kommunisten am 21. Oktober 1949 nach neunmonatigem Prozeß zu fünf Jahren Gefängnis und zu Geldstrafen verurteilt. Dann kam Gus Hall wieder frei — doch nur für kurze Zeit. Und für viele Jahre kam er wieder in den Kerker... Immer nach dem gleichen Muster: falsche Zeugen, FBI-Denunzianten und Agents Provocateurs.

„Das Gefängnis vermochte Hall nicht von der Welt zu trennen, in der er lebte", schreibt Mark Lapizki, „von jenen Ideen, die ihm zum Lebensinhalt wurden... All die Jahre im Gefängnis arbeitete Hall unermüdlich, zudem schöpferisch, fruchtbar."

Erst im März 1957 kam Gus Hall wieder frei und setzte den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse fort. Gus Halls Treue zur Sache der Arbeiterklasse ließ selbst den FBI-Direktor Edgar Hoover respektvoll von dessen „Tatkraft und Entschlossenheit" sprechen. Die KP der USA beging 1979 ihren 60. Jahrestag. Ihre Geschichte weist nicht wenige ruhmreiche Seiten auf. Und das ist das große Verdienst auch von Genossen Hall, einem Sohn des werktätigen Amerika.

V. GRIBATSCHOW

kaum bekannt, und die große Presse umgeht sie geflissentlich. Sie haben aber entscheidende Bedeutung. Wie Carter ist auch der „unabhängige" Kandidat Mitglied des „Dreierausschusses" und des Rats für internationale Beziehungen, die beide von einer Gruppe aus Familien von der Ostküste — den Rockefellers, den Cabots, den Mellons und den Du-Ponts — gegründet wurden.

Dieselben „Familien" spenden am meisten für den Wahlkampf der entsprechenden Kandidaten. Man weiß, daß sechs Rockefellers für Anderson gespendet haben.

Dieser hat so einmütigen Rückhalt bei der „großen Presse" der Ostküste — der „New York Times", der „Washington Post" sowie den Zeitschriften „Time" und „Newsweek" — und bei der Fernsehgesellschaft CBS gefunden, daß ihn seine Gegner eine „Ausgeburt der Massenmedien" nennen.

So brachte die „New York Times" zwei Tage nach Andersons (damals noch Anwärter von den Republikanern) Niederlage in Illinois, als der Ausgang der Primärwahlen für ihn schon entschieden war, gleichzeitig mehrere Artikel mit dem Gedanken an einen „unabhängigen" Kandidaten. Ein Artikel trug die Unterschrift von John Oakes, einem Mitinhaber der „New York Times". Mitte April erschienen die Ergebnisse einer Umfrage, die gemeinsam von der „New York Times" und der CBS angestellt wurde. Sie ergab, daß Anderson reale Chancen hatte, als „Unabhängiger" gewählt zu werden. Nach einigen Tagen verkündete er offiziell, er habe seine Kandidatur angemeldet.

Noch unlängst ergaben Umfragen, daß 20% der Wahlberechtigten und in einzelnen Staaten noch mehr für ihn sind. Je mehr aber Reagan seinen Vorsprung verlor und Carter besser dazustehen begann, änderte sich die Situation.

Jetzt, wo Carters Stand fester geworden ist, nehmen Andersons Chancen ab. Dennoch hat er die Kandidatur nicht niedergelegt.

Nach neuesten Angaben hat er etwa 10% der Wähler für sich. Ist das viel oder wenig? Da nach allgemeiner Ansicht eine kleine Stimmenzahl den Ausschlag geben wird, ist das ganz ansehnlich. Anderson hat noch immer seinen größten Vorzug in den Augen der Wähler: Er ist immerhin kein Reagan und kein Carter, und eine für ihn abgegebene Stimme ist ein Protest gegen diese beiden. Der „Unabhängige" kann beide daran hindern, die nötigen 270 Wahlmännerstimmen zu bekommen.

* * *

Und doch haben es die Wähler viel schwerer. Wie sollen sie wählen, wo keine Wahl ist? Der beliebte Komiker George Wallace hat erzählt, im New-Yorker Zentralpark sei ihm ein Bursche nachgelaufen, habe ihm eine Pistole in den Rücken gedrückt und gefragt: „Bist du für Carter oder für Reagan?" Nach kurzem Überlegen habe er selbst beantwortet: „Na, schieß schon!"

New York, am 20. Oktober



EINGEDENK SEIN!

Sergej KUSMIN

Der Neofaschismus. Faschistische Banden. Ein haarsträubender Massenterror: die kürzlichen ebenso rabiaten wie sinnlosen Bombenattentate auf dem Bahnhof in Bologna, in München (worüber in diesem Heft ein Bericht unseres ständigen Korrespondenten in Bonn enthalten ist), in der Rue Copernic in Paris usw.

Wie kommt das alles? Sind diese scheinbar zusammenhanglosen Terrorakte in ganz verschiedenen Gebieten Europas und nicht nur Europas wirklich so gefährlich. Wozu können sie führen, wenn sie nicht beizeiten unterbunden werden? Das fragt sich jeder zuallererst, wenn er von einem neuen neofaschistischen Exzeß erfährt.

Im Krieg war ich in der Staatlichen Sonderkommission zur Ermittlung und Untersuchung der Verbrechen der Naziokkupanten tätig. Sie wurde im November 1942 gebildet und hat sehr viel Mühe darauf verwandt, Material über die Schwerverbrechen der Faschisten in den zeitweilig besetzten Gebieten und über den enormen Schaden zusammenzutragen, den sie der UdSSR zufügten.

Soll man sich jetzt daran erinnern, wo doch nach der Niederschlagung Hitlerdeutschlands schon dreieinhalb Jahrzehnte vergangen sind?

Man soll es. Gewisse Leute im Westen nehmen die Neonazis in Schutz und behaupten, „die Roten" hätten sich die Exzesse der Nazis nur ausgedacht, und manche „Historiker" schreiben sogar, es habe gar keine Konzentrationslager gegeben. Von den Massenmedien aufgegriffen, kann diese Lüge Zweifel erwecken, besonders bei der Jugend, die die Schrecken des Faschismus glücklicherweise nicht erlebt hat.

An der Geschichtsfälschung sind diejenigen interessiert, die sich in ihrem Haß gegen die Fortschritts- und Friedensideen auf die Extremrechten, darunter auch auf den Neofaschismus, orientieren.

Die Umtriebe seines jetzigen Nachtrabs stoßen bei der Öffentlichkeit auf Widerstand. Ich glaube, heute wäre es angebracht, sich Tatsachen aus den Archiven der genannten Kommission zuzuwenden.

Görings „Grüne Mappe"

Im Jahre 1945, vor meiner Abreise zum Nürnberger Prozeß, ließ mich Nikolai Schwernik, der Vorsitzende der Staatlichen Sonderkommission, im Kreml zu sich kommen und sagte:

„Hier haben Sie Görings Grüne Mappe. Sie muß dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg eingereicht werden."

Im einleitenden Plädoyer des Obersten Anklägers im Namen der UdSSR, Roman Rudenkos, hieß es, die Grüne Mappe Görings (die „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten") sei ein beizeiten aufgestelltes umfassendes Programm für eine organisierte Ausplünderung der UdSSR. In der Tat stand auf dem Titelblatt nach der laufenden Nummer 230 das Datum Juni 1941. Es war also schon vor dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR fertiggestellt worden.

Schon aus den Anfangszeilen des ersten der zehn Teile ist leicht zu ersehen, worauf die Faschisten hinauswollten:

„Nach den vom Führer gegebenen Befehlen sind alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die sofortige und höchstmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete zugunsten Deutschlands herbeizuführen."

„So viel wie möglich **Lebensmittel und Mineralöl** für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion", heißt es weiter, was in der allgemein üblichen Sprache plündern genannt wird.

In Teil 3 wird behauptet:

„Die erste Aufgabe ist es, sobald wie möglich zu erreichen, daß die deutschen Truppen restlos aus dem besetzten Gebiet verpflegt werden."

Es folgen konkrete Anweisungen:

„Die dem Wirtschaftsstab Ost nachgeordneten Wirtschaftsdienststellen sind ... bei den Kommandostellen des Heeres eingesetzt und diesen militärisch unterstellt, und zwar:

a) **Im rückwärtigen Heeresgebiet:** Je eine **Wirtschaftsinspektion** bei den Befehlshabern des rückwärtigen Heeresgebietes, je ein oder mehrere **Wirtschaftskommandos** bei den Sicherungsdivisionen.

Je eine Wirtschaftsgruppe bei den Feldkommandanturen.

b) **Im Armeegebiet:** Je ein IV Wi (=3. O. Wi-Rü-Amt) bei den AOK's, je eine Gruppe IV Wi bei den in das Armeegebiet vorgezogenen, den AOK's unterstehenden Feldkommandanturen, ferner nach Bedarf in das Armeegebiet vorgeschobene der AOK's militärisch unterstellte Wirtschaftskommandos."

Hier war auch die Struktur der einzelnen Wirtschaftsinstitutionen umrissen.

Wie wir sehen, war alles bis ins Detail ausgearbeitet und ein spezieller Apparat gebildet worden, der gewissermaßen eine separate Waffengattung der Wehrmacht darstellte. Sie hatte einen eigenen Wirtschaftsstab, Wirtschaftskommandos, eine Aufklärung, Inspektionen, Truppenteile, Bergungstruppen für Produktionsmittel und solche für Rohstoffe, Experten für die Verwendung der Arbeitskräfte für Landwirtschaft und Industrie.

Dieser in der Weltgeschichte einzig dastehende Plan für die organisierte Ausplünderung eines Landes sah vor, daß aus den zeitweilig besetzten Gebieten der UdSSR praktisch alle Rohstoffe und Warenbestände nach Deutschland geschafft werden sollten. Einen besonderen Platz darin nahm die durchgehende Ausplünderung der Zivilbevölkerung ein. In einem Teil lesen wir:

„Innerhalb der **Ernährungswirtschaft** steht im Vordergrund die Gewinnung von Getreide und ölhaltigen Pflanzenfrüchten."

Diese Richtlinien führten die Be-

satzer aus und scheuten selbst vor den zynischsten Methoden nicht zurück. Im Gebiet von Pskow wurden die Einwohner, die Bärte trugen, mit einer zusätzlichen Nahrungsmittelabgabe belegt. Haustiersteuer wurde eingeführt. Das war purer Hohn an der Zivilbevölkerung, er war aber durch Richtlinien aus Berlin sanktioniert.

Lesen wir weiter. Im Teil „Die Versorgung der Truppe aus dem Lande" wird folgendes veranlaßt:

„Die im Gefechtsgebiet und rückwärtigen Armeegebiet vorgefundenen Verpflegungsmittel, Unterkunfts-, Verbrauchsmittel und Bekleidungsgegenstände stehen ... für die Befriedigung des Sofortbedarfs der Truppe zur Verfügung."

Die höchsten Chargen verschlangen buchstäblich jedes Wort dieses menschenfeindlichen Schriebs. Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, schrieb noch vor Beginn der Kampfhandlungen, am 16. Juni 1941: „Diese Richtlinien (Grüne Mappe) dienen der Truppenführung und den Wirtschaftsdienststellen zur Unterrichtung über die wirtschaftlichen Aufgaben in den neu zu besetzenden Gebieten... **Diesen Weisungen und Anordnungen ist seitens der Truppe zu entsprechen."**

„Alle Häuser niederbrennen!"

Vor mir liegen Briefe, die ich im Krieg selbst schrieb. Die Familie hat sie gut aufgehoben. Sie erinnern nicht nur an die Leiden und Qualen, die die pedantische Ausführung der Richtlinien „Grüne Mappe" dem Sowjetvolk zufügte, sondern auch daran, wie die Faschisten es verstanden hatten, ihre Soldaten so zu drillen, daß sie alles Menschliche einbüßten.

Ein Brief vom 24. August 1942 aus Malojaroslawez:

„Die faschistischen Unholde haben buchstäblich alle Dörfer eingeäschert. Nur die Namenschilder sind übriggeblieben und in manchen großen Dörfern 2—3 Häuser sowie die Öfen, genauer die Ziegelschornsteine."

Brief vom 19. März 1943:

„Kämpfend haben wir 60 km zurückgelegt. Alle Dörfer haben die Schurken niedergebrannt. Schreckliche Brandstätten, auf manchen schwelen noch die Überreste der Häuser. Auf der Landkarte ist ein Dorf mit 60 Häusern eingezeichnet, aber es steht kein einziges. Von einem mit 350 Höfen steht nur ein Schuppen und ein Starkasten an einer Stange. Keine Menschen, die Einwohner sind von den Nazis verschleppt worden. Die wie durch ein Wunder in den Wäldern unversehrt gebliebenen Leute empfangen uns mit Freudentränen und erzählen von grauenhaften Schandtaten der Besatzer."

Brief vom 21. März 1943:

„Wir nähern uns Spas-Demensk. Der Feind leistet verzweifelten Widerstand. Um jede Anhöhe wird gekämpft. Die weichenden Besatzer brennen alles nieder. Gestern sprach ich in einem Dorf mit einer Einwohnerin, Pelageja Nikititschna. Sie sagt, daß das Dorf 84 Höfe hatte. Keine Spur mehr vorhanden. Von der ganzen Einwohnerschaft sind nur 11 Personen am Leben."

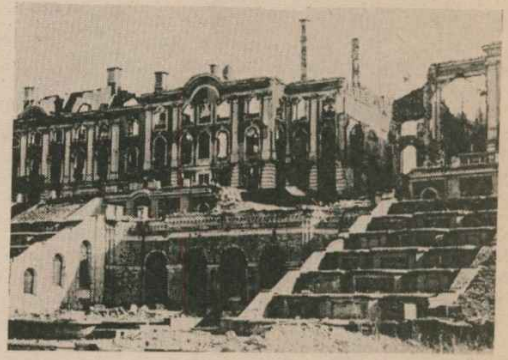
Ihre grauenhaften Verbrechen verübten die Okkupanten überall. Ich habe einen Befehl für das 512. deutsche Infanterieregiment mit der Unterschrift Oberst Schitnigs in der Hand. Er wurde im Raum von Werchowje gefunden, einer Stadt, durch die ein Abschnitt des bekannten Orjol-Kursker Bogens verlief. Er lautet:

„Die Zone, die, je nach den Umständen, zu evakuieren ist, muß nach ihrer Räumung eine Wüste darstellen. An Orten, die völlig zerstört werden sollen, müssen alle Häuser eingeäschert..., die Steinbauten gesprengt und vor allem vorhandene Keller zerstört werden. Die Schaffung der Wüstenzone ist vorzubereiten und schonungslos bis ins kleinste vorzunehmen."

Als Mitglied der Staatlichen Sonderkommission hatte ich eine Anweisung des Wirtschaftsführers der Heeresgruppe Süd, Nagel, vom 2. September 1943 (Nr. 1/313) durchzulesen, da war den Chargen und Wirtschaftskommandos vorgeschrieben, die Industriebetriebe, Bergwerke, Kraftwerke und Fabrikbauten im Donezbecken restlos zu zerstören und alles wertvolle Inventar sowie die Anlagen nach Deutschland abzufertigen. Die Anweisung stammt aus der Zeit, als die Sowjettruppen die deutsche Front am Flusse Mius durchbrochen hatten und dazu übergingen, das Donezbecken zu befreien. In dem Schriftstück war auch die konkrete Forderung:

„Das ganze Donezbecken östlich der Stellung ‚Schildkröte' ist wirtschaftlich zu evakuieren und völlig zu zerstören... Alles, was nicht evakuiert werden kann, ist zu vernichten, besonders Wassertürme, Elektrizitätswerke, Gruben, Fabrikbauten, Produktionsmittel aller Art, Ernteerträge, die nicht abtransportiert werden können, ferner Dörfer und einzelne Häuser."

Auch anderwärts wurden solche Anweisungen und Befehle erteilt. Wie sahen die Resultate der Ausführung solcher in der Grünen Mappe und in Rundschreiben enthaltenen Anweisungen aus.



Mit Methode zerstörten die Nazis Kulturstätten und Meisterwerke der Architektur. So sah Petrodworez bei Leningrad, eine Perle der russischen Baukunst, nach Kriegsende aus.

Kohlenindustrie. Im Donezbecken und im Kohlenbecken bei Moskau zerstörten die Okkupanten 1135 Gruben, in denen früher 337 000 Bergleute beschäftigt und jährlich über 100 Mio t Kohle gefördert wurden.

Ölindustrie. In den Ölrevieren von Grosny und in der Region Krasnodar vernichteten die Nazis über 3000 Sonden, die im Jahr bis zu 5 Mio t Öl ergeben hatten.

Kraftwerke. Die Nazis vernichteten starke Verbundnetze am Dnepr, im Donezbecken, in Leningrad, Charkow, in der Region Krasnodar, in Kiew, Woronesh, auf der Krim, in der Belorussischen SSR und auf der Kola-Halbinsel, und die wertvollsten Anlagen der Kraftwerke wurden nach Deutschland verschleppt. Gesprengt, eingeäschert oder teilweise zerstört wurden 61 große Kraftwerke, ganz zerstört über 12 000 Industriebetriebe.

Krupp glaubte, die Maschinenfabrik in Kramatorsk schon in der Tasche zu haben.



E- und NE-Metallurgie. Ganz oder teilweise wurden 37 Eisen-Hüttenwerke betriebsunfähig gemacht, die jährlich einen Ausstoß von 11 Mio t Roheisen, 10 Mio t Stahl und 8 Mio t Walzgut gehabt hatten. Unter diesen Betrieben waren Saporoshstal, wo vorher 12 000 Arbeiter beschäftigt waren, das Hüttenwerk in Mariupol (26 000), Asowstal (9000), „Krasny Oktjabr" (13 000) und das Kirow-Werk in Makejewka (18 000 Arbeiter).

Maschinenbau. Zerstört wurden 749 Betriebe des schweren und mittleren Maschinenbaus, in denen vor dem Krieg 919 000 Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Angestellte beschäftigt waren. Besonders schwer geschädigt wurden die größten Werke: das in Kramatorsk (25 000 Arbeiter) und in Woroschilowgrad (23 000).

Reichslandwirtschaftsminister Darré erklärte unverblümt: „Im ganzen Ostraum dürfen nur Deutsche große Güter besitzen. Das von einer fremden Rasse bevölkerte Land soll ein Land von Sklaven, Land- und Fabrikarbeitern werden." Seine Handlanger zerstörten Kolchosen, Sowchosen und Maschinen- und Traktorenstationen.

Sie gaben sich größte Mühe, alles zu vernichten. Die Staatliche Sonderkommission stellte fest, daß sie 1710 Städte und über 70 000 Dörfer sowie über 6 Mio Gebäude zerstörten und rund 25 Millionen Menschen obdachlos machten. 31 850 Industriebetriebe, 65 000 km Bahnstrecke, 4100 Bahnhöfe und 36 000 Post- und Telegrafenämter hörten zu bestehen auf. Zerstört oder demoliert wurden 40 000 Krankenhäuser, 84 000 Schulen, Fach- und Hochschulen sowie Forschungsinstitute und 43 000 Bibliotheken.

Die Faschisten brandschatzten und plünderten 98 000 Kolchosen, 1876 Sowchosen und 2890 Maschinen- und Traktorenstationen; sie töteten, beschlagnahmten oder verschleppten nach Deutschland 7 Mio Pferde, 17 Mio Rinder, 20 Mio Schweine, 27 Mio Schafe und Ziegen sowie 110 Mio Stück Geflügel.

Soll man das alles in Erinnerung rufen? Das soll man, unbedingt! Sonst kann man Zeit verlieren und die Gefahr unterschätzen, wie das in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg geschah. Viele sahen damals in den Bücherverbrennungen auf den Plätzen deutscher Städte auch nicht das Menetekel vor dem Weltkrieg, und in der um diese Scheiterhaufen tanzenden Hitlerjugend erkannten manche nicht die künftigen Brandstifter, die die Häuser friedlicher Menschen in Flammen aufgehen ließen.

(Schluß folgt)

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Außenpolitik der UdSSR

Lektion 1

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

повестка дня	die Tagesordnung
включать в повестку дня (включить)	auf die Tagesordnung setzen
неотложные меры	unaufschiebbare Maßnahmen
уменьшение военной опасности	die Verringerung der Kriegsgefahr
рассматривать (что-либо) (рассмотреть)	erörtern
внести на рассмотрение вопрос	eine Frage zur Debatte stellen
внести предложение	einen Vorschlag einbringen
внести конкретный вклад	einen konkreten Beitrag leisten
советская инициатива	die sowjetische Initiative
международное сообщество	das internationale Gremium
создавать хорошую основу (создать)	eine gute Grundlage schaffen

Übung 1. Übersetzen Sie folgenden Text:

В Нью-Йорке открылась XXXV сессия Генеральной Ассамблеи Организации Объединенных Наций. В повестку дня включены 120 вопросов. Среди них предложения СССР и стран социалистического содружества.

Советский Союз внес на рассмотрение сессии Генеральной Ассамблеи срочный вопрос «О некоторых неотложных мерах по уменьшению военной опасности». В рамках этой советской инициативы предлагается принять ряд неотложных практических мер. Внося эти предложения, Советский Союз исходит из того, что совместными усилиями государств, активными действиями миролюбивых сил возможно отвести от человечества опасность ядерной катастрофы, сохранить и развить процесс разрядки международной напряженности, укрепить всеобщий мир.

Новые инициативы СССР получили широкий положительный отклик среди делегаций сессии. Международное сообщество может и должно внести конкретный вклад в уменьшение военной опасности. Новые советские предложения создают для этого хорошую основу.

В условиях вновь осложнившейся международной обстановки Советский Союз считает необходимым напомнить о тех предложениях, которые были выдвинуты им и другими социалистическими странами в интересах достижения успеха в борьбе за мир. Речь идет о прекращении производства ядерного оружия, о предотвращении создания новых видов оружия массового уничтожения, о запрещении радиологического и нейтронного оружия.

Übung 2. Drücken Sie den Inhalt folgender Sätze anders aus. Gebrauchen Sie dabei sinnverwandte Wörter aus dem Text.

1. В Нью-Йорке начала свою работу XXXV сессия Генеральной Ассамблеи ООН.

2. Участники сессии отнеслись с большим пониманием к новым советским инициативам.

3. На сессии будет обсужден ряд вопросов.

4. Делегации на сессии должны внести вклад в разрядку международной напряженности.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Jeder denkende Mensch weiß, wie gefährlich das Wettrüsten ist. Unsere Arbeiter würden statt MGs z. B. lieber Kinderwagen bauen. Aber in der von Feindschaft zerrissenen heutigen Welt hängt vom einfachen Menschen wenig ab. Außerdem haben die Arbeiter bei der großen Erwerbslosigkeit keine Wahl, sie müssen ihre Familien ernähren, sei es auch durch Arbeit in einem Rüstungsbetrieb.

Hendrick YOST
Antwerpen, Belgien



Es diskutiert NZ-Kommentator Felix GORJUNOW

Leider haben in der kapitalistischen Welt noch nicht alle erkannt, daß das militaristische Geschäft die Lebensinteressen der Menschen bedroht. Wir können nicht übersehen, daß manche Werktätige im Westen das Fortdauern der forcierten Kriegsvorbereitungen fast als Garantie für ihr — reichliches — tägliches Brot betrachten. Auch ist nicht zu leugnen, daß unter den Verfechtern einer Ausweitung dieser Vorbereitungen auch ein paar große Gewerkschaften sind. Beispielsweise der amerikanische Gewerkschaftsbund AFL/CIO, dessen Bosse Washingtons „Politik von der Position der Stärke aus" unterstützen.

Es genügt nicht zu sagen, daß die Welt „von Feindschaft zerrissen" ist. Man darf auch nicht übersehen, daß es politische Kräfte gibt, die am Fortbestehen dieser Feindschaft interessiert sind, weil sie einen Vorteil von ihr haben. Der amerikanische Wirtschaftsexperte Seymur Melman hat die Zählebigkeit des Militarismus richtig diagnostiziert. Nach dem Krieg schrieb er, die Militarisierung der Wirtschaft in den USA werde nicht nur von einem Teil der Geschäftswelt vorwärtsgetrieben. „Sie ist auch von der übrigen Gesellschaft politisch unterstützt worden, die ideologisch so erzogen worden ist, daß sie glaubte, die Kriegswirtschaft sei für das allgemeine Wohlergehen notwendig."

Ich glaube, ich brauche Ihnen keine Beispiele dafür anzuführen. Soviel ich weiß, hat die Rechtspresse Ihres Landes für MGs auch mehr als für Kinderwagen übrig. Auch die belgischen Rüstungsmagnaten bereichern sich ja an der Modernisierung der NATO-Rüstungen.

Da die Welt nicht durch die Feindschaft einer übernatürlichen Gewalt, sondern durch die Anstrengungen ganz bestimmter politischer Kreise des Westens zerrissen ist, müssen die denkenden Menschen diesen Kreisen hartnäkkig ihren Standpunkt und ihre Energie entgegensetzen. Heute genügt es nicht mehr, die Gefährlichkeit des Wettrüstens einzusehen. Man muß energisch gegen alle Erscheinungen und Kreise ankämpfen, die die Abrüstung verhindern. Eine solche Aktivität kann viel ausrichten.

Ich denke da an die aktive Bewegung in den Ländern Europas gegen die Neutronenbombe. Sie zwang Washington, den Beschluß, sie zu erzeugen, aufzuschieben. Und zeugt die Tatsache, daß die Regierungen einiger europäischer NATO-Staaten keine Eile zeigen, bei sich neue amerikanische Raketen zu stationieren, nicht davon, daß sie die Meinung ihrer Öffentlichkeit nicht in den Wind schlagen können?

Viel zum Kampf für eine militärische Entspannung wird zweifellos die am 24. Oktober auf Beschluß der UNO-Sondertagung von 1978 begonnene Internationale Aktionswoche für Abrüstung beitragen. Sie mobilisiert die Öffentlichkeit gegen das Wettrüsten und lenkt ihr besonderes Augenmerk auf die Abrüstungsprobleme und die konkreten Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstungsproduktion.

Unlängst erzählte mir jemand in Amsterdam, daß einige holländische Rüstungsbetriebe es für vorteilhafter gehalten haben, sich auf die Zivilproduktion umzustellen. Es sind noch wenige, aber die Tatsache zeugt davon, daß sich die Militarisierung längst nicht immer rentiert — auch das ein Argument dafür, daß nicht nur die Rüstungseinschränkung, sondern auch die Abrüstung oder, wie Sie es nennen, der Übergang vom Bau von MGs zum Bau von Kinderwagen schon jetzt möglich ist.

Das kann desto eher geschehen, je eher bei den Verhandlungen über die Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen und über die Abrüstung eine Einigung erzielt wird. Abkommen, die allen an den Verhandlungen beteiligten Ländern gleiche Sicherheit garantieren, wären der Auftakt zu einer praktischen Einschränkung und im weiteren Einstellung der Rüstungsproduktion.

Experten haben nachgewiesen, daß Investitionen in den Friedensindustrien viel mehr Arbeitsplätze als die im Rüstungsgeschäft ergeben. Also liegt die Teilnahme am Kampf gegen das Wettrüsten im Interesse der Arbeiter, und nicht nur, weil dieser Kampf die Kriegsgefahr verringern kann. Im Kampf gegen den Militarismus können die Werktätigen auch ihr Recht auf Arbeit behaupten und eine Abnahme der Arbeitslosigkeit erreichen.



Was ist die amerikanische John-Birch-Gesellschaft!

J. PETROWA
Taschkent, Usbek. SSR

Im Jahre 1958 versammelten sich auf Initiative des Besitzers einer Bostoner Süßwarenfabrik namens Robert Welch in Indianapolis 11 Geschäftsleute der USA, um eine Organisation zur Bekämpfung des „kommunistischen Komplotts" im Land zu gründen. Sie benannten die Organisation nach dem Spion und Missionar John Birch. Welch machte sich erbötig, der John Birch Society vorzustehen. Die anderen Anwärter auf den Posten — Barry Goldwater und Richard Nixon — lehnte er sofort ab, weil er an ihrer Fähigkeit zu einer „dynamischen Gesamtleitung im ganzen Land" zweifelte.

Bekannt wurde die Gesellschaft der Ultras, nachdem 1961 ein Schwarzbuch von Welch erschienen war, in dem er sogar den Ex-Präsidenten Dwight Eisenhower zu den „Agenten des Kommunismus" zählte.

Jetzt behauptet die Führung der Birchisten, die Gesellschaft habe rund 100 000 Mitglieder. Einige hundert Buchhandlungen und Verlagsanstalten sorgen für die Verbreitung birchistischer Schriften. Sie haben eine Monatsschrift „American Opinion". Antikommunistische und rassistische Propaganda treiben etwa 90 der John-Birch-Gesellschaft gehörende Sender.

PS

Genau!

Der bekannte Schriftsteller William Faulkner sprach 1957 in einer amerikanischen Universität und sagte schon damals: „Wenn Ihr Kusin oder Onkel im Erdnußgeschäft Pleite gemacht hat, findet er bei der Demokratischen Partei Zuflucht." Der „Guardian" (England) zitiert diesen Ausspruch und schreibt: „Denkt man an die Geschichte mit Billy Carter, so muß man Faulkner eine frappante Sehergabe zugestehen." Billy Carter hat nämlich die Tatsache, ein Bruder des Präsidenten und Führers der Demokratischen Partei zu sein, dazu benutzt, sich von einem arabischen Land 200 000 Dollar zustecken zu lassen. Er wollte sich damit rechtfertigen, daß die Erdnußfarm der Carters finanzielle Schwierigkeiten gehabt habe.

Na Mahlzeit!



Die Steuerhinterziehungen haben in Italien derart überhand genommen, daß die Regierung durchgegriffen hat. Ab 1. Oktober müssen die Gastwirte jedem Gast nicht nur die Rechnung, sondern auch den Durchschlag einer Steuererklärung über die Summe der Zeche einhändigen, und dieser muß sie am Ausgang einem dort diensthabenden Steuerinspektor vorweisen. Wenn der Gast keinen solchen Durchschlag hat, muß er zwischen 5000 und 20 000 Lire Strafe zahlen (10 000 Lire sind ungefähr 23 Mark).

Raten Sie mal, wer das ist



Nein, kein Schwerathlet. Es ist der Pfarrer Paul Wrenn aus Memphis (Tennessee, USA), der sich vor jedem Gottesdienst sportlich produziert, um seiner Kirche mehr Zulauf zu verschaffen. Der Presse zufolge soll er ein Gewicht von 320 kg heben oder ein Seil zwischen die Zähne nehmen und Kirchenbesucher bis 115 kg Gewicht auffordern, sich daranzuhängen. Seine Maxime lautet: „Gott hat mir mein Talent gegeben, damit ich es für ihn nutze." Er ist so gut trainiert, daß er vorhat, sich zum Wettkampf der Schwerathleten von Texas anzumelden.

Noch eine Stimme Amerikas

Die Wochenschrift „Time" (New York) klagt, daß viele Ägypter mit der Hilfe Washingtons an ihr Land unzufrieden sind. Sie meinen natürlich nicht die Jagdbomber, Panzer usw. aus zweiter Hand, die das Pentagon Sadats Armee schickt. Viel mehr ärgern sie sich über die Minderwertigkeit der amerikanischen Maschinen für den Friedensbedarf, die Washington der ARÄ zukommen läßt. So berichtet die „Time", die USA hätten dieser vor zwei Jahren Autobusse (das Hauptverkehrsmittel in Kairo und anderen Städten) gesandt, von denen manche unbrauchbar waren. Außerdem ist ein Teil der Sendung ohne Auspufftöpfe geliefert worden, so daß die Busse einen Heidenlärm machen. Witzbolde in Kairo nennen sie deshalb die Stimme Amerikas.

Die da unten über die da oben

Das bundesdeutsche Meinungsforschungsinstitut Infratest hat 2000 Bürger befragt, wie sie zur Regierung und zu den Parteien stehen. Von den Befragten haben 94% angedeutet, daß es sinnlos sei, die Frage zu beantworten, weil sie „so oder so keinen Einfluß darauf haben, was die Regierung tut", und 75% sagten, daß sie „die Entscheidungen der Politik nicht mehr verstehen". 68% werfen den Politikern vor, daß ihnen die Meinung der Bevölkerung gleichgültig sei, und 79% sind überzeugt, daß die Parteien nur Stimmen fangen wollen und sich um die Ansichten der Wähler nicht kümmern. Auch die Stadtverwaltungen werden kritisiert.

Gelernt ist gelernt



In Chico (Kalifornien) brachte ein junger Mann einen sprechenden Papagei in eine Tierhandlung und bot ihn zum Kauf an. Als sich der Inhaber den Vogel ansah, rief dieser laut seinen Namen. Man war sich noch nicht einig geworden, da kreuzte die Polizei auf. Der Papagei war nämlich gestohlen worden, und sein Herrchen hatte seinen Namen den Besitzern der Tierhandlungen angegeben, weil er ihn so leichter zurückbekommen hoffte. Die Besitzer hatten sofort, als sich Lorchen vorstellte, die Polizei verständigt.

Die Macht der Gewohnheit



Zum erstenmal in seiner 540jährigen Geschichte hat das vornehme College in Eton eine Tradition gebrochen und eine Lehrerin — eine Französischlehrerin — angestellt. Es ist die 27jährige Elaine Vogel. Die Schüler schwärmen sie an, und auch sie ist mit ihnen zufrieden, nur in einem nicht: Sie sprechen sie nicht mit Miss oder Mademoiselle, sondern aus Gewohnheit mit Sir an.

Hilf dir selbst, so hilft dir Gott

Hochwürden Eric Saxon von der Annenkirche in Manchester (England) hoffte lange, die Einwohner der Gegend mit seinen Predigten läutern zu können, aber vergebens. Auf dem Heimweg nach dem Abendgottesdienst, der um 6 Uhr 30 anfing, wurden immer wieder Gemeindemitglieder überfallen. Pfarrer Saxon wußte einen Ausweg: Er verlegte den Anfang der Abendandacht auf 3 Uhr 30, so daß die Gläubigen noch nach Hause kommen, ehe es dunkel wird.

Zeichnungen: W. Rosanzew

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ

TEMPI NUOVI



Werte Leser!

Wir teilen Ihnen mit, daß unsere Wochenschrift ab Oktober 1980 auch italienisch erscheint. Die italienische Ausgabe ist mit der russischen und den anderen Ausgaben identisch.

Die „Neue Zeit" gibt ein detailliertes Bild von der heutigen Welt. Sie ist allen, die sich für weltpolitische Probleme, internationale Ereignisse, Außenpolitik und das Leben der Völker interessieren, eine anerkannt gute Informationsquelle.

Die „Neue Zeit" bringt analytische Aufsätze, Umschauen, Interviews, Kommentare, Reportagen und Glossen von bekannten sowjetischen und anderen Journalisten, Staatsmännern, namhaften Wissenschaftlern, Schriftstellern, Experten verschiedener Wissensbereiche sowie im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten.

Weiter veröffentlicht die „Neue Zeit" die wichtigsten außenpolitischen Dokumente der UdSSR, den vollen Wortlaut von Erklärungen der Sowjetregierung, von internationalen Abkommen und Verträgen sowie Schriftmaterial von Weltorganisationen.

Die italienische Ausgabe kann in allen Ländern bei den Buchhandlungen und Firmen bestellt werden, die mit der Außenhandelsorganisation Meshdunarodnaja kniga im Geschäftsverkehr stehen. In Italien ist es die Buchhandlung Italia—URSS, Via Edilio Raggio, 1 10, 16124 Genua und ihre Zweigstelle, 00185 Rom, Piazza della Repubblica, 47.

Das Abonnement kostet: für ein Jahr 8000, für zwei Jahre 14 000, für drei Jahre 20 000 Lire.

Preis des Einzelhefts: 300 Lire

14159-43 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-7101 PSF-77

Im Objektiv: SYRIEN

In Syrien haben die großen Zivilisationen ihre Spuren hinterlassen, es ist die Wiege vieler Kulturen.

Die Syrische Arabische Republik wird oft als Herz der arabischen Welt bezeichnet — und dabei denkt man nicht nur an ihre geographische Lage. Die Republik steht an der vordersten Linie des Kampfes gegen die Umtriebe des Imperialismus im Nahen Osten, in den vordersten Reihen der panarabischen Widerstandsfront gegen die israelische Expansion.

Das Leben des heutigen Syrien ist vor allem durch seine Errungenschaften beim friedlichen Aufbau und durch die progressiven Umgestaltungen gekennzeichnet, die unter Führung der Partei der Arabischen Sozialistischen Wiedergeburt durchgeführt werden. Der staatliche Wirtschaftssektor wird ausgeweitet. Der Staat kontrolliert die Förderung der Bodenschätze, die Stromerzeugung, zwei Drittel der gesamten Industrieproduktion und 70% des Außenhandels. Erfolgreich wird die Bodenreform verwirklicht, entwickelt sich die Genossenschaftsbewegung. Jetzt gehören mehr als ein Viertel der syrischen Bauern Genossenschaften an, entsteht auch ein staatlicher Agrarsektor.

Von großer Bedeutung für die Entwicklung des Landes ist die vielseitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, die von Jahr zu Jahr intensiver wird und fast alle Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Lebens erfaßt. Der am 8. Oktober in Moskau unterzeichnete Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit hat die freundschaftlichen Beziehungen auf eine noch höhere Ebene gehoben. Symbol dieser Freundschaft ist der Euphrat-Staudamm, der es ermöglichte, viele Tausende Hektar zu bewässern, und der zur energiewirtschaftlichen Grundlage der Republik wurde.

Die konsequent antiimperialistische Außenpolitik Syriens hat internationale Anerkennung gefunden.



Moderne Wohnviertel der syrischen Hauptstadt



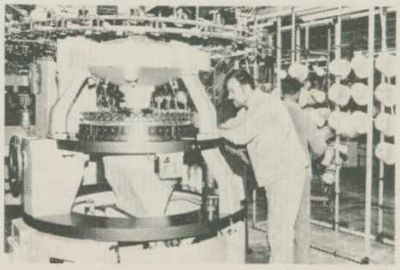
Damaskus. Am Fuße des Qasyun

In der Universität von Damaskus





Über den Euphrat-Staudamm verläuft eine breite Straße

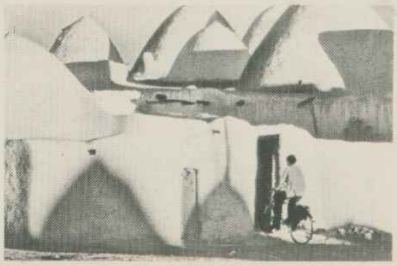


Die Textilfabrik der Hauptstadt ist ein Staatsbetrieb

Fotos: TASS



Die alte Stadt Malula



Traditionelle Bauten in Tel-Mardikh